



Landtag von Baden-Württemberg

113. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 11. März 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Mittagspause: 13:31 bis 14:31 Uhr

Schluss: 17:47 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	6975	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	7006
1. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Plastik in der Umwelt – Ursachen, Folgen und Möglichkeiten zur Eindämmung in Baden-Württemberg – Drucksache 16/4575.	6975	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	7007
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	6975, 6984	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	7008
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU.	6977	Staatssekretärin Bärbl Mielich.	7009
Abg. Gabi Rolland SPD.	6978	4. Regierungsbefragung	
Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD.	6979	4.1 Extremismus in Baden-Württemberg	7012
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	6980	Abg. Dr. Christina Baum AfD	7012, 7016
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6981	Minister Thomas Strobl	7012, 7014, 7015, 7016, 7017
Minister Franz Untersteller	6982	Abg. Thomas Blenke CDU.	7014
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung)	6984	Abg. Dr. Boris Weirauch SPD	7015
Beschluss	6985	Abg. Anton Baron AfD.	7017
2. Aktuelle Debatte – Wirtschaftsstandort stärken – Krisenabwehrkräfte aktivieren – beantragt von der Fraktion der CDU.	6985	4.2 Aktuelle Lage Corona-Virus/SARS-CoV-2	7017
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU.	6986	Abg. Petra Krebs GRÜNE	7017
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	6987	Minister Manfred Lucha.	7017, 7019, 7020
Abg. Andreas Stoch SPD	6989	Abg. Rainer Hinderer SPD	7019, 7020
Abg. Carola Wolle AfD	6991	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	7020
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	6993	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Einführung des neuen neun-jährigen Gymnasiums Baden-Württemberg (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/5979	
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6994	Beschlussesmpfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/7715.	7021
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.	6995	Abg. Sandra Boser GRÜNE.	7021
3. Frauenpolitische Debatte aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2020	6997	Abg. Dr. Alexander Becker CDU.	7022
Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE.	6997	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD.	7022
Abg. Claudia Martin CDU.	6999	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD.	7024
Abg. Sabine Wölfl SPD	7001	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	7025
Abg. Carola Wolle AfD	7003	Staatssekretär Volker Schebesta.	7026
		Beschluss	7028

<p>6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes – Drucksache 16/7150</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/7702..... 7028</p> <p>Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE..... 7028</p> <p>Abg. Karl Zimmermann CDU..... 7029</p> <p>Abg. Rainer Stickelberger SPD..... 7029, 7033</p> <p>Abg. Daniel Rottmann AfD..... 7030, 7033</p> <p>Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP..... 7031</p> <p>Minister Thomas Strobl..... 7032, 7033</p> <p>Beschluss..... 7034</p> <p>7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg – Drucksache 16/7603</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/7709..... 7034</p>	<p>Abg. Jürgen Walter GRÜNE..... 7034</p> <p>Abg. Raimund Haser CDU..... 7035</p> <p>Abg. Dr. Stefan Furst-Blei SPD..... 7036</p> <p>Abg. Dr. Rainer Balzer AfD..... 7037</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP..... 7038</p> <p>Staatssekretär Volker Schebesta..... 7039</p> <p>Beschluss..... 7040</p> <p>8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) – Drucksache 16/7780</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 16/7810..... 7041</p> <p>Abg. Martin Grath GRÜNE..... 7041</p> <p>Abg. Klaus Burger CDU..... 7042</p> <p>Abg. Georg Nelius SPD..... 7043</p> <p>Abg. Rüdiger Klos AfD..... 7044</p> <p>Abg. Klaus Hoher FDP/DVP..... 7044</p> <p>Minister Peter Hauk..... 7045</p> <p>Beschluss..... 7045</p> <p>Nächste Sitzung..... 7045</p>
--	---

Protokoll

über die 113. Sitzung vom 11. März 2020

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 113. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Binder, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Maier, Frau Abg. Niemann, Herr Abg. Palka, Herr Abg. Räßle, Herr Abg. Schoch, Herr Abg. Weber und Frau Abg. Zimmer.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oje!)

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ab 14:30 Uhr Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Außerdem ist Frau Staatsrätin Gisela Erler ganztägig entschuldigt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich auf ein Ereignis in der letzten Sitzung zurückkommen.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben während der Debatte zum damaligen Tagesordnungspunkt 3 gegenüber der Abgeordneten Lindlohr geäußert, sie rede hier wie Joseph Goebbels. Außerdem riefen Sie: „Julius Streicher wäre froh über Sie!“

Ihre Zwischenrufe konnten von Frau Kollegin Kurtz wegen des hohen Lärmpegels im Plenarsaal nicht wahrgenommen werden und mussten im Protokoll nachgelesen werden.

Ihre Vergleiche mit zwei der schlimmsten Hetzer des NS-Regimes waren eine erhebliche Herabwürdigung der Kollegin Lindlohr und nicht mehr mit der Ordnung im Parlament vereinbar. Ich erteile Ihnen deshalb hiermit nachträglich einen Ordnungsruf.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Vielen Dank! Vielen herzlichen Dank!)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Plastik in der Umwelt – Ursachen, Folgen und Möglichkeiten zur Eindämmung in Baden-Württemberg – Drucksache 16/4575

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Parteiisch bis dort hinaus!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute vor neun Jahren kam es aufgrund eines Tsunamis zu einer Reaktorkatastrophe im Atomkraftwerk Fukushima in Japan. Ich möchte deswegen meine Rede mit der Erinnerung an dieses Unglück beginnen und meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass es gelungen ist, seither in Deutschland mehr und mehr aus der Atomkraft auszusteigen.

(Abg. Anton Baron AfD: Und sie aus Frankreich zu importieren!)

Bald wird auch in Baden-Württemberg das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn dann noch im Juni Fessenheim folgt, dann wird das Leben in Baden-Württemberg wieder sicherer werden.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Das ist natürlich das Positive an diesem schrecklichen Ereignis.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wir hoffen, dass in Baden-Württemberg kein Tsunami kommt!)

Meine Damen und Herren, unsere moderne Gesellschaft ist ohne langlebige Kunststoffe nicht mehr denkbar. Denken Sie nur an die vielfältigen Möglichkeiten in der Medizin, im IT-Bereich oder auch im Fahrzeugbau.

Doch damit sind wir schon bei einem wesentlichen Problem. Zum Vergleich: Von den 2015 weltweit verbrauchten 400 Millionen t Kunststoffe – 1950 waren es übrigens noch 2 Millionen t – entfielen nur 27 Millionen t auf den Automobilbau, aber 146 Millionen t auf Verpackungen, davon allein 18,7 Millionen t in Deutschland. Das macht jährlich fast 230 kg pro Einwohner in Deutschland. Das Schlimme daran ist: Diese Verpackung wird in der Regel nur einmal benutzt und ist oft schon nach wenigen Minuten Benutzung Müll. Die Hälfte dieser Kunststoffe insgesamt hat nur eine Lebensdauer von höchstens vier Jahren. Sie wissen, die Tendenz ist steigend: Online-shopping, das Essen zum Mitnehmen.

Hier zeigt sich, meine Damen und Herren, der gedankenlose Umgang unserer Gesellschaft mit Ressourcen und mit unse-

(Jürgen Walter)

rer Umwelt. Die um die Welt gehenden Bilder von riesigen Plastikfeldern in Weltmeeren sind ein Indikator für falsches Denken, für falsches Handeln und falsches Wirtschaften.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Diese Mentalität, meine Damen und Herren, müssen wir überwinden. Dies fängt beim Verzicht auf Plastiktüten an; aber es muss beispielsweise auch wieder möglich sein, Elektrogeräte zu reparieren und sie nicht schon beim ersten kleinen Fehler wegzuworfen und auszutauschen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Leider aber lügen wir uns, was das Recycling anbelangt, ziemlich in die Tasche. Wir in Deutschland sind zwar die Weltmeister im Einsammeln, aber wenn es um das Recycling geht, sind wir bestenfalls Kreisliga.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, und warum ist das so?)

Nur die Hälfte von dem, was eingesammelt wird, wird recycelt, meine Damen und Herren. Allerdings: Zu dieser Hälfte gehört auch der Export – früher nach China, heute hauptsächlich nach Malaysia oder nach Rumänien. Auch das Verbrennen in Müllverbrennungsanlagen oder die Nutzung als Ersatzbrennstoff in Zementwerken gilt als Recycling.

Unter dem Strich werden tatsächlich weniger als 10 % der eingesammelten Kunststoffbehälter und Kunststoffbecher so recycelt, dass aus ihnen wieder ein gleichwertiges Produkt entsteht. Da müssen wir dringend nachlegen,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU und der SPD)

vor allem auch deswegen, weil unsere Müllverbrennungsanlagen alle fast zu 100 % ausgelastet sind. Daher müssen wir für einen Teil des Mülls, der dort bisher verbrannt wird, andere Wege suchen.

Die 50%-Quote, die in der Öffentlichkeit immer genannt wird, ist also eine Schummelquote. Wir müssen deswegen kritisch darüber nachdenken, welche Materialien wir einsetzen und wie wir mit dem Müll zukünftig umgehen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat im letzten Jahr dem Chef der Firma Frosch den Deutschen Umweltpreis verliehen. Der Grund: Dieser setzt konsequent darauf, seine Flaschen nur aus recyceltem Kunststoff zu produzieren. Das ist ein wichtiger Schritt.

Dieses Beispiel sollte Schule machen, und dazu muss natürlich auch die Politik die Rahmenbedingungen setzen. Kunststoffe müssen besser gekennzeichnet werden, und am besten sollten sie sortenrein sein. Dadurch wäre eine Wiederverwertung wesentlich leichter.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir können uns freuen, dass es auch in Baden-Württemberg – in Ölbronn – eine hochwertige, moderne und effiziente Recyclinganlage gibt. Diese wird noch effizienter arbeiten, wenn

sie die entsprechenden Rahmenbedingungen hat. Dann wird sie aus ihrem Recycling sortenreinen Kunststoff als Endprodukt weitergeben können. Wir müssen den Betreibern die Chance geben, alle technisch vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Ich will noch ein Beispiel geben, woran man sieht, dass Deutschland im Recycling längst den Anschluss an andere Länder verloren hat. Wir hatten etwa im Umweltausschuss die Debatten über Kunstrasen. Wir wollten das Mikroplastik verbannen. Mittlerweile hat sich auch in den Debatten mit Herstellern gezeigt: In anderen Ländern, beispielsweise in den Niederlanden, werden Anlagen mit Recyclingmöglichkeit gebaut, weil dort eben nur Kunstrasen gefördert wird, der auch recycelt werden kann. Wir müssen in der nächsten Legislaturperiode dahin kommen, künftig nur noch solche Kunstrasen zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ein weiterer Erfolg, den die Landesregierung hier erzielt hat, war, dass immer mehr Sportvereine in ihren Hallen, in ihren Stadien auf Mehrweg statt auf Einweg setzen. Wie wichtig das ist, verdeutlicht eine Zahl: Noch 2018 wurden in den Stadien der Fußballvereine, die in der Bundesliga spielen, 80 Millionen Einweggebinde verbraucht. Das darf nicht der Weg sein, den wir beschreiten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU und der SPD)

In Baden-Württemberg sollten wir in allen öffentlichen Einrichtungen und ihren Kantinen zukünftig dem Beispiel des Flughafens von San Francisco folgen: kein Wasser und keine Getränke mehr in Einwegplastikflaschen. Das ist eine Initiative, die wir sehr begrüßen, genauso wie die kommunale Verpackungsabgabe, die OB Palmer in Tübingen erlassen hat. Wir sind der Meinung: Das ist ein gutes Vorbild für alle Kommunen – zumindest für die größeren.

Bisher ist es so: Die Kommunen sorgen für die Abfallentsorgung, und die Allgemeinheit bezahlt diese, während die, die letztlich für das Müllaufkommen sorgen, mit dem Problem nichts zu tun haben. Das muss sich ändern. Hier muss das Verursacherprinzip strikt angewandt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, wir sind alle gefordert – die Handelsketten, die Konsumenten. Als Beispiel möchte ich nennen: Wenn ein kleiner Getränkeshändler in Stuttgart-Vaihingen freiwillig auf ein Drittel seines bisherigen Umsatzes verzichtet, um alle Einwegplastikflaschen aus seinem Betrieb zu verbannen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

dann ist das ein mutiger Schritt. Dem sollten die großen Handelsriesen und die Discounter einmal folgen. Dann wäre uns schon viel geholfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Freie Entscheidung!)

(Jürgen Walter)

Wir hoffen, dass die gemeinsame Bundesratsinitiative von Hessen und Baden-Württemberg mit dem Ziel, die Pfandpflicht auf alle Dosen und Plastikflaschen auszuweiten, Erfolg haben wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Denn es hat sich gezeigt, dass das Pfand zwar ein Erfolg ist, aber dass es noch auf weitere Bereiche ausgeweitet werden muss.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was anderes interessiert Sie nicht?)

Meine Damen und Herren, wie sehr wir alle in der Pflicht stehen, möchte ich an einer Zahl verdeutlichen. Während meiner ca. zehnminütigen Rede gingen in Deutschland 52 000 Einweg-to-go-Becher über den Tresen oder den Ladentisch. 52 000 in zehn Minuten – das verdeutlicht das Problem, das wir haben, und es macht deutlich, dass es Zeit ist für ein neues Denken, für eine neue Mentalität und auch für neues Handeln – nicht nur in Fragen der Atomkraft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Richtig!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Guter Mann!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In einer Phase, in der wir mit Blick auf das Coronavirus enorme Anstrengungen unternehmen, zeigt sich, wie schnell bisher wichtige Themen aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Dennoch ist das Thema Umweltschutz von grundsätzlicher Bedeutung in unserer Gesellschaft.

Der Blick auf die Entwicklung der Kunststoffverpackungsabfälle unterstreicht dies. Der Kollege hat es ausgeführt. Es zeigt sich auch, dass trotz verbesserter Recyclingmöglichkeiten die Gesamtmenge der verwendeten Kunststoffe in den vergangenen Jahren signifikant gestiegen ist.

Zur aktuellen Problemlage gehört auch das Verhältnis von Einweg- und Mehrwegverpackungen sowie die Tatsache, dass auch aus Deutschland Verpackungsmaterial in Drittländer verkauft und transportiert wird. Ein Beispiel dafür ist Malaysia.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ebenso wird deutlich, welche positiven, aber auch welche unzureichenden Regelungen in der Gesetzgebung bestehen. Eine Veränderung und Verbesserung der Situation können wir aber nicht dadurch erreichen, dass wir immer vorbeten, was alles schlimm ist, sondern indem wir den Blick in die Zukunft, auf die technischen, aber auch auf andere Möglichkeiten richten.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Grundlegend sind dabei die Forschungsanstrengungen. Das beginnt mit Technologien zur Filterung von Abwässern, zur Sortierung von Abfällen und zur Zusammensetzung und Herstellung entsprechender Materialien. Das Land hat die Forschungslandschaft bereits hierauf ausgerichtet und hat z. B. in der Bioökonomie einen Forschungs- und Anwender-Think-tank am KIT in Karlsruhe initiiert und alles unter einer Landesstrategie für Ressourceneffizienz zusammengefasst.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zugegebenermaßen ist die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung, auch durch die Einrichtung eines Landesentrums, in dem geforscht wird und die Anwendung direkt vorbereitet wird, etwas weiter. Auch im bayerischen Koalitionsvertrag sind einige Punkte verankert. Baden-Württemberg ist noch nicht ganz so weit. Im Ländervergleich stehen wir allerdings gut da.

Klar ist: Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen fortlaufend hinterfragt und angepasst werden. Ziel muss es dabei sein, Vermeidungsmöglichkeiten im Rahmen der industriellen Anwendung bis hin zum privaten Verbrauch und zum Umgang mit eingesetzten Materialien gesetzlich zu regeln und zu verbessern. Dabei geht es uns nicht nur um die Plastikrückstände in den Weltmeeren, sondern es geht auch um die Einträge von Mikroplastik in unsere Gewässer und Böden.

Weitere wichtige Aspekte sind aber auch unser Verhalten und unsere gesellschaftlichen Ansprüche. Klar ist, dass wir es hier mit Konflikten zu tun haben, die man nicht zwingend auf die Politik schieben kann. Beispielhaft will ich einmal aufzeigen, wie schwierig das beim täglichen Einkaufen ist. Unsere Ansprüche an die Hygiene beim Lebensmittelverkauf, an der Frischetheke, und die möglichen Maßnahmen zur Vermeidung von Verpackung widersprechen sich. Gleiches gilt für viele andere Produktgruppen, z. B. für Kosmetika, aber auch Textilien. Auch finanzielle Aspekte und Bequemlichkeitsgründe spielen eine Rolle. Ein Beispiel ist der Onlinehandel. Denn auch Karton und Pappe sind bei einmaliger Verwendung nicht zwingend umweltfreundlich.

Selbst wenn man den Versuch unternimmt, Verpackungsmaterial und Plastik beim Einkauf zu vermeiden, scheitert man an vielen Stellen im Alltag, sei es durch den Kauf eines Tetrapaks oder die Nutzung eines Briefumschlags mit Plastiksichtfenster.

Von 400 Millionen t Plastikmaterial werden weltweit 16 % eingesammelt und davon nur 10 % recycelt. Nach einer McKinsey-Studie gelangen 20 % unreguliert in die Natur und werden nicht entsorgt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deswegen muss aus Sicht der CDU-Fraktion in Baden-Württemberg in der Zukunft ein Strauß von Maßnahmen umgesetzt werden. Wo es sinnvoll ist, muss die Wirtschaft weiterhin im Sinne der Verringerung von Mikroplastikanteilen sowohl durch Anreize als auch durch gesetzliche Vorgaben einbezogen werden.

Eine weitere Zielsetzung ist neben der Recyclingfähigkeit von Materialien auch die Forschung in Bezug auf biobasierte Er-

(Dr. Patrick Rapp)

satzstoffe, Stichwort – es wurde vorhin schon gesagt – Bioökonomie.

In der Verantwortung des Landes liegt es aber auch, die Bevölkerung offen über die Zusammenhänge zu informieren. Nicht wenige Menschen glauben, mit der Einführung des Gelben Sacks bzw. der Gelben Tonne durch den damaligen Umweltminister Trittin habe sich die Frage nach dem Plastikmüll erledigt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der Gelbe Sack war nicht seine Erfindung!)

Das ist leider mitnichten so.

Politisch gesehen ist auch klar: Die Umsetzung von Maßnahmen von der Produktion bis zum Recycling, die Umsetzung der Mülltrennung und der ressourcenschonenden Verwertung sowie Wiederverwertung von Materialien, das ist im nationalen Alleingang nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Denn damit die Marktmechanismen auch funktionieren und damit Ökologie und Ökonomie zusammenkommen, darf man nicht die eigenen, sich an der Weltspitze befindenden Betriebe dadurch gefährden, dass man mit Importwaren entsprechende Imbalancen aufbaut. Das ist gerade dann wichtig, wenn man technologisch an der Weltspitze steht.

Aber wichtig ist auch, dass wir unser Verhalten überdenken. Das beginnt nicht erst beim Onlineeinkauf, sondern schon bei der täglichen Ernährung, und es geht über den Einkauf bis zur Verwertung von regionalen und saisonalen Lebensmitteln. Das muss nicht unbedingt bio sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Bei regionalen und saisonalen Lebensmitteln kann man nämlich viele Obst- und Gemüsesorten ohne Plastikverpackung bedenkenlos kaufen. Denn manchmal ist das Einfache das Beste.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Walter, herzlichen Dank für das Erinnern an Tschernobyl, Fukushima, aber auch Fessenheim.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was geschieht denn in Fessenheim? Und in Fukushima gab es ein Erdbeben! Gedenken wir einer Naturkatastrophe?)

Wir in unserer Region freuen uns, wenn am 30. Juni auch der zweite Reaktor abgeschaltet werden kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir würden uns aber auch freuen, wenn wir die ungeteilte Energie und das ungeteilte Engagement der Landesregierung hätten, um auch die Nachfolge für Fessenheim zu organisieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Denn das können wir in unserer Region ganz allein auch nicht machen. Wir wollen dort etwas Besseres haben als das Recyceln von Brennstäben. Deswegen brauchen wir Sie an unserer Seite.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen ist es bekannt: Was entsorgt wird, kehrt zurück. Dennoch waren Wissenschaftler in den Rocky Mountains vor einiger Zeit doch ziemlich erstaunt, dass sie in einer Regenwasserprobe auf 3 000 m Höhe was gefunden haben? Mikroplastik!

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Na so was!)

Es regnet also Plastik – überall auf der Welt. Das ist auch kein Wunder, wenn Sie sich nur einmal – –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Irgendeiner stört hier.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner! – Frau Abg. Rolland, warten Sie bitte.

Herr Abg. Dr. Fiechtner, wir müssen Sie nicht alle paar Minuten darauf aufmerksam machen, dass Zwischenrufe nur zwischendurch und nicht ständig und permanent sein müssen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wo steht das, Frau Präsident?)

– Das sage ich Ihnen jetzt, und das haben Sie zu akzeptieren. Punkt.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Gabi Rolland SPD: Also: Es regnet Plastik – überall auf der Welt. Das ist auch kein Wunder. Vergewöhnen Sie sich nur einmal, dass einer der größten Zuckerbrausehersteller weltweit jeden Tag im Sekundentakt Tausende von Plastikflaschen herstellt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja, Gott sei Dank! Das sind Arbeitsplätze!)

Das sind 10 Millionen pro Stunde

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Arbeitsplätze!)

und 88 Milliarden pro Jahr.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Arbeitsplätze!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich erteile Ihnen wegen ständigen Störens jetzt einen Ordnungsruf.

(Beifall bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Abg. Gabi Rolland SPD: Das kann man sich ja auch gut –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Jetzt hören Sie doch einfach einmal auf, Herr Fiechtner! Das macht einfach keinen Spaß.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir sind keine Psychiatrie hier!)

Wenn es wenigstens Sinn hätte; aber das ist einfach nur unkollegial, ehrlich gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Es ist kein Wunder, dass man gern in Plastikflaschen abfüllt. Denn Plastik ist leicht, vielseitig verwendbar, billig und wiederverwertbar – eigentlich.

Aber in den vergangenen 70 Jahren sind von dem, was an Plastik produziert worden ist, lediglich 9 % wirklich recycelt worden. Der Rest, also der überaus große Anteil, wurde verbrannt, auf Halden gelagert oder in die Natur verbracht.

Wenn ich an die Natur denke, dann möchte ich sagen, dass wir in Freiburg gerade in einem Umweltprojekt mit einer künstlerischen Anbindung mit Kindern im Wald unterwegs sind: Theater spielen, Installationen herstellen. Und was machen die? Sie sammeln den Müll ein, weil sie sagen: Das kann ja nicht sein; wir sind im Wald, wir erholen uns, wir machen da etwas, aber der Müll bleibt liegen.

Warum sage ich das? Weil es heute eben nicht selbstverständlich ist, dass man den Müll wieder mit heim nimmt oder dass man beim Einkaufen darüber nachdenkt, was man einkauft, oder auch, dass man den Müll richtig trennt. Die Kinder werden am Ende des Schuljahrs aus dem eingesammelten Müll ein Müllmonster machen. Das kann ich Ihnen dann zeigen.

Jetzt zurück zum Plastikmüll. Das Plastik wandert dann auf unsere Teller und in unsere Gläser. Wenn wir das statistisch betrachten, nehmen wir jeden Tag 2 000 Partikel auf. Das sind 5 g – so schwer wie eine Scheckkarte.

(Die Rednerin hält eine Plastikkarte in die Höhe.)

Das müsste einem bewusst machen, was es eigentlich bedeutet.

Diese Partikel entstehen z. B. aus Reifen, Abdeckfolien, Verpackungen und Spielzeug in Böden, Gewässern und in den Meeren. Der Nahrungskreislauf funktioniert dann auch: Pflanze, Tier, Mensch. Das ist eigentlich das größte Problem, das wir haben: dass diese Verwertung von Plastikmüll so nicht funktioniert. Der Plastikmüll wird verschifft und angeblich irgendwo recycelt. Aber das ist nicht der Fall.

Das ist kein Handel, sondern das ist eigentlich eine kriminelle Abfallentsorgung. Dagegen muss man vorgehen.

Ihre Anfrage ist ja schon ein bisschen in die Jahre gekommen; sie ist 18 Monate alt. Die Kritik an der Bundesregierung stimmt so nicht mehr, weil die Umweltministerin in Deutschland, Frau Schulze, bereits energisch gehandelt hat: Ab 2021 gibt es keinen illegalen Handel mehr mit Elektrogeräten – das wird zurückgedrängt –, und es gibt keinen Export mehr von schlecht verwertbarem Plastik aus der EU in Entwicklungsländer. Das ist richtig so. Damit wird eine wichtige Lücke geschlossen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Jetzt fragt man sich nur: Wie wird das denn kontrolliert? Dafür sind wir, das Land Baden-Württemberg, zuständig; unsere Umweltbehörden sind dafür zuständig, in den Betrieben wie auch an den Grenzen zu kontrollieren. Herr Minister Untersteller, wir würden von Ihnen heute gern die Frage beantwortet bekommen – Sie haben mehr Personal erhalten –: Ist denn jetzt sichergestellt, dass die Betriebe kontrolliert werden und dass tatsächlich nur noch sortenreine, nicht verschmutzte und nicht vermischte Plastikabfälle exportiert werden? Wir freuen uns auf Ihre Antwort.

Eine Weisheit zum Schluss: Der beste Abfall ist der, der nicht entsteht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Voigtmann das Wort.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die bisherige Geschichte der Menschheit ist von Beginn an eng verknüpft mit den Materialien, die zu den jeweiligen Zeiten eingesetzt wurden. Wir kennen die Steinzeit, die Bronze-, die Kupfer- und die Eisenzeit. Das alles sind Zeitabschnitte, in denen die entsprechenden Materialien als besondere Werkstoffe oder auch zur Herstellung von Waffen eingesetzt wurden. Die eingesetzten Rohstoffe gaben den entsprechenden Epochen ihre Namen.

So leben wir seit etwa 100 Jahren im Kunststoffzeitalter. Seit dem Aufkommen der ersten synthetischen Materialien haben sich Kunststoffe verbreitet, beginnend mit dem Bakelit. Manche Ältere werden sich noch an Geräte aus Bakelit erinnern: Volksempfänger, „Goebbels-Schnauze“, das sagt alles etwa das Gleiche. Das war genau das Einsatzgebiet dieser allerersten Kunststoffe.

Dies hat sich rasend schnell weiterentwickelt. Kunststoffe haben das Leben vollständig durchdrungen und – man muss es deutlich sagen – teilweise auch bereichert: Kabel, medizinische Gerätschaften und als – besonders umstrittene – Krönung des Ganzen: Verbundwerkstoffe aus Kunststoffen in den Windkraftanlagen, wobei sich das Bundesumweltministerium dazu hat hinreißen lassen, darauf hinzuweisen, dass es problematisch ist, Kunststoffe zu entwickeln, von denen man noch nicht einmal weiß, wie man sie eines Tages überhaupt wieder entsorgen kann.

(Klaus-Günther Voigtmann)

Das ist die Problematik, die darin steckt.

Wenn sich hier nun einige über Plastikbecher, ein Bobbycar, das in der Landschaft liegt, oder eine Quetscheente aufregen, dann geht das eigentlich am Problem vorbei, weil das Problem ganz woanders liegt. Es liegt nämlich im Bereich der Mikro- und Nanoplastikteilchen, die man eigentlich gar nicht sieht, die aber in Unmengen produziert werden, weil sie teilweise Produkteigenschaften von Flüssigkeiten, von Kosmetika oder was auch immer produziert wird, verbessern und die Fließfähigkeit unterstützen.

Die Entwicklung ist dem, was nachher unsere sogenannte Entsorgung leisten kann, leider immer weit voraus. Klar ist, dass die Klärwerke auf solche Beimischungen in den Abwässern überhaupt nicht vorbereitet sind. Das heißt, diese Mikroteilchen gehen schlichtweg durch die Filter hindurch – zumindest bei den meisten heutigen Anlagen – und gelangen in die Gewässer und zum Schluss in die Meere. Dann ist es kein Wunder, dass die Fische diese über ihre Nahrung zwangsläufig aufnehmen, wenn sie in den Gewässern nach Nahrung suchen.

Kunststoffe, vulgär auch „Plastik“ genannt, sind per se weder gut noch schlecht. Entscheidend ist der – richtige oder falsche – Umgang mit Kunststoffen. Zum Problem wird Kunststoff immer dann, wenn er nicht den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft unterworfen wird – also nicht gesammelt, gelagert oder wiederverwertet wird.

Bei PET-Flaschen – normalerweise werden diese Einwegflaschen als „Plastikflaschen“ bezeichnet – funktioniert der Materialkreislauf recht gut. Diese in deutschen Haushalten besonders beliebten PET-Flaschen – sie haben mittlerweile einen Marktanteil von 50 % – erreichen eine Rücklaufquote von nahezu 100 % – dies ist auch auf die Pfandpflicht zurückzuführen – und eine Recyclingquote von beachtlichen 93 %, weil es sich um relativ sortenreines Material handelt.

Beim klassischen Verpackungsabfall sieht die Bilanz nicht ganz so gut aus. Das liegt an der schieren und immer noch wachsenden Menge von Verpackungen, den schwer zu trennenden Verbundmaterialien, an Trittbrettfahrern im Dualen System – falsche Meldemengen und Ähnliches – sowie an sonstigen Tricksereien, weil eine Verpackung beispielsweise schon als recycelt gilt, wenn sie auf dem Transportband einer Sortieranlage liegt.

Klar ist aber auch: Kunststoffe, insbesondere Mikro- und Nanoplastikpartikel, haben in der Natur nichts zu suchen. Zwar ist längst noch nicht hinreichend erforscht, welche Auswirkungen Mikro- und Nanoplastik auf die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen haben; dennoch spricht sich auch die AfD klar dafür aus, den Eintrag von Kunststoffen so gering wie möglich zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ob jedoch das Wattestäbchen- und Strohalmverdikt der EU der große Wurf war, darf zumindest einmal bezweifelt werden. Gefordert wird von uns jedenfalls, keine Symbolpolitik und keinen blinden Aktionismus zu betreiben, sondern Maßnahmen zu ergreifen, die einen echten Nutzen stiften.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich kann man es sich leicht machen und auf eine Studie der Universität Oxford verweisen, die belegt, dass der Hauptverursacher der vermüllten Weltmeere in Fernost sitzt. Das Umweltbundesamt spricht von rund 142 Millionen t, drei Viertel davon seien Plastik. Die weltweit höchsten Plastikeinträge in die Umwelt stammen aus China, Indonesien, den Philippinen, Vietnam und Thailand. Von den zehn weltweit am stärksten mit Kunststoffen belasteten Flüssen befinden sich acht in Asien und zwei in Afrika.

Doch was hilft es, mit dem Finger auf andere zu zeigen und sich als Mitteleuropäer unter Verweis auf den eigenen Recyclingbeitrag von 30 % bei einer thermischen Verwertung von 39 % und einer Entsorgungsquote von 31 % selbstzufrieden zurückzulehnen? Flüsse und Ozeane hängen nun einmal untrennbar miteinander zusammen, und der Plastikmüll wird über die Nahrungskette früher oder später auch auf unseren Tellern landen. Wir haben also gar keine andere Wahl, als den Entwicklungs- und Schwellenländern finanziell und technologisch dabei zu helfen, ein eigenes Abfallwirtschaftssystem aufzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig!)

So, wie es den frühgeschichtlichen Menschen gelungen ist, ihre Werkstoffe weitestgehend aus der Nahrungskette herauszuhalten, sollte es auch für den Homo sapiens des 21. Jahrhunderts kein unüberwindliches Hindernis sein, die Natur und die Pflanzenwelt vor den Produkten seines Wirkens in Schutz zu nehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Reich-Gutjahr das Wort.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der Grünen greift ein wichtiges Thema auf, nämlich den Plastikmüll. Ursächlich für die Zunahme des Plastikmülls in Deutschland – wir haben es verschiedentlich schon gehört – ist u. a. der verstärkte Trend zum Onlineversandhandel und der To-go-Verzehr, was sich in Verpackungsmüll niederschlägt. Der Umfang dieser Müllarten hat sich in den letzten Jahren, anders als andere Verpackungsmüllvarianten, nach oben entwickelt.

Plastikmüll trat in den letzten Jahren verstärkt in unser Bewusstsein, weil wir ihn als globales Problem erkannt haben. Die Bilder von verendeten Tieren, von Müllbergen in Meeren, von Plastik in der Nahrungskette, von Plastikmüll oder Mikroplastik in Bächen, Flüssen und Seen auch unseres eigenen Landes sind natürlich alarmierend; dies bedarf einer konsequenten Handhabung.

Andererseits sind Kunststoffe in vielen Anwendungen ein Segen für die Menschheit geworden: Infektionsschutz in der Medizin, Alltagshygiene, Haltbarmachung von Lebensmitteln,

(Abg. Anton Baron AfD: Leichtbau!)

beim Tragen, denn Kunststoffe sind leicht. Man muss auch sagen, dass sie teilweise einen besseren ökologischen Fußabdruck haben als so manches Glasgefäß,

(Gabriele Reich-Gutjahr)

(Abg. Anton Baron AfD: Oder Papiere! Oder Baumwolle!)

wenn man an recycelte PET-Flaschen denkt, die zu fast 100 % wiederverwertet werden.

Deswegen muss man einfach registrieren: Kunststoffe sind aus dem Alltag der Menschen nicht mehr wegzudenken, und zwar weltweit. Wir müssen davon ausgehen, dass mit der wirtschaftlichen Entwicklung weiterer Länder und deren Konsumverhalten noch mehr Plastik entstehen wird.

Wenn wir auf uns schauen, ist das Thema Vermeiden natürlich eine Strategie. Dazu gehört insbesondere die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger. Das beginnt in der Schule. Dort gibt es in den Bildungsplänen bereits verschiedene Ansätze, was zu tun ist. Wichtig wäre, auch die ökonomische Seite des Themas Müll mit aufzunehmen, z. B. im Fach Wirtschaft.

Aufklärung obliegt auch den Kommunen. Sie erhalten vom Dualen System Geld dafür, dass sie zur Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Ich glaube, hier ist noch Luft nach oben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber nationale Verzichts-, Verbots- und Preiserhöhungsansätze springen zu kurz. Hier braucht es den globalen Blick über Deutschland hinaus. Wir müssen den Müll zum Wertstoff machen. Im Bewusstsein der Bürger ist Müll, glaube ich, in erster Linie Dreck. Dreck ist etwas Schmutziges. Die Kunst ist, aus Müll wieder einen Wertstoff zu machen.

Die technologischen Innovationen sind durchaus schon vorhanden. Wir müssen aber die Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln, den stofflichen Kreislauf schließen und dies wirtschaftlich tragfähig machen. Zu diesem Thema können Sie nachher vielleicht auch etwas sagen, Herr Untersteller. Chemische Verfahren, die heute noch nicht als Recycling gelten, müssen in diesen Kreislauf mit hineingenommen werden. Primärrohstoffherzeugung muss damit quasi auch einen Niederschlag finden können.

Kürzlich hatte ich Kontakt mit einem Unternehmen, das in der Lage ist, mit seinem Verfahren sogar aus dem Meer gezogene, salzbelastete Plastikabfälle wieder umzuwandeln – in einen Treibstoff. Sie haben aber das Problem, dass dieser Ansatz nicht als Recycling gilt, weshalb sie sich am Markt nicht richtig durchsetzen können. Die Technologien gibt es also schon.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es fehlt der gesetzliche Rahmen. Wir denken, dass Ansatzpunkte hier bei uns in Deutschland liegen, aber auch auf europäischer Ebene.

Nehmen wir das Thema „Gleichstellung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen“. Ein schönes Beispiel, das ihr alle kennt, ist der Kleiderbügel. Wenn ich einen Kleiderbügel vom Breuninger mit nach Hause trage, die Kleidung in den Kleiderschrank packe und den Bügel wegwerfen möchte, darf ich ihn nicht in den Gelben Sack tun.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: War das jetzt Schleichwerbung?)

– Ja, ich weiß. – Wenn ich das Kleidungsstück aber online bestellt habe, gehört das zur Verpackung, und ich darf den Bügel in den Gelben Sack werfen. Das ist für den Bürger natürlich nicht nachvollziehbar. Hier brauchen wir einen stringenteren Rechtsrahmen.

Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, um Investitionen in Recyclinganlagen zu ermöglichen. Dazu gehört – auch das wurde schon angesprochen – die stoffliche Zusammensetzung von Kunststoffen: Diese müssen wir so standardisieren, dass ihre Wiederverwertung wirtschaftlich attraktiv möglich wird.

Dazu brauchen wir vom europäischen Richtliniengeber einen Cradle-to-Cradle-Ansatz, der dafür sorgt, dass Kunststoffe von Anfang an so hergestellt, eingesetzt und gekennzeichnet werden, dass sie als Rezyklat einen möglichst langen Stoffkreislauf durchlaufen können. Das gilt sowohl für mineralölbasierte Kunststoffe als auch für biobasierte Kunststoffe. Hier besteht sicherlich noch Handlungsbedarf beim Forschen und Entwickeln, aber die ersten Schritte sind getan.

Wichtig ist auch, dass wir Rezyklate in den gleichen Verpackungsarten wiederverwenden können. Das ist heute noch relativ schwierig, insbesondere wenn es um Verpackungen im Lebensmittelbereich geht. Hier ist im Moment vonseiten der EU noch nicht die Voraussetzung dafür geschaffen; das Verfahren sollte nun dringend zum Abschluss gebracht werden, damit das Downsizing von Plastikmüll ein Ende hat.

Meine Redezeit ist leider schon um. Bei diesem wichtigen Thema gibt es viel zu sagen. Wir haben hier in unserem Land beispielsweise einen Recycler in Heilbronn, der dieses Thema seit 20 Jahren konsequent betreibt, der Wertstoffketten entwickelt. Solche durchdachten Prozessketten in der Abfallwirtschaft sind ein wichtiger Teil, um hier voranzukommen, und sie sind eine Chance auch für deutsche Anlagenbauer mit ihren vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten in diesen Prozessen.

Deswegen gilt: Müll ist ein Wertstoff. Je häufiger wir die Materialien recyceln, desto mehr schonen wir die Umwelt. Die entsprechenden Ansatzpunkte gibt es schon. Man muss nun die Regelungen im Land, im Bund und in Europa schaffen, sodass wir hier konsequent zur Anwendung gelangen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Gabi Rolland SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Er sollte erst noch seine Tablette holen!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Soll ich Ihnen eine verschreiben, Herr Rapp? – Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Phantombetten – das ist das Elixier der grün-kommunistischen Kultur-, Wirtschafts- und Familienzerstörer. Die Coronakrise, die die Bundesrepublik außer Gefecht setzt, die neuerliche Belagerung durch Wandererheere, verursacht durch „Sultan Erdolf“, und der aktuelle Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft finden bei den Grünen keinen Platz in einer Aktuellen

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Debatte; stattdessen übt sich der Landtag am heutigen Tag einmal mehr in vergifteten Schwachsinndebatten.

Ungeachtet der Tatsache, dass unsere Städte vor allem auch dort mit Plastikmüll vermüllt sind, wo die Buntheit ganz besonders laut beschworen wird – schauen Sie sich den Niedergang der Kehrwochenstadt Stuttgart hin zur „Königsmüllhalde“ an! –, möchte ich im Wesentlichen auf drei Dinge eingehen.

Erstens: Den Grünen und Roten ist die Umwelt total schnuppe. Ihre öffentlich vorgetragenen Überlegungen zur Einführung einer Gelben Tonne zeigen den eigentlichen Kern Ihrer Politik: Gängelung, Bevormundung und eine neue, schöne Möglichkeit, bei entsprechender Zuwiderhandlung Bußgelder zu verteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zweitens: Sie agieren einmal wieder im falschen Teil der Welt. Plastikvermeidungskonzepte müssen in der Dritten Welt angesetzt werden, beispielsweise in Westafrika oder Indien. Da bekommen Sie praktisch nichts, was nicht in Dutzende Plastikfolien und Tüten eingewickelt ist, die nach Gebrauch wie selbstverständlich in den Straßengraben oder Vorgärten landen. Setzen Sie dort mit Ihren Konzepten an! Wenn schon sogenannte Entwicklungshilfe, dann so: Wer seine Heimat zerstört und verschandelt, hat dafür keine finanzielle Belohnung zu erwarten.

Drittens: Die Anfrage widmet sich zu einem großen Teil der Abfallvermeidung und eventuellen Schadstoffen in den Abfällen. Ich hätte da eine ganz praktische Idee: Machen Sie Schluss mit dem Windkraftirrsinn. Hören Sie auf, Schneisen in den deutschen Wald zu schlagen und dort Ihren Sondermüll hinzustellen. Die Windräder rechnen sich nicht, und sie werden in nicht langer Zeit nach Ablauf der immensen Subventionen von der Vogelschreddermaschine zum giftigen, nicht verwertbaren Sondermüll verwandelt werden. Das ist das Gegenteil von Umweltschutz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Als Patriot befürworte ich den Schutz unserer Schöpfung – aber jeder für sich und mit Verstand. Wir werden schon im Übermaß gegängelt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rainer Hinderer SPD: Von Ihnen! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der könnte im Kabarett auftreten!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! 450 Jahre – so lange kann es dauern, bis eine Plastikflasche in der Umwelt zerkleinert ist.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Woher wissen Sie das?)

Abgebaut wird sie ohnehin auch nach 450 Jahren noch nicht sein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gab es vor 450 Jahren schon Plastikflaschen?)

Plastik ist Segen, aber zugleich auch Fluch. Plastik ist lange haltbar, vielseitig verwendbar, aber, einmal in der Umwelt, durchaus mit fataler Langzeitwirkung: Plastik im Meer, Plastik in Flüssen, Mikroplastik in Tierkörpern – Sie kennen die Debatte –, und letztendlich landet natürlich über die Nahrungskette Mikroplastik in unserer Nahrung und dadurch im menschlichen Körper.

Das Bewusstsein dafür, dass wir hier ein Problem haben – das hat diese Debatte auch deutlich gemacht –, ist so groß wie noch nie. Trotzdem steigt bei uns der Verbrauch von Kunststoffen weiter an. Dabei sind Kunststoffe – das will ich ausdrücklich sagen – nicht per se schlecht; denn derzeit sind die meisten Alternativen ökologisch nicht zwangsläufig besser. Wir müssen allerdings unseren Umgang mit Kunststoffen ändern, Stichwort: Mehrweg statt Einweg. Auch hierzu wurde schon einiges gesagt.

Vor allem brauchen wir bei den Kunststoffen endlich eine echte Kreislaufwirtschaft. Schnelle Verbote sind dabei aus meiner Sicht jedenfalls nur scheinbar eine gute Lösung. Ein Beispiel – Sie haben vorhin die Frau Kollegin Bundesumweltministerin angesprochen; da bin ich ausdrücklich anderer Meinung als sie –: das Verbot von Plastiktüten. Das ist zwar in der Öffentlichkeit durchaus werbewirksam und stieß auch auf eine große Resonanz in den Medien. Aber wenn man eine Plastiktüte durch eine Papiertüte ersetzt, die auch nur ein Mal genutzt wird, ist zunächst mal nichts gewonnen. Deshalb ist das aus meiner Sicht wirklich eine Symboldebatte.

Zu dem, was Sie angesprochen haben, Frau Kollegin Rolland – „Wie ist das mit dem Export von gemischten Abfällen?“ –: Es ist nicht ganz so, wie Sie sagen. Die gemischten Abfälle können auch weiterhin exportiert werden, weil sie keine Abfälle zur Beseitigung sind – dann müssten sie nämlich im Inland bleiben –, sondern Abfälle zur Verwertung. Es sind Wertstoffe und damit handelbar wie jegliches Gut. Was sich durch das sogenannte Baseler Übereinkommen von Mai letzten Jahres, unterschrieben von 180 Staaten,

(Abg. Gabi Rolland SPD: 187!)

geändert hat, ist, dass ein Annehmerland erst einmal erklären muss, dass es diese gemischten Abfälle annimmt und dass sie verwertet werden können. Aber es kann weiterhin exportiert werden. Größenordnung übrigens in der Vergangenheit: nach China 560 000 t allein aus Deutschland – gemischte Abfälle.

(Abg. Gabi Rolland SPD: So ist es!)

Nachdem China nicht mehr angenommen hat, haben dann Malaysia, Indonesien, Vietnam und Kambodscha angenommen.

Was ist die Aufgabe von Baden-Württemberg als Land? Sie haben es kurz angesprochen: Das ist auch Kontrolle. Was wir machen können, sind stichprobenartige Kontrollen, aber natürlich nicht durchgängige Kontrollen – alles, was recht ist; das wissen Sie auch. Diese Stichprobenkontrollen machen wir gemeinsam mit den Zollbehörden und gemeinsam mit der Polizei. Wir haben dazu einen Kontrollplan, den Sie übrigens im Internet finden und wo Sie nachsehen können, was wir hier in welchem Umfang kontrollieren.

Es kommt letztendlich – ich habe es eben schon anzudeuten versucht – darauf an, dass wir zukünftig Verpackungen nicht

(Minister Franz Untersteller)

nur einmal verwenden – das ist eines der Kernübel –, sondern dass wir sie möglichst mehrfach verwenden. Plakativ gesagt: Wir müssen wegkommen von einer Wegwerfgesellschaft, und wir müssen hinkommen zu einer Mehrweggesellschaft. Wir, das Land, haben den Vorschlag gemacht, Einwegtüten – egal, aus welchem Material, ob Kunststoff oder Papier – so teuer zu machen, dass die Menschen sie automatisch mehrfach nutzen, sie also zu Mehrweg machen. Dieser Vorschlag ist im Umweltausschuss des Bundesrats auf Einstimmigkeit gestoßen. Auch von der Wirtschaft wurde dieser Vorschlag durchaus begrüßt. Allerdings fand dieser Vorschlag beim Bund – leider Gottes, sage ich dazu – bislang kein Gehör.

Übrigens fand auch das kein Gehör, was Frau Reich-Gutjahr zu Recht, fand ich, angesprochen hat, nämlich die folgende Problematik: Auf der einen Seite haben wir Verpackungsabfälle, die unter die Verpackungsverordnung – jetzt Verpackungsgesetz – fallen und dann von den dualen Systemen erfasst werden. Zu dem, wie viel da verwertet wurde, hat der Kollege Walter ja einiges gesagt. Auf der anderen Seite werden aber stoffgleiche Nichtverpackungen nicht erfasst. Ein Beispiel: Eine Verpackungsfolie wird vom Dualen System erfasst und sollte dann optimalerweise den Weg des Recyclings gehen. Auf der anderen Seite geht die gleiche Folie, wenn sie eine Frischhaltefolie ist, in den Restmüll und landet dann im besten Fall in einer Müllverbrennungsanlage. Da muss man sich fragen: Worin besteht denn da die Sinnhaftigkeit? Das ist ja nur ein Beispiel von vielen, die man erwähnen könnte.

Das ist der Grund, warum wir in den letzten Jahren mehrfach darauf gedrängt haben, dass wir ein echtes Wertstoffgesetz bekommen, sodass wir die Wertstoffe – seien es Verpackungen oder Nichtverpackungen – gemeinsam erfassen und dann einer sinnvollen Verwertung zuführen können.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Dann sagen Sie auch, was das kostet, Herr Untersteller!)

Für diesen Weg hatten wir eine breite Mehrheit im Bundesrat. Allerdings wurde er bislang von der Bundesregierung nicht aufgegriffen. Ich glaube, es ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir uns Gedanken

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

über einen neuen Vorstoß in diese Richtung machen müssen.

Denn jemandem die Sinnhaftigkeit dieser getrennten Erfassung zu erklären, das kann machen, wer will – ich kann es nicht. Die Bürgerinnen und Bürger verstehen erst recht nicht, dass eine Nichtverpackung völlig andere Wege als eine stoffgleiche Verpackung gehen soll und dass wir hier nicht einen gemeinsamen richtigen Weg finden, diese Stoffe möglichst im Kreislauf zu führen.

Vielleicht ist die „Circular Economy“, die sich die Europäische Union für diese Legislaturperiode auf die Fahnen geschrieben hat, durchaus ein Ansatz, auf dessen Grundlage eine Debatte über ein Wertstoffgesetz in Deutschland nochmals neu geführt werden sollte und bei dem dann hoffentlich ein positives Ergebnis erzielt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Das Umweltministerium, verehrte Kolleginnen und Kollegen, hat Ende letzten Jahres eine eigene Projektgruppe „Kunststoffe und Verpackungen“ eingerichtet, die als Scharnier zwischen der Verwaltung, der Bürgerschaft, den Verbänden, der Industrie und auch der Wissenschaft fungieren wird. Seither sind in dieser kurzen Zeit bereits eine Reihe von Projekten, Initiativen, Ideen und Aktivitäten auf den Weg gebracht worden.

Beispiele: Wir streben eine plastikarme Landesverwaltung an. Wir wollen zukünftig den umweltgerechten Neubau und Betrieb von Kunstrasenplätzen – das hat Kollege Walter vorhin angesprochen – in enger Abstimmung mit Kommunen und Sportvereinen vorantreiben. Dies ist mit ein relevanter Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt; das ist mittlerweile deutlich geworden. Daher, glaube ich, ist es richtig, dass wir im Neubau künftig nur noch solche Plätze fördern, die nicht mit Problemen verbunden sind. Wir brauchen aber auch vernünftige Sanierungsstrategien für die bestehenden Kunstrasenplätze.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Gabi Rolland SPD: So ist es! Und die sind nicht vorhanden!)

Wir sehen uns derzeit auch – das hat vorhin jemand von Ihnen angesprochen; ich glaube, Sie, Frau Kollegin Rolland, oder Sie, Frau Reich-Gutjahr, waren es – das Thema „Chemisches Recycling“ an. Dabei geht es um die werkstofflich nicht recycelbaren Kunststoffe. Bisher wurden diese verbrannt, oder sie wurden deponiert. Wir sind heute – das will ich auch sagen – unter Kostengesichtspunkten noch immer ein gutes Stück davon weg, zu sagen: Das chemische Recycling ist jetzt der richtige Weg. Wenn sich aber chemisches Recycling wirtschaftlich, technisch und ökologisch tatsächlich als sinnvoll erweisen sollte, macht es Sinn, hier die Forschung voranzutreiben. Das machen wir in Baden-Württemberg. Insbesondere am KIT gibt es hierzu eine Reihe von Forschungsaktivitäten. Daher verspreche ich mir hier durchaus eine zusätzliche Möglichkeit, sinnvoll mit Kunststoffabfällen umzugehen.

Besonders wichtig finde ich aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion um eine Rezyklatquote. Wir müssen den Einstieg in eine echte Kreislaufwirtschaft schaffen und den bereits technisch weit fortgeschrittenen Rezyklaten bessere Absatzchancen ermöglichen.

Ich habe im letzten Jahr die neue Sortieranlage im Enzkreis, die dort von dem Suez-Konzern betrieben wird, einweihen dürfen. Mit 100 000 t Durchsatz ist das eine der modernsten Anlagen in Europa. Sie ist in der Lage, zehn Kunststoffsorten sortenrein zu sortieren. Das Problem ist: Für diese hochwertigen Rezyklate finden sie keinen Absatz.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es!)

Das heißt, wir haben ein Henne-Ei-Problem. Auf der einen Seite habe ich keinen Absatz, keine Abnehmer für hochwertige Rezyklate. Wenn ich aber keine Abnehmer habe, weshalb soll dann auf der anderen Seite ein Sortierer zusätzliche Millionen in eine hochwertige Sortiertechnik reinstecken?

Das wiederum bedeutet: Wenn wir das ernst meinen, dann brauchen wir meines Erachtens Mindestrezyklatanteile in unseren Produkten. Dass dies möglich ist, das kann jeder von uns sehen, wenn er in einen Drogeriemarkt geht und sich das

(Minister Franz Untersteller)

eine oder andere Reinigungsmittelprodukt – ich will hier jetzt keine Werbung machen – anschaut, dessen Verpackung schon heute auf der Basis von 100 % Rezyklat hergestellt wird. Jetzt muss man nicht gleich auf 100 % gehen. Wenn wir aber – insbesondere auf europäischer Ebene im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie – einen Stufenplan erstellen würden und bei bestimmten Produktgruppen bei 20 %, 30 % anfangen und den Anteil dann Stück für Stück erhöhen würden, sodass sich die Wirtschaft darauf einstellen kann, dann wäre das der richtige Weg, um zu einer wirklichen Kreislaufwirtschaft in diesem Segment zu kommen.

Übrigens: Es wäre nicht zum Nachteil des baden-württembergischen Wirtschaftsstandorts, sondern ganz im Gegenteil. Denn die ganzen Technologieentwicklungen in der Sortiertechnik werden nicht unwesentlich hier in Baden-Württemberg von verschiedenen Firmen vorangetrieben. Daher wäre es auch im Hinblick hierauf ein Vorteil für den baden-württembergischen Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen Kunststoffe in Zukunft besser recyceln. Dafür brauchen wir faire Marktbedingungen, und dafür brauchen wir, wie gesagt, einen vorgegebenen Rahmen mit Mindestrezyklatanteilen.

Das waren jetzt ein paar Beispiele, mit denen ich versucht habe, hier deutlich zu machen, in welche Richtung es gehen muss. Entscheidend wird aber sein, dass wir insgesamt mehr Anreize für Mehrweg setzen. Dafür braucht es mehr Bewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber natürlich auch entsprechende politische Rahmenbedingungen. Einweg muss verteuert werden – ich habe es gesagt –, Mehrweg muss sich mehr lohnen.

Mut machen mir übrigens die vielfältigen gesellschaftlichen Initiativen, Plastik zu vermeiden, beispielsweise die sogenannten Unverpackt-Läden, die in den letzten ein, zwei Jahren überall, in allen möglichen Städten wie Pilze aus dem Boden geschossen sind – und die übrigens sehr gut angenommen werden, was man sieht, wenn man da einmal hineingeht. Ich war selbst überrascht, wie groß das Interesse in der Bevölkerung an diesen Läden ist.

Ebenso macht mir Mut, dass auch der Handel Kunststoffverpackungen reduzieren will und dies auch in einem wachsenden Maß tut. Denn Plastik in der Umwelt ist eine Hinterlassenschaft unserer Konsumgesellschaft, die noch lange in der Umwelt nachwirkt. Auf diese Hinterlassenschaft sollten wir zukünftig, so weit es nur irgendwie geht, wirklich verzichten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU, Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Stefan Herre und Harald Pfeiffer [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort Herrn Abg. Walter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann es sehr kurz machen.

Es ist erfreulich, dass es hier sozusagen ein breites Bündnis gegen Plastik gibt, dass wir alle der Meinung sind, wir müssen da endlich handeln. Deswegen hoffe ich doch, dass wir in den nächsten Jahren da wirklich vorankommen, auch in dem Sinn, wie es Herr Umweltminister Untersteller gerade beschrieben hat.

Nur eines, Kollege Rapp, muss ich klarstellen. Sie haben die Einführung des Gelben Sackes bzw. der Gelben Tonne mit dem früheren Bundesumweltminister Trittin in Verbindung gebracht. Das ist völlig falsch. Vielleicht erinnern Sie sich: Wir waren gegen die Einführung des Dualen Systems. Wir wollten damals eine Verpackungsabgabe. Dagegen hat sich insbesondere der damalige Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff gewehrt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Graf! – Abg. Anton Baron AfD: Gängelung, Verbote und Sonstiges!)

Deshalb hieß die Gelbe Tonne auch die „Lambsdorff-Tonne“. Die Einführung des Dualen Systems hat die Umweltbewegung als eine ihrer größten Niederlagen in den letzten Jahrzehnten erachtet.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Aber Sie wissen ja: All die Probleme, die wir jetzt auch mit dem Scheinrecycling haben, sind daraus entstanden. Eine Verpackungsabgabe hätte sicherlich mehr dazu beigetragen,

(Abg. Anton Baron AfD: Sie holen noch den letzten Euro aus den Bürgern heraus! Unglaublich!)

Verpackungsabfälle zu reduzieren.

Das wollte ich nur klarstellen. Jürgen Trittin hat das Pfand eingeführt – was ein Segen war –, aber mit der „Lambsdorff-Tonne“ haben wir nichts zu tun.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, zur Geschäftsordnung, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Nach § 84 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg stelle ich den Antrag auf eine Schweigeminute unter dem Motto: Alle Parlamentarier gehören dazu, es gibt keine Parias, wir stehen auf gegen die Gefährdung von Demokratie und des Parlamentarismus durch ein parteiisches Präsidium.

(Vereinzelt Lachen)

Zur Begründung: Die parlamentarischen Debatten in diesem Haus

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Gekränkte Eitelkeit und sonst nichts!)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

sind zunehmend geprägt durch eine Verrohung der Aussprache,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da spricht der Richtige!)

durch parteiische Stellungnahmen seitens des Präsidiums.

(Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Fiechtner hat das Wort, und er begründet gerade seinen Antrag.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr souverän! Ein guter, souveräner Auftritt der Präsidentin wenigstens an dieser Stelle.

Es wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Wenn hier von meiner Seite z. B. – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie können den Antrag begründen, ja, aber Sie können nicht eine Aussprache über den Ordnungsruf herbeiführen. Dieser gilt ohne Aussprache, ohne Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, das weiß ich. Dieser Sachverhalt ist mir wohlbekannt. Deswegen erlaube ich mir auch, weiter zu begründen – natürlich abgesehen von meiner Person. Aber meine Person hat hier natürlich heute Morgen wieder ein Beispiel gesetzt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Allerdings! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!)

Ordnungsrufe werden als disziplinarisches Mittel ausgeteilt. Wir hatten einmal den Fall, dass Parlamentarier der AfD-Fraktion drei Ordnungsrufe in Folge erhalten haben und dann sogar gezwungen waren, von der Polizei aus dem Parlament herausgeführt zu werden –

(Abg. Daniel Born SPD: Weil sie nicht gegangen sind!)

ein eklatanter Akt, einmalig in der Geschichte der Republik.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja, peinlich!)

Das zeigt, wie tief dieses Parlament in Form des Präsidiums gesunken ist. Wir haben im Präsidium auch keine Ausgewogenheit. Das Präsidium wurde auf zwei Personen reduziert – als „Lex AfD“ –, um zu verhindern, dass hier eine Ausgewogenheit stattfindet.

Das zeigt deutlich, wie tief, wie abgrundtief verdorben und gesunken das Gerechtigkeitsempfinden sehr vieler Parlamentarier hier ist. Ein Herr Gall oder ein Herr Sckerl rufen „Flegel“ oder „Depp“ oder alles Mögliche herein, ein Herr Rülke schwadroniert von Leuten, die im Stechschritt durch das Brandenburger Tor gingen, und alles geht ohne Kommentar über die Bühne.

Hier wird hereingerufen, wenn irgendein Parlamentarier redet – ich z. B. oder Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion –, und dann passiert nichts, während, wenn ich mir erlaube, bei einer Frau Lindlohr darauf hinzuweisen, dass ihr het-

zerisches Reden, dass ihre unsäglichen Attacken – überhaupt aus dem grünen Lager, die ja nicht davor zurückschrecken, Mord und Gewalttat der unliebsamen Opposition in die Schuhe zu schieben und sie quasi mittelbar mitverantwortlich zu machen – anstandslos über die Bühne gehen, und wenn ich darauf hinweise, dass dies die typisch hetzerischen Attacken sind, wie wir sie aus unseligen Zeiten kannten – –

(Zuruf der Abg. Petra Häffner GRÜNE)

Julius Streicher hat seine Postillen benutzt, um genau so zu reden, um das Volk aufzuhetzen,

(Zuruf der Abg. Petra Häffner GRÜNE)

um bestimmte Parlamentarier zu Parias zu erklären und bestimmte Menschen aus dem demokratischen Diskurs auszugrenzen, um sie sogar der allgemeinen Wut anheimzustellen.

Hier und jetzt in diesem Parlament müssen Sie – müssen Sie! – dagegen Position beziehen. Oder wollen Sie, dass mein Haus wieder mit Farbe beschmissen wird? Wollen Sie, dass Autos abgebrannt werden, wie es jüngst bei Herrn Chrupalla geschah? Nehmen Sie das alles billigend in Kauf? Zucken Sie mit den Achseln? Sagen Sie: „Ja, die Kinder und die Frauen der Parlamentarier dieser neuen Opposition lassen wir in Ruhe, aber die Parlamentarier selbst greifen wir selbstverständlich an; da ist jedes Mittel recht“?

Wenn das Ihre Auffassung ist, dann sind wir nicht weit weg von dem Totalitarismus der NS-Zeit und dem Totalitarismus des Stalin, des Lenin und der DDR.

Damit dies nicht geschieht, damit Sie endlich mal innehalten, damit Sie endlich mal begreifen, womit wir es hier zu tun haben, halte ich es für dringend geboten, dass Sie eine Minute Stille halten, dass Sie aufstehen und nachdenken: Was tun wir hier eigentlich?

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Mit welchen Bandagen kämpfen wir hier eigentlich?

Ein Zwischenruf ist eine Sache, und er darf heftig sein. Wir sind hier auch in einer „verbalen Arena“. Das müssen Sie hinnehmen können. Ich muss ja von Ihnen auch allerlei hinnehmen. Aber Sie müssen in der Lage sein, dies zu tun, ohne zu einer Gewalttat aufzurufen, ohne die Instrumente des Präsidiums zu benutzen, um den Diskurs hier zu steuern, zu lenken und zu verfälschen.

Deswegen bitte ich Sie: Beschließen Sie diese Gedenkminute!

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gehört. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Wirtschaftsstandort stärken – Krisenabwehrkräfte aktivieren – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für

(Präsidentin Muhterem Aras)

die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Ausbreitung des Coronavirus ist weltweit eine ernste Herausforderung. Viele Menschen sind besorgt. Sie fragen sich, wie sie sich schützen können, und vor allem, ob alles getan wird, um das Virus einzudämmen. Bei allem, was wir diskutieren, gilt: Die Gesundheit geht vor. Gesundheit ist unser höchstes Gut. Wir haben heute Morgen wieder gehört: Deutschland steht erst am Anfang dieser Epidemie. Deshalb ist Gesundheitsschutz auch das oberste Gebot.

Es gilt, erst die Menschen zu schützen oder zu versorgen, aber dann an zweiter Stelle auch unserer Wirtschaft zu helfen. Wir haben letzte Woche hier über die Gesundheitsbetrachtung debattiert. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt zur Sorge um die Gesundheit immer auch die Sorge um die drastischen wirtschaftlichen Folgen dieser Coronawelle nicht aus den Augen verlieren. Auch hier steht viel auf dem Spiel, und es drohen aktuell schon schwere Schäden für Unternehmen und auch für Arbeitsplätze. Diese Woche ist ja mit einem regelrecht schwarzen Montag an den Börsen begonnen worden: mittlerweile über 3 000 Punkte Absturz beim DAX. Wir erleben Hamsterkäufe und Panikverkäufe. Die Lage ist in Dynamik und Dramatik inzwischen durchaus vergleichbar mit den Jahren 2007 und 2008, und selbst eine weltweite Rezession will heute niemand mehr ausschließen.

Hier erleben wir übrigens auch ein Rendezvous mit der Globalisierung, und wir sehen die Verwundbarkeit einer gemeinsamen globalen Welt. Jedes zweite deutsche IHK-Unternehmen rechnet mit erheblichen Umsatzrückgängen in diesem Jahr. Im Gastgewerbe spüren 80 % der Betriebe schon konkrete Folgen von Corona, und in der Industrie sind es laut IHK in dieser Woche 56 %. Ich habe übrigens in den letzten Jahren noch nie so leere Frühstücksräume im Hotel erlebt wie heute Morgen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kommt darauf an, wann man zum Frühstück geht!)

Das Export- und Industrieland Baden-Württemberg ist gleich dreifach betroffen: im Export, in der Produktion und auch im Konsum. Die Effekte sind zum Teil bedrohlich. Gerade den Mittelstand in diesem Land, kleine Betriebe, Messebauer, die gesamte Eventbranche, Handwerker, Gastronomen – Kurorte haben mich heute Morgen angeschrieben – bis zum Europapark trifft es genauso empfindlich wie mittlerweile unsere Flaggschiffe, nämlich Maschinenbau und Fahrzeugbau, die sich Sorgen machen.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Sehr gut!)

Vor diesem Hintergrund: Selbst die LBBW rechnete schon vor einer Woche mit einem Minuswachstum für Baden-Württemberg unter dem Einfluss des Coronacrashs. Diese Prognosen können sich aktuell, weil wir ja auf Sicht fahren müssen, eher

noch verschlechtern. Solche Zahlen sind alarmierend, und sie zeigen: Wir müssen die Abwehrkräfte unserer Wirtschaft gegen die Krisensymptome stärken, und zwar Bund und Land Hand in Hand.

Es betrifft aber daneben auch Europa und die Kommunen. Alle sind hier gefordert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es ist gut, dass die Kommissionspräsidentin heute Morgen das erste 25-Milliarden-€-Hilfspaket für die Wirtschaft angekündigt hat. Wir müssen jetzt der Wirtschaft beistehen. Dazu gehören Lockerungen bei der Kurzarbeit, denn wir wollen Arbeitslosigkeit vermeiden und die Entlastung der Arbeitgeber durch die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge in diesem Zusammenhang.

(Ein Abgeordneter niest.)

– Bitte in die Armbeuge.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Ellenbeuge!)

Auch zusätzliche Liquiditätshilfen, Bürgschaften für Betriebsmittelkredite, Exportkreditgarantien, Steuererleichterungen, Steuerstundungen und Überbrückungskredite müssen in diesem Zusammenhang ins Auge gefasst werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Ich habe mich dieser Tage an 2008 erinnert. Damals war ich Bundesratsminister, und wir hatten große Diskussionen, als man für Schaeffler oder hier in Baden-Württemberg für Heidelberg Bürgschaften bewilligt hat. Aber diese Bewilligungen – auch hinsichtlich Kurzarbeit – haben geholfen, dass wir damals gestärkt aus der Krise herausgekommen sind. Das müssen wir immer rechtzeitig im Auge behalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es geht um wichtige und richtige Instrumente einer Akuthilfe. Denn sie können die Brücke bauen, um Arbeitsplätze zu sichern, auch um Unternehmen aus der Talsohle zu helfen. Belegschaften können gehalten werden, und damit kann auch die Liquidität der Unternehmen gesichert bleiben. Wichtig ist, dass in einer solchen Zeit auch der Staat für Investitionen sorgt, dass er für schnellere Genehmigungen, schnellere Planungen, aber auch für den Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen sorgt.

Gerade jetzt muss der Standort Deutschland gestärkt und robust gemacht werden. Deshalb begrüßen wir auch den Dreistufenplan des Bundeswirtschaftsministers. Wir werden auch vom Land aus vieles begleiten müssen. Die Wirtschaftsministerin war gestern in Berlin und hat mit dem Bundeswirtschaftsminister gesprochen. Das ist wichtig, und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Natürlich gilt: Die Lage ist sehr dynamisch. Wir müssen auf Sicht fahren und alles tun, um der Wirtschaft auch in einer solchen Krise zu helfen. Ich werbe deshalb dafür, dass wir die Risikorücklage, die wir ja klugerweise im Landeshaushalt vor-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

gesehen haben, jetzt auch nutzen und Mittel für eine aktive Krisenreaktion einsetzen.

Wir werden auf Vorschlag der Landesregierung wegen Corona einen Nachtragshaushalt einbringen. Wir haben schon im regulären Haushalt zusätzliche Schwerpunkte für Innovation und Forschung gesetzt und im Haushalt einen dreistelligen Millionenbetrag dafür verankert. Wir setzen mit dem Haushalt auch stark auf den Breitbandausbau: Bis zu 1 Milliarde € werden in dieser Wahlperiode dafür bereitgestellt. Hierauf haben die Landesregierung und der Herr Innenminister oft hingewiesen.

Auch Zukunftstechnologien, KI, Quantencomputing, das alles kann sich auszahlen. Im Land ist ein Instrumentenkasten für Kriseninterventionen vorhanden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Diesen müssen wir nutzen. Dazu zählen genauso beispielsweise Liquiditätshilfen, Landesbürgschaften – auch über die L-Bank. Diese Instrumente müssen wir jetzt unbürokratisch und mit Tempo an den Mann bringen, wo es nötig ist.

Massiv betroffen sind gerade die Gastronomie und der Tourismus in unserem Land. Die Tourismusbranche muss schon jetzt bis weit in die Saison einen Stornierungsanteil von bis zu 40 % verkraften. Deshalb unterstützen wir die Forderung, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz einheitlich für das ganze Gastgewerbe gelten muss. DEHOGA und Tourismusminister haben das vorgeschlagen. Wir können diese Forderung gut nachvollziehen und sie mit Recht begleiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wirksam sind auch Steuerstundungen, gegebenenfalls Sonderabschreibungen, wie heute u. a. die Tourismusindustrie bis hin zum Europapark vorgeschlagen hat. Wir unterstützen auch den Vorstoß der Wirtschaftsministerin und der Landesregierung, Herr Ministerpräsident, die Fördernachteile für Baden-Württemberg im EU-Beihilferecht auszugleichen. Es muss möglich sein, dass auch strukturstarke Regionen Innovationen, neue Technologien und Weiterbildung gezielt fördern dürfen. Baden-Württemberg ist für ganz Europa der Motor für Innovation und gelingende Transformation. Das wollen wir auch in Zukunft bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wenn die EU jetzt schon ein Milliardenprogramm für die Wirtschaft auf den Tisch legt, dann sollte sie nicht gleichzeitig unsere Schlüsselindustrien durch EU-Recht und technisch kaum erreichbare CO₂-Vorgaben ausbremsen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Carola Wolle AfD: Ach nee! Ganz neu!)

Die Autoverkäufe sind allein in China um 20 % eingebrochen. Die Autoindustrie ist durch Corona genug gestraft. Deshalb sollte sich die EU überlegen, in einer solchen Zeit drohende Strafzahlungen für die Automobilhersteller eher auszusetzen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU:
Sehr gut!)

Der Staat muss jetzt die Wirtschaft durch diese Flaute begleiten; denn wenn sich die Krise weiter verschärft, brauchen wir einen wirtschaftspolitischen Aktionsplan aller Ebenen, von Europa über Bund und Land bis hin zu den Kommunen. Wir müssen sicherstellen, dass die Betriebe weitermachen können und dass sie nach dieser Akutsituation wieder gut durchstarten können.

Die Lage ist ernst. Gefragt sind Entschlossenheit, aber auch Besonnenheit. Hier geht es um unseren Wirtschaftsstandort. Wir müssen ihn krisenimmun machen. Deshalb wollen wir unserer Wirtschaft beistehen; denn es geht auch in Zukunft um ein starkes, widerstandskräftiges und vor allem zukunftsfähiges Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Folgen des neuartigen Coronavirus beschäftigen uns alle. Unsere erste Sorge ist die Fürsorge für jene, für die das Virus gefährlich werden kann. Unsere Botschaft ist klar: Wir setzen als verantwortliche Politikerinnen und Politiker alles in Bewegung, damit möglichst wenige Menschen in Gefahr geraten.

Bereits in der letzten Woche hat unser Gesundheitsminister Manne Lucha in einer Regierungsinformation über die aktuelle Lage berichtet. Vielen Dank Ihnen, Herr Minister, vielen Dank den beteiligten Ministerien, die hierbei so gut zusammenarbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP))

Seit letzter Woche sind, wie erwartet, zahlreiche neue Fälle von Covid-19 bei uns aufgetreten. Zugleich sind neue Infrastrukturen entstanden, z. B. die Drive-in-Teststationen. Die Gesundheitsbehörden, die Kliniken, die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, die Ärztinnen und Ärzte leisten hervorragende Arbeit. Auch bei ihnen möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU
und der FDP/DVP)

Die Unternehmen in unserem Land sind Teil unserer Gesellschaft. Auch sie gehen umsichtig mit der Lage um. Sie ermöglichen Homeoffice, sie stellen Beschäftigte großzügig frei, wenn diese Bedarf haben, sie wandeln Geschäftsreisen in Videokonferenzen um. Damit arbeiten die Unternehmen daran, die Ausbreitungsdynamik des Coronavirus einzudämmen. Auch dafür von unserer Seite herzlichen Dank an die umsichtigen Unternehmen in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
sowie des Abg. Rudi Fischer FDP/DVP)

Die Coronakrise hat absehbar erhebliche wirtschaftliche Folgen. Der Verlauf ist sehr dynamisch. Denken Sie nur an die Lage in Italien und daran, was es für die Unternehmen hier bedeutet, wenn die Lieferbeziehungen gekappt werden. Die Unternehmen in unserem Land sichern die Versorgung der Menschen mit wichtigen Waren und Dienstleistungen hier bei

(Andrea Lindlohr)

uns, aber in unserer vernetzten Welt natürlich auch mittelbar in anderen Teilen der Welt. Darum arbeiten wir daran, dass unsere Wirtschaft weiterläuft.

Unsere Botschaft an die Unternehmerinnen und Unternehmer ist klar: Wir lassen die Unternehmen in der Coronakrise nicht allein. Wir helfen schnell und unbürokratisch. Das ist wichtig für das Gemeinwohl und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unsere globale Wirtschaftsweise ist sehr erfolgreich, aber natürlich auch verletzlich. Wir sind es gewohnt, dass Lieferketten funktionieren und dass Menschen sehr mobil sein können. Momentan kommt es zu viel weniger Beziehungen, und es kann nicht in gleicher Weise gewirtschaftet werden. Die weltweiten Konjunkturprognosen werden nun deutlich nach unten korrigiert, und wir müssen auf die weitere Entwicklung reagieren.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag – Herr Kollege Reinhart hat es zitiert – hat alle seine Mitgliedsunternehmen befragt. Die Rückmeldungen aus Baden-Württemberg waren sehr zahlreich. Stand Montag spüren 56 % der Unternehmen in unserem Land bereits Auswirkungen der Coronakrise auf ihre Geschäfte. Damit ist klar: Unser globalisierter Wirtschaftsstandort hier ist stärker betroffen als der Bundesdurchschnitt.

Der Automarkt in China ist zusammengebrochen – das haben wir schon gehört –, doch wir sollten uns hier nicht in ein nationales Häuschen zurückziehen wollen. Wir leben in einer vernetzten Welt. Das soll auch so bleiben. Wir müssen mit den Risiken dieser vernetzten Welt umgehen und umzugehen lernen. Viren verbreiten sich, und auch die Bekämpfung einer solchen Krise in gesundheitlicher und in wirtschaftlicher Hinsicht erfordert internationale Zusammenarbeit. Dafür stehen wir in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wenn das Geschäft wegbriecht, hat man schrumpfende Umsätze bei fortbestehenden Kosten, und die Erträge brechen ein. Heute um halb zehn war eine Pressekonferenz von sechs führenden Ökonomen in Deutschland, die sehr umfassende wirtschaftspolitische Maßnahmen gefordert haben. Eine ganze Reihe davon sind mit dem Paket, das Bund und Länder gestern verabredet haben, bereits angestoßen.

Auch wir begrüßen die Maßnahmen der Bundesregierung und den Dreistufenplan. Baden-Württemberg wird an diesem mitwirken und seinen Teil dazu beitragen. Das ist sehr wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liquiditätshilfen – Kurzarbeitergeld ist letztlich eine Form der Liquiditätshilfe – sind der Kern. Es gibt eine Konjunkturkrise in der ganz klassischen Art. Strukturell hat sich nichts geändert, sondern ein äußerer Umstand lässt ein geplantes Geschäft auf einmal wegbrechen. Deswegen sind Liquiditätshilfen hier ein Kern.

Die KfW als Bundesförderbank ist dabei entscheidend, und es ist klar, dass unsere Förderbank, die L-Bank, hier mitwirkt.

Es ist richtig, dass Bund und Länder verabredet haben, dass dieser Kernpunkt Liquiditätshilfen über Bund und Länder zusammengetragen wird. Dazu werden wir beitragen. Dafür stehen wir bereit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld sind ebenfalls entscheidend. Wir brauchen dieses Instrument, damit es nicht zu Entlassungen kommt. Denn Entlassungen sind ein riesiger Einschnitt für die betroffenen Beschäftigten. Sie sollten aber auch vermieden werden, damit die Unternehmen in unserem Land nicht durch einen Konjunkturreinbruch in einen Brain-drain kommen. Wir brauchen die Beschäftigten, und das Kurzarbeitergeld soll hier helfen. Wir wollen Entlassungen verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir können auch im Land einen eigenen Beitrag leisten. Deswegen gibt es ja dafür, dass die Welt dynamisch ist, eine Risikorücklage in unserem Landeshaushalt. Wir werden jetzt sehr bald beschließen – das hat die Landesregierung bereits in der vergangenen Woche auf den Weg gebracht und an den Landtag adressiert –, unsere Risikorücklage zu öffnen. Dieser Titel wird dafür bereitgestellt, dass der Coronakrise entgegengewirkt werden kann. Das ist ein wichtiger Beitrag, und das sollten wir – vielleicht auch im ganzen Haus zusammen – sehr zügig beschließen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Steuerstundungen sind ebenfalls ein wichtiges Instrument, damit Unternehmen jetzt nicht in Schieflage kommen. Auch Regeln für die Abschreibungen können jetzt angepasst werden. Dies hilft über die Breite unserer Unternehmen, die natürlich von der Industrie über den Handel bis zum Tourismus betroffen sind. Das werden wir tun.

Wir, das Land, haben unsere Instrumente der Bürgschaften. Die Bürgschaftsbank ist eine gemeinsame Institution mit der Wirtschaft. Die L-Bank steht als Förderbank bereit.

Wir werden sicherlich dazu kommen, dass das Instrument der Bürgschaft, das wir aus der Krise kennen, wieder ins Laufen kommt, und wir werden uns in bewährter Tradition und sehr ernsthaft mit diesen Fällen beschäftigen. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Banken im Land dafür sorgen, dass Bürgschaften in angemessenen Fällen gewährt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das alles bedeutet: Wir lassen die Unternehmen nicht im Stich. Und wir kümmern uns auch um die Zukunft unseres Gesundheitsstandorts als wirtschaftliche Größe und als Teil der Versorgung unserer Bevölkerung. Es ist gut, dass wir das Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg hier gegründet haben, dass die Landesregierung hier vorangegangen ist und so viele Ministerien, Verbände, Institutionen und Unternehmen hieran mitwirken.

Ein Thema, das hier jetzt zu Recht verstärkt aufkommt, ist die Frage nach der Arzneimittelversorgung bei uns. Auch hier wirkt die globale Vernetzung. Der Bundesrat hat sich aufge-

(Andrea Lindlohr)

stellt und fordert von der Bundesregierung, mehr Instrumente zu ziehen, um die Vermeidung von Lieferengpässen bei Medikamenten voranzubringen. Baden-Württemberg hat hierfür schon ein Forum geschaffen, eine Arbeitsgruppe, die darüber diskutiert. Keine Arzneimittellieferengpässe bei uns, darum geht es. Wir müssen einen Teil der Versorgung auch bei uns wieder sicherstellen. Wir müssen Risikovorsorge betreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Lindlohr, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann zu?

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nein.

(Zuruf von der SPD: Oh! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das vergesse ich ihr nie! – Heiterkeit)

– Heute nicht, Jimmy. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg ist die führende Innovationsregion in Deutschland. Zu einer Krisenbewältigung gehört auch, dass wir unsere mittel- und langfristigen Ziele in der Wirtschaftspolitik nicht aus den Augen verlieren.

Deswegen können wir beides: Wir werden die Krise akut bekämpfen, wir haben die Sorgen der Unternehmen und natürlich die Gesundheitsvorsorge im Blick. Aber wir arbeiten auch weiter daran, dass wir innovativ bleiben.

Deswegen ist es richtig, dass wir mit den wichtigen Projekten, mit unseren Bewerbungen beim Bund für die Wasserstoffstrategie und für die KI-Strategie weiter am Ball bleiben und dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft so robust und innovativ bleibt. Das brauchen wir für unseren langfristigen wirtschaftlichen Erfolg. Der macht auch resistenter für die nächste Krise. Daran arbeiten wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir lassen niemanden im Stich, wir sind uns der Problemlage voll bewusst. Und wir sind ein Teil des solidarischen Baden-Württembergs, eines Baden-Württembergs, das darauf achtet, dass möglichst wenige gefährdete Menschen hier zu gesundheitlichem Schaden kommen.

Alles, was die öffentliche Hand derzeit tut, ist darauf ausgerichtet, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, damit unsere Gesundheitsstrukturen die Kranken versorgen können. Das ist kein „Nice to have“, das ist elementar. Es geht um Intensivbetten, es geht um Beatmungsplätze, es geht darum, dass es nicht Schlag auf Schlag geht, sondern dass wir es schaffen, die Kurve zu verflachen. Daran werden wir alle mitwirken.

Das ist auch eine Frage des Arbeitsplatzes. Ich glaube, wir kommen auch hier zu einer neuen Kultur. Es ist nicht mehr diejenige die beste Arbeitnehmerin, derjenige der beste Arbeitnehmer, die oder der auch noch krank zum Arbeitsplatz kommt. Ich glaube, wir schaffen es, dass wir hier zu einer anderen Kultur kommen, auch zu Bewertungen, wie sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz verhalten. Aber entscheidend ist, dass von uns hier, dem Landtag von Baden-Württemberg, angesichts der wirtschaftlichen Lage und angesichts der großen gesundheitlichen Herausforderungen

eine Solidarität ausgeht mit den gesundheitlich Schwachen, mit Älteren, mit Menschen, die gerade in einer Chemo sind, mit Herzerkrankten. Baden-Württemberg hält zusammen. Wir bekämpfen die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise, und wir sorgen für die Gesundheit unserer Bevölkerung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben bereits in der vergangenen Woche über die Herausforderungen der Coronakrise für unser Land, für Baden-Württemberg, für unser Gesundheitssystem gesprochen. Ich möchte noch einmal deutlich sagen, dass alle die, die uns helfen, dieses Virus in den Griff zu bekommen, die vor allem dazu beitragen, dass Menschen, die mit dem Virus infiziert sind, medizinische Hilfe bekommen – ob es die Gesundheitsämter, Ärzte oder Pfleger und Pflegerinnen sind –, für diese tolle und schwierige Arbeit in diesen Tagen unseren großen, großen Dank verdienen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Aber – wir merken das Tag für Tag mehr – das Thema Coronavirus hat nicht nur Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem. Wir merken immer mehr, dass wir sehr stark auch Einschnitte in unser gesellschaftliches Leben haben, und wir merken sehr stark, dass auch unser Wirtschaftsstandort von diesem Thema erfasst wird.

Mich freut es sehr, dass in den bisherigen Beiträgen – auch von Ihnen, Herr Kollege Reinhart – darauf hingewiesen wurde, dass sich gerade in diesen krisenhaften Situationen erweisen muss, ob ein Staat, ein handlungsfähiges Gemeinwesen da ist, um diese Krisen auch gemeinsam zu bewältigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist etwas, was für uns Sozialdemokraten schon immer wichtig ist: Wirtschaft allein wird nicht jede Krise und jede Konstellation einer kritischen Situation bewältigen. Wir brauchen in der sozialen Marktwirtschaft einen sozialen, einen handlungsfähigen Staat und einen funktionierenden Markt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das gilt nicht nur für die momentane Situation angesichts der Coronakrise. Es gilt auch gerade für eine baden-württembergische Wirtschaft, die ohnehin in einer schwierigen Situation ist.

Als Bundesland ist Baden-Württemberg beim Wandel in der Automobilindustrie besonders herausgefordert. Wir sind auch von der Transformation, von der Digitalisierung, gerade auch was die Arbeitsplätze in unserem Land angeht, besonders herausgefordert. Mehr als die meisten Regionen Europas leben wir vom Export. So treffen uns der Brexit und die aktuellen Handelskriege ganz besonders. Auch die Unsicherheiten durch

(Andreas Stoch)

einen US-Präsidenten Trump sind für Baden-Württemberg besonders schwer zu bewältigen.

Wir haben in diesem Land immer wieder beklagt, dass es nicht reicht, nur in Krisen zu handeln. Als Bundesland, das besonders von der derzeitigen Wandlung und Transformation betroffen ist, braucht Baden-Württemberg ganz besondere Anstrengungen, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu erhalten. Die Aufgabe einer Landesregierung, einer Landespolitik ist es, aktive Strukturpolitik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Hier im Haus haben wir Debatten zu den Themen Innovationen und „Künstliche Intelligenz“ geführt. Das wurde auch vom Kollegen Reinhart angesprochen. Für uns ist bisher zu wenig erkennbar, dass die Landesregierung hier eine aktive und wirklich wirksame strategische Struktur- und Industriepolitik betreibt.

Wir werden für Baden-Württemberg, vor allem für die vielen Beschäftigten in diesem Land, eine gute Zukunft nur gestalten können, wenn wir dafür sorgen, dass wir in diesen Bereichen die richtigen Antworten finden, damit Baden-Württemberg das tut, was es auch in der Vergangenheit tat, nämlich in der wirtschaftlichen Entwicklung vorn zu bleiben und eine Lokomotive für die Wirtschaftskraft Deutschlands und Europas zu sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben jetzt schon massive Auswirkungen durch das Coronavirus. Es gibt die Unsicherheit bei vielen Menschen, verändertes Einkaufsverhalten, abgesagte Veranstaltungen. Auf unserer Wirtschaft liegt ein enormer Druck. Ich verweise ebenfalls auf die Prognose, die die Landesbank Baden-Württemberg vor wenigen Tagen erstellt hat. Als Exportmeister ist Baden-Württemberg besonders betroffen. Laut der Prognose ist im Land mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen, der in Baden-Württemberg achtmal höher sein wird als im Bundesdurchschnitt. Insbesondere auch durch das Coronavirus werden die Wirtschaftsbeziehungen nach China, die hierzulande besonders relevant sind, beeinträchtigt. Die Landesbank Baden-Württemberg spricht bereits von einer ausgewachsenen Rezession.

Die Lieferketten sind bereits jetzt empfindlich gestört. Wir haben die Container, die vor sechs Wochen beladen wurden, noch bekommen, aber jetzt wird ein Bruch eintreten, jetzt werden leere Transportschiffe oder gar keine Transportschiffe mehr ankommen.

Deswegen ist auch ernst zu nehmen, was der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag sagt. Dort geht man davon aus, dass ein Viertel der Unternehmen in Baden-Württemberg in diesem Jahr mit einem Umsatzrückgang von über 10 % rechnen müssen. Ein Umsatzrückgang von über 10 % bedeutet, dass das nicht einfach aus der Portokasse beglichen werden kann, sondern dass die Substanz der Unternehmen nachhaltig betroffen ist. So weit, so schlecht.

Aber das Coronavirus beeinträchtigt ganz speziell viele kleine und mittlere Unternehmen. Hinter jeder abgesagten Messe stehen betroffene Messebauer, Veranstaltungsplaner und

-manager, aber auch der Einzelhandel und vor allem die Gastronomie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen jetzt konkrete Hilfen, die schnell und sofort wirken, damit diese Unternehmen erhalten bleiben können. Wir müssen verhindern, dass in diesem Land Arbeitsplätze und Unternehmen verloren gehen, weil diese Unternehmen durch die Coronakrise tatsächlich nicht mehr rentabel geführt werden können. Daran muss sich unsere Politik dieser Tage und dieser Wochen messen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich brauchen wir jetzt möglichst bald schnell wirkende Instrumente. Die Liquiditätshilfen sind bereits genannt worden: Bürgschaften, insbesondere Ausfallbürgschaften, Steuerstundungen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden nicht allein mit diesen Maßnahmen hinkommen. Wir merken, dass wir über die Zins- und Geldpolitik keine großen Anreize mehr setzen können. Wir merken auch, dass wir in Baden-Württemberg und in Deutschland durch niedrigere Steuern keine zielgerichtete Entwicklung mehr in Gang bringen können.

Deswegen halte ich es auch für falsch, wenn im Moment mit dem Vorwand des Coronavirus über Unternehmensteuersenkungen oder Ähnliches nachgedacht wird. Das kann man mittel- oder langfristig gern tun und die Vor- und Nachteile abwägen. Aber jetzt unter dem Vorwand der Coronakrise diese Themen anzustoßen bringt uns nicht die Hilfe, die die Unternehmen im Moment wirklich brauchen.

Deswegen: Sparen Sie sich diese Debatten. Wir brauchen jetzt einen handlungsfähigen Staat, der den Unternehmen mit ganz konkreten Programmen zielgenau zur Seite steht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Deswegen sind wir auch sehr froh darüber, dass die Bundesregierung, zuletzt im Koalitionsausschuss am Sonntag, das Richtige getan hat. Wir wissen, dass wir über das Thema Kurzarbeitergeld, vor allem über das Transformationskurzarbeitergeld, bereits vor einigen Wochen gesprochen haben. Damals wussten wir noch gar nichts vom Coronavirus. Wir waren aber der Überzeugung, dass wir gerade in den für Baden-Württemberg wichtigen Branchen, nämlich der Automobilindustrie und dem Maschinenbau, besondere Hilfen brauchen.

Denn wenn dort Auftragsrückgänge vor allem auch bei kleinen und mittleren Unternehmen zu verzeichnen sind, dann müssen wir die Kurzarbeit, die wir dann zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit einrichten wollen, auch und gerade dafür nutzen, dass in dieser Zeit sinnvolle Weiterbildung und Weiterqualifizierung stattfindet. Das ist für die Unternehmen wichtig. Vor allem ist es aber für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig. An dieser Stelle bin ich Herrn Arbeitsminister Hubertus Heil sehr dankbar, dass er dieses Thema seit Monaten auf der Agenda hat

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

und dass wir jetzt endlich die Beschlüsse haben, die wir brauchen, um die Unternehmen, aber auch die Arbeitnehmerinnen

(Andreas Stoch)

und Arbeitnehmer in unserem Land fit für eine gute Zukunft zu machen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich glaube, wenn wir diese Maßnahmen gemeinsam sehr zielgenau einsetzen, werden wir es schaffen, dass die Ausbreitung des Coronavirus eben nicht voll auf den Arbeitsmarkt durchschlägt und dass wir diese schwierige Zeit, die wir in den nächsten Monaten zu bestehen haben, gut überstehen.

Dazu brauchen wir, wie gesagt, aber auch ein Bewusstsein dafür, dass der Staat nicht irgendetwas Störendes ist, wenn es um Wirtschaft geht, sondern dass der Staat in dieser Situation – aber eben nicht nur in der Krisensituation – eine ganz wichtige Rolle hat, um auch entsprechende Investitionsanreize zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollege Reinhart, dafür bin ich sehr dankbar. Öffentliche Investitionen sind gerade in einer Zeit, in der wir in einzelnen Branchen Schwierigkeiten haben, ein ganz entscheidendes Instrument. Deswegen, glaube ich, sollten wir alle, wenn ich dieses Bild zeichnen darf, nicht nur jetzt während der Zeit des Coronavirus handeln und entsprechend denken.

Das Coronavirus wird dafür sorgen, dass es an unserem Wirtschaftsstandort sozusagen durchs Dach zu regnen beginnt und dass wir anfangen, Eimer aufzustellen. Wir brauchen diese Eimer, um größeren Schaden zu vermeiden. Aber wir dürfen nicht nur Eimer aufstellen, um kurzfristigen Schaden zu vermeiden, sondern wir müssen jetzt und gerade in dieser Situation daran denken, das Dach neu zu decken, damit unsere Wirtschaft, unser Land nachhaltig zukunftsfähig sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist für eine nachhaltige Wirtschafts- und Industriepolitik vor allem auch eine nachhaltige Investitionsstrategie jetzt das Richtige, um dieses Dach wetterfest zu machen. Handeln ist angesagt – wie es die Bundesregierung tut. Aber wir brauchen eben noch mehr, weil wir in Baden-Württemberg besonders betroffen sind. Wir können noch mehr, und wir müssen noch mehr können, denn unser Land ist in besonderem Maß betroffen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es gut, wenn die Landesregierung über Notprogramme nachdenkt. Machen wir aus der Not aber eine Tugend, und nutzen wir die Dynamik und die Einsicht dieser Tage, um auch über den Tag hinaus die richtige Politik zu machen.

Sie wollen dem Coronavirus besonnen, aber entschlossen begegnen. Dabei unterstützen wir Sie nach Kräften, mit Tatkraft und mit außergewöhnlichen Mitteln. Machen Sie das aber über diese Krise hinaus auch zum Maßstab Ihrer Wirtschaftspolitik für unser Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das machen wir!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wolle das Wort.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die von der CDU beantragte Aktuelle Debatte „Wirtschaftsstandort stärken – Krisenabwehrkräfte aktivieren“ thematisiert eine mögliche Krise, ausgelöst durch das Coronavirus, wie wir gehört haben. Aufgrund der Erfahrungen mit dem SARS-Virus sollte eine gute Landes- oder Bundesregierung eigentlich auf Epidemien vorbereitet sein.

In diesen Tagen zeigen sich die Vor- und Nachteile der Globalisierung mehr als deutlich. Die deutschen Unternehmen profitieren zwar von dieser weltweiten Arbeitsteilung, jedoch sind im Gegenzug die Lieferketten sehr anfällig, wie zu bemerken ist.

Das Beispiel der Pharmaindustrie zeigt das eigentlich schon lange, nicht erst seit Corona. Seit geraumer Zeit sind Medikamente unter Umständen nicht lieferbar; ein Teil ist schlichtweg nicht mehr verfügbar. Infolge des Coronavirus, das nicht nur in Asien grassiert, sind diese Lieferengpässe jetzt auch in der Industrie sowie in der Gastronomie bemerkbar.

Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg sind aktuell also nicht nur die Lieferschwierigkeiten bei Vorprodukten von Bedeutung, sondern auch die Ausbreitung des Virus selbst und wie wir hier in unserem Land damit umgehen.

Es besteht Anlass zu großer Sorge, wie hier zu hören war. Denn niemand weiß, wie sich die Anzahl der Infektionen in unserem Land weiterentwickeln wird. Die Daten aus den Ländern, in denen das Virus schon länger grassiert, lassen nichts Gutes erwarten, vor allem, weil diese Länder sehr engagiert gegen die Ausbreitung des Virus vorgehen.

Das kann man von Deutschland und Baden-Württemberg leider nicht behaupten. Man vergleiche nur die Bilder kurz nach dem ersten Auftreten des Virus in China mit den aktuellen Bildern hier in Deutschland und in Baden-Württemberg. Verharmlosung und Beschwichtigung sind hier die Mittel, mit denen man glaubt, die Bürger beruhigen zu müssen. Hamsterkäufe werden lächerlich gemacht. Doch das hat fatale Folgen. Mangelnde Aufklärung über die tatsächlichen Risiken der Erkrankung führt zu laxem Umgang damit. Dadurch wird die Krise nur noch verschärft. Die verantwortlichen Stellen, ganz vorn Herr Minister Spahn, werden schon bald rapide steigende Kranken- und Verstorbenezahlen zu verantworten haben.

(Abg. Claus Paal CDU: Ui!)

Doch bis dahin geht der Tanz auf dem Vulkan offensichtlich weiter. Immerhin empfiehlt Herr Spahn jetzt, Großveranstaltungen mit mehr als 1 000 Besuchern abzusagen. Das Land zieht nach.

Aber was davon zu halten ist, konnte man am vergangenen Wochenende in Schriesheim in Nordbaden besichtigen. Nicht weniger als 26 000 – ich wiederhole: 26 000! – Besucher zog es zum dortigen Mathaisemarkt. Das ist wohl die größte „Corona-Tauschbörse“

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Grobe Fahrlässigkeit!)

(Carola Wolle)

Wenn Bürgermeister Höfer sich dann auch noch freut – ich zitiere –:

Die Leute sind glücklich und dankbar, dass sie in Zeiten von Corona feiern und ein Stück Normalität erleben dürfen ...

dann weiß man, wo man ist: in Deutschland. Es ist unfassbar, wie hier mit dem Virus umgegangen wird.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl! Unfassbar!)

Dass es ganz anders geht, zeigt Taiwan. Der Inselstaat liegt in unmittelbarer Nähe zu China und gilt laut WHO als Hochrisikogebiet. Es findet ein reger Reiseverkehr von und nach dem chinesischen Festland und auch ein reger Warenaustausch statt. Durch ein professionelles Krisenmanagement hat es die dortige Regierung trotzdem geschafft, die Ausweitung des Coronavirus im Keim zu ersticken. Gerade einmal 42 bestätigte Coronafälle gibt es in Taiwan. Es geht also – aber eben nicht bei uns.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Die Coronakrise hat neben den Auswirkungen auf Leib und Leben der Bürger auch Auswirkungen auf die Wirtschaft – das war schon zu hören – und auf unseren Wohlstand. Das lässt sich schon seit geraumer Zeit an der Entwicklung des DAX ablesen. Die Verluste an der Deutschen Börse sprechen Bände. Je länger die Untätigkeit der Verantwortlichen und die Sorglosigkeit der Bürger anhält, umso dicker wird das dicke Ende kommen. Quarantäne, Abriegelung ganzer Regionen und Unterbrechung von Bahn- und Flugverkehr werden die Wirtschaft behindern und geradezu strangulieren.

Die mitregierende CDU stellt die Frage, wie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg Krisenabwehrkräfte aktiviert werden könnten. Unserer Meinung nach wäre ein erster Schritt die Deaktivierung inkompetenter Politiker à la Jens Spahn.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Lucha z. B.! – Zuruf: Ach du meine Güte!)

Doch der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg wird nicht erst infolge des Coronavirus gefährdet;

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist aber billig!)

schon vor Corona waren dunkle Wolken am Horizont erkennbar: Ein rein ideologisch motivierter Kampf gegen den Verbrennungsmotor und die irrwitzige Fokussierung auf die batteriebetriebene Mobilität treffen die Automobilindustrie und deren Zulieferer ins Mark. Statt den Wirtschaftsstandort zu stärken, wird dieser – diesen Eindruck könnte man fast bekommen – vorsätzlich geschwächt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Daher, Herr Dr. Reinhart, höre ich Ihre Worte wohl – allein mir fehlt der Glaube. Die Maßnahmen, die vom Bund einge-

leitet wurden, sind durchaus richtig und sollten auch von uns deutlich unterstützt werden. Aber vor allem kleine und mittlere Unternehmen stöhnen unter immer neuen Vorschriften von EU, Bund und Land, und sie stöhnen über die immer weiter zunehmende Bürokratie. Während ihre Konkurrenten im Fernen Osten sich jeder nur denkbaren Unterstützung ihrer Regierungen sicher sein können, können sich die Unternehmen in unserem Land sicher sein, dass ihre Regierung stets zur Stelle ist, wenn es darum geht, die eigene Wirtschaft noch mehr zu gängeln und noch mehr zu behindern. Auch hier wäre eine Deaktivierung politischer Inkompetenz die beste Krisenabwehrstrategie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Während Straßen und Infrastruktur verrotten, die Deutsche Bahn mittlerweile auf Dritte-Welt-Niveau angekommen ist, stabile Mobilfunkverbindungen nur noch bei Auslandsreisen genutzt werden können, werden die dafür dringend erforderlichen Milliarden für die Versorgung von Neubürgern im Land ausgegeben. Trotz Corona steht die nächste Migrationswelle bereits vor der Tür der EU. Die Politik steht nun vor einem Dilemma, entweder in großem Umfang weitere Kostenträger aufzunehmen oder dem Diktator und Feldherrn Erdogan weitere Milliarden in den kriegslüsternen Rachen zu schieben und damit der Erpressung nachzugeben.

Wir lernen ein ums andere Mal: Geld ist in Deutschland immer nur dann knapp, wenn es zum Wohl der Bürger in Baden-Württemberg, in Deutschland ausgegeben werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Als wäre das alles nicht genug, folgt dem Atomausstieg in naher Zukunft noch der Kohleausstieg. Wer die Furcht vor einem Blackout für Verschwörungstheorie hält, der sollte die aktuelle Broschüre des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe näher ansehen. Hier wird ein Notfallkochbuch für Zeiten ohne funktionierenden Strom vorgestellt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

Diese Rezepte sollen dann angewendet werden, wenn keine elektrischen Küchengeräte mehr verwendet werden können und das Leitungswasser fehlt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es bedarf eben keiner großen Fantasie, sich vorzustellen, wie es ohne Strom und ohne Leitungswasser um die Wirtschaft bestellt wäre. Aber vielleicht erarbeitet ja auch das Bundeswirtschaftsministerium oder das Wirtschaftsministerium in Baden-Württemberg längst ein Notfallkochbuch für die deutsche Industrie.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, was bedeutet das für den Wirtschaftsstandort, wenn die zuständigen politisch Verantwortlichen fast schon den Strom abdrehen und als Ausweg Notfallkochbücher ausgeben? Ich glaube, darüber müssen wir uns gar keine Gedanken machen.

(Carola Wolle)

Wenn zu dieser Situation auch noch eine Pandemie hinzukommt, auf die das Land weder vorbereitet ist, noch mit der das Land professionell umzugehen weiß, dann hört man das Totenglückchen der heimischen Industrie und des Wohlstands mehr als leise klingeln.

Das Thema der Debatte geht an der Realität weit vorbei. Es geht schon längst nicht mehr darum, den Wirtschaftsstandort zu stärken, sondern es geht darum, zu verhindern, dass er weiter geschwächt wird.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr richtig!)

Die Krise ist längst da, und zwar schon vor Corona. Krisenabwehr heißt daher in erster Linie Abwehr inkompetenter, ideologisch verblendeter und wirtschaftsschädlicher Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Mit ihrem Stimmzettel haben die Bürger in unserem Land im nächsten Jahr die Möglichkeit, ihre Krisenabwehrkräfte zu aktivieren.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Corona hat die Öffentlichkeit – auch die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland und natürlich auch in Baden-Württemberg – vollumfänglich erfasst. Zu Recht setzt sich die Politik mit den Auswirkungen dieser Entwicklung auseinander. Es ist sicher richtig, dass der erste Blick auf die Gesundheitsvorsorge, auf den Schutz der Bevölkerung vor dieser Entwicklung zu richten ist.

Deshalb hat dieses Haus diese Aspekte in der vergangenen Woche sehr ausführlich diskutiert. Ich glaube, auch sagen zu können, dass sowohl der Bund als auch das Land Baden-Württemberg mit Augenmaß auf diese Entwicklung reagieren. Es ist beschämend, wenn manche jetzt versuchen, auch aus dieser Entwicklung politisches Kapital zu schlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Nichtsdestotrotz haben Sie, Herr Kollege Reinhart, völlig recht damit, dass die Auswirkungen nicht nur gesundheitliche sind, sondern auch ökonomische. Wir haben ja schon in jüngerer Vergangenheit gemerkt, dass die exportorientierte Wirtschaft unseres Landes für Schwierigkeiten im Bereich des Fahrzeugbaus, für Schwierigkeiten im Bereich des Maschinenbaus anfällig ist.

Die Prognose der Landesbank Baden-Württemberg wurde schon zitiert. Die war zu Jahresbeginn noch eine andere. Da

wurde noch ein Wachstum von 0,2 % prognostiziert. Jetzt sind wir bei einer Schrumpfung von 0,8 %. Schon die 0,2 % waren aber der schlechteste Wert der 16 Bundesländer.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ah!)

Die Schwierigkeiten gab es also schon vorher.

(Zuruf: Richtig!)

Das sind im Grunde genommen nicht gemachte Hausaufgaben, insbesondere auf der Bundesebene. Unsere Wirtschaftspolitik war eben nicht wetterfest. Deshalb wird uns die Krise, die jetzt über uns hereinbricht, vermutlich mit besonderer Wucht treffen.

Das Beispiel wurde bereits genannt: Im Fahrzeugbau gibt es aktuell beim chinesischen Markt einen Rückgang der Nachfrage um 92 %. Da bricht praktisch alles weg. Bei der Bedeutung der Automobilwirtschaft mit ihren vielen Zulieferern für den Standort Baden-Württemberg ist klar, was das bedeutet. Deshalb, Herr Kollege Reinhart, pflichte ich Ihnen bei, dass wir in einer solchen Situation nicht auch noch Strafzahlungen auf der europäischen Ebene brauchen können,

(Beifall der Abg. Claus Paal und Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

die unsere Automobilwirtschaft zusätzlich belasten.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das muss weg. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir brauchen weitere Maßnahmen. Wir brauchen Liquiditätshilfen für Unternehmen. Da ist es aber notwendig, dass auch die Beihilferichtlinien auf europäischer Ebene geändert werden, damit solche Liquiditätshilfen für ein Land wie Baden-Württemberg, dem Strukturstärke unterstellt wird, künftig nicht gegen das Beihilferecht verstoßen.

Es ist natürlich auch notwendig, sich die Frage zu stellen: Wie schafft man auf anderem Weg Liquidität für Unternehmen? Ich weiß, Herr Kollege Stoch: Den meisten Sozialdemokraten sträuben sich die Nackenhaare, wenn man über Steuersenkungen redet – so auch Ihnen am heutigen Tag bei dieser Debatte. Aber die Absenkung des Solidaritätszuschlags, und zwar die völlige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist auch ein Beitrag zur Liquiditätshilfe für kleine und mittlere Unternehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: 90 %!)

– Diese 90 % reichen aber nicht, Herr Kollege Stoch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die reichen sehr wohl!)

Denn diese 90 % nehmen gerade die Personengesellschaften aus, die diese Liquidität in Baden-Württemberg brauchten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die sind nicht alle gleichermaßen betroffen! Sie wollen die Gießkanne!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Deshalb ist es falsch, was in Berlin beschlossen worden ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie wollen die Gießkanne!)

Was in Berlin beschlossen worden ist, reicht nicht aus. Sie, Ihre Genossen, haben verhindert, dass der Solidaritätszuschlag vollständig abgeschafft worden ist,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie wollen eine Entlastung der reichen 3,5 %!)

während die CDU erklärt hat: „Na ja, wenn wir die 90 % nicht wegbekommen, dann wollen wir gar nichts wegbekommen.“ Jetzt passiert in Berlin in diesem Bereich in diesem Jahr nichts. Das ist einfach zu wenig, meine Damen und Herren. Wir brauchen an dieser Stelle auch steuerpolitische Maßnahmen. Da sollte man als Steuererhöhungsideologe heute nicht sagen: Wer dieses heute fordert, der macht das unter dem Deckmantelchen von Corona.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Wer ist hier Ideologe?)

Diese Diskussion ist auch nicht seriös, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

In dieselbe Richtung geht die Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge. Auch das ist eine Maßnahme, die in der jetzigen Situation angezeigt ist, um den Unternehmen bei der Liquidität zu helfen, genauso wie eine generelle Überarbeitung, das heißt Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Wir müssen uns in allen Bereichen überlegen: Was können wir tun, um Arbeitsplätze zu erhalten? Da darf es nicht sein, dass in einer solchen Situation die heiligen Kühe der SPD nicht geschlachtet werden dürfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen ist es an dieser Stelle auch notwendig, die Stromsteuer zu senken. Es ist notwendig, in allen Bereichen zu überlegen: Was kann man tun?

(Abg. Anton Baron AfD: Oder die Hotels!)

Denn wenn in bestimmten Bereichen zu wenig getan wird, dann kostet das Arbeitsplätze. Sie haben doch erklärt, dass Sie das nicht haben wollen.

(Abg. Anton Baron AfD: Oder die Hotels, Herr Rülke! Damit kennen Sie sich gut aus!)

Aus unserer Sicht ist es auch notwendig, die Möglichkeit einer zinslosen Senkung der fälligen Steuervorauszahlung für Unternehmen zu bieten. Auch das müsste in dieser Situation möglich sein. Auch das könnten die Finanzpolitiken der Länder und des Bundes beitragen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein. – Angesprochen wurden Bürgschaften. Es wurde die Bürgschaftsbank angesprochen, die L-Bank. Landesbürgschaften müssen in dieser Situation auch möglich sein.

Herr Kollege Reinhart, Sie haben den Vergleich zu 2008 gezogen. In der Tat könnte es durchaus sein, dass uns diese Krise mit einer vergleichbaren Wucht trifft, wie es 2008 der Fall gewesen ist. 2008 – ich erinnere daran – gab es bei einzelnen Unternehmen gerade im Bereich der Metall- und Elektroindustrie Umsatzeinbrüche von deutlich über 50 %. Manche von denen konnten wir dennoch retten, weil wir damals mit Augenmaß, aber auch mit Großzügigkeit die entsprechenden Landesbürgschaften beschlossen haben. Das war ordnungspolitisch schwierig. Ich erinnere mich an eine Landesbürgschaft von 250 Millionen €. Das fällt aus jedem Rahmen dessen, was wir sonst in der Vergangenheit getan haben.

Aber wenn ich mich richtig erinnere, ist keine einzige ausgefallen. Das zeigt, dass es richtig war, dieses Instrument in einer solchen Sondersituation zu ziehen. Vermutlich sind wir wieder in einer ähnlichen Lage. Deshalb müssen wir auch ähnlich handeln, wie das damals der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen auch Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen. Auch über diesen Bereich müssen wir nachdenken.

Abschließend: Frau Kollegin Lindlohr, Sie sprachen von der Risikorücklage. Es gibt ja genügend Geld im Haushalt. Sie sprachen davon, dass man darüber reden müsse, dass vielleicht das ganze Haus dann beschließt: Wir öffnen sie, um in dieser Krise aktiv zu werden. Ich kann Ihnen versichern: Meine Fraktion ist offen dafür. Uns ist es deutlich lieber, dass wir im Jahr 2020 mit diesen Hamsterrücklagen, die Sie im Haushalt haben, die Krise bekämpfen, als dass sie 2021 für Wahlschenke genutzt werden.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Mit uns kann man also gern darüber reden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht, um die wirtschaftlichen Folgen dieser Coronakrise für die Unternehmen und für die Arbeitsplätze im Land zu mildern.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut beugt sich in Richtung Redepult.)

Präsidentin Muhterem Aras: Einen Moment, Frau Ministerin. Ich habe noch eine Wortmeldung, und zwar von Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte die sehr guten Ausführungen von Frau Wolle von der AfD ergänzen.

Herr Stoch, ich muss sagen: Das, was Sie geliefert haben, waren im Wesentlichen nur Phrasen: „Wir müssen zielgerichtet

(Dr. Wolfgang Gedeon)

handeln“, „Wir müssen uns zukunftsfähig machen.“ Es war nur heiße Luft, was Sie verbreitet haben.

Herr Rülke, das, was Sie gesagt haben, ist schon wesentlich hilfreicher, reicht aber auch nicht aus: Abschreibungen für die Wirtschaft, Stromsteuer senken usw. Das ist alles gut und schön, aber wenn der Markt um 92 % einbricht, hilft es Ihnen auch nicht weiter, wenn die Stromsteuer abgesenkt wird. Wir kommen hier an einen ganz wesentlichen Punkt unseres Konzepts, an unsere ideologische Grundausrichtung. Das ist die Grundausrichtung – wie ich beim letzten Mal schon gesagt habe –: die Verehrung und die Kultivierung der Globalisierung als solche.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Meine Damen und Herren, hier zeigt sich nicht irgendwie ein Fehler der Globalisierung, dass ein winzig kleines Virus, welches man nicht einmal mit bloßem Auge sieht, für das man ein ganz spezielles Mikroskop braucht, um es überhaupt zu sehen, die ganze Weltwirtschaft durcheinanderbringen kann.

Wie kann das passieren? Das kommt durch die Grundstruktur der Globalisierung.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Die Globalisierungswirtschaft ist etwas, wo kleinste Reize, kleinste Dinge einen riesigen Effekt bewirken,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

und zwar nicht, weil ein Fehler gemacht worden ist, sondern weil das ein Grundfehler des Systems ist. Das ist der hässliche Pferdefuß der Globalisierung.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Was ist die Antwort, meine Damen und Herren? Ein grundsätzliches Umdenken, wonach eine Globalisierung, der nicht durch eine nationale Wirtschaftspolitik entgegengesteuert wird, in das Elend führt.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Völliger Unsinn!)

Totalitäre Globalisierung ist das Grundübel der ganzen Wirtschaftspolitik. Wenn Sie Strukturpolitik machen wollen, Herr Stoch, dann müssen Sie hier ansetzen,

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

dann müssen Sie nicht nur im Energiebereich, im Bereich Kohle, sondern auch in anderen wichtigen Bereichen wie der Pharmaindustrie eine nationale Notfallwirtschaft aufbauen. Wenn wir hier nicht eine Parallelstruktur haben, dann sind wir der nächsten Krise wieder genauso ausgeliefert wie dieser.

Das ist keine Strukturpolitik, das ist überhaupt keine Politik, was Sie da machen; das ist Ideologie, Globalisierungsideologie.

(Beifall des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut für die Landesregierung das Wort.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr.

Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine überregionale große Tageszeitung titelte dieser Tage: „Corona ist kein Schnupfen“. Wir alle sind darüber bestürzt, sehen zu müssen, wie sich die Infektions- und Erkrankungszahlen Tag für Tag erhöhen, wie das öffentliche Leben gerade in Italien fast völlig zum Erliegen kommt und dass es mittlerweile auch in Deutschland Tote zu beklagen gilt.

Im Vordergrund stehen nun gesundheitspolitische Fragen, wie die Ausbreitung eingedämmt und die Bevölkerung am besten geschützt werden kann. Der Schutz der Gesundheit steht an erster Stelle.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Aber auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Epidemie sind gravierend. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir heute darüber diskutieren.

Bei allen Unterschieden in der Ausgangslage besteht die Gefahr, dass wir vergleichbare Beeinträchtigungen erreichen werden wie in der großen Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009. Um es gleich vorweg zu sagen: Ich glaube nicht, dass das, was am letzten Sonntag und gestern in Berlin beschlossen wurde, schon ausreicht, um wirkungsvoll gegenzusteuern.

Ja, wir müssen unseren Wirtschaftsstandort Deutschland und Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb weiter stärken. Wir müssen das tun – mit und ohne Corona. Wir können uns nicht einfach darauf verlassen, dass bei wichtigen Standortvorhaben unter Abwägung aller Faktoren die Wahl schließlich auf Baden-Württemberg, auf Deutschland fällt. Dieses Thema wäre auch mal eine eigene Debatte wert.

Dasselbe gilt für das große Thema Transformation und unsere Bemühungen – die Bemühungen von Ministerpräsident Kretschmann und mir –, in Berlin und Brüssel Sensibilität dafür zu wecken, dass auch ein an sich wirtschaftsstarkes Land, wie Baden-Württemberg es ist, einen spezifischen Unterstützungsbedarf hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Spielräume für eigene Förderprogramme müssen uns aufge-tan werden, um Unternehmen und ganze Branchen auf dem Weg der Transformation begleiten zu können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Aber lassen Sie mich jetzt aufgrund der aktuellen Entwicklung den Fokus auf den zweiten Teil des Titels der Aktuellen Debatte richten: „Krisenabwehrkräfte aktivieren“.

Einige Zahlen sollen die Lage noch einmal verdeutlichen. Gut jedes zweite Unternehmen in Baden-Württemberg spürt schon jetzt die Auswirkungen des Coronavirus auf seine Geschäfte. Eine Studie von LBBW Research prognostiziert – das wurde ja auch schon häufig genannt, aber für mich war das wirklich ein „wake-up call“, ein Weckruf – für Baden-Württemberg einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,8 %. Auch für Deutschland insgesamt sehen führende Institute schon jetzt ein hohes Risiko für eine gesamtwirtschaftliche Rezession.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Mein Standpunkt ist ganz klar, dass wir rechtzeitig, bevor eine Rezession dann eintritt, gegenwirken und Maßnahmen einleiten, auch finanzielle Maßnahmen, um unsere Wirtschaft zu unterstützen, und nicht erst, wenn wir mittendrin sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die sich täglich mehrenden Fälle schwerwiegender wirtschaftlicher Beeinträchtigungen lassen sich grob in drei Kategorien gliedern:

Erstens: Unternehmen, die unter wegbrechenden Absatzmärkten leiden, vor allem in China, aber verstärkt auch in Italien.

Zweitens: Unternehmen, denen die Zulieferer wegbrechen, Unternehmen, deren Lieferketten unterbrochen werden. Gerade Baden-Württemberg hat ganz starke Bezüge zu China und zu Norditalien. Viele der Zulieferer unserer Automobilunternehmen beziehen Teile aus Norditalien und auch aus China, und das hat Auswirkungen. In China sind die Einschränkungen durch Corona schon seit einiger Zeit in Kraft, seit Chinese New Year. Deshalb spüren viele Unternehmen schon jetzt, dass ihnen Teile fehlen, dass sie ihre Produkte nicht fertigstellen können, nicht ausliefern können, vor allem dann nicht fakturieren können. Sie können keine Rechnungen schreiben, das heißt, der Zahlungseingang fehlt dann auch. Das ist die logische Konsequenz.

Und der dritte Bereich – da wird die Not immer akuter – sind Unternehmen, die aufgrund von Absagen und Einschränkungen hierzulande, aber auch darüber hinaus in ganz Deutschland nachteilige Folgen erleiden. Baden-württembergische Unternehmen sind stark national und international aufgestellt. Durch Absagen springen ihnen immer mehr Kunden ab, oder Kunden bleiben auch ganz aus.

Einige Bundesländer haben Veranstaltungen mit über 1 000 Teilnehmern bereits untersagt, und auch in Baden-Württemberg wird dies so kommen. Herr Kollege Lucha hat es angekündigt. Das hat natürlich konkrete Auswirkungen auf die Beteiligten. Wir bekommen im Ministerium zahlreiche Anrufe von Unternehmerinnen und Unternehmern im Messebau, in der Gastronomie. Es werden Aufträge storniert und vermutlich über Monate hinaus auch keine neuen Aufträge erteilt. Wir müssen wissen: Unternehmen, die im Bereich Messeveranstaltungen aktiv sind, haben natürlich einen zeitlichen Vorlauf. Sie haben Partner, sie haben Subunternehmer. Sie sind hier schon vertragliche Verpflichtungen und auch finanzielle Verpflichtungen eingegangen. Deshalb ist hier aktuell die Not am größten: Tourismus, Gastronomie, Hotellerie, private Busunternehmen, Messeveranstalter, Veranstaltungsunternehmen. Darauf müssen wir unser Augenmerk richten – natürlich insgesamt, aber das ist im Moment ganz akut.

Das heißt, wir brauchen rasche, pragmatische Hilfen, um den Unternehmen über diese Durststrecke, diese Liquiditätsproblematik hinwegzuhelfen, damit sie Beschäftigung in ihren Betrieben sichern können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wie? Sagen Sie, wie! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das weißt du doch! Du kennst doch das Instrument!)

Da hilft auch der Blick auf Instrumente, die sich schon in der Krise 2008 und 2009 bewährt haben. Die aktuellen Instrumente, die jetzt zur Verfügung gestellt werden, sind Kurzarbeit, Liquiditätshilfen, Bürgschaften. Was für Kurzarbeit am Sonntag im Koalitionsausschuss beschlossen wurde, ist zu begrüßen. Ich hätte mir allerdings noch weitere Vereinfachungen gewünscht. Insbesondere die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine ganz wichtige und notwendige Unterstützung und für die betroffenen Unternehmen wirklich eine große Hilfe, eine Hilfe zur Erhaltung der Liquidität und zur Sicherung der Beschäftigten. Das begrüße ich in besonderer Weise. Bereits im April sollen die Erleichterungen in Kraft treten.

Zum anderen ist natürlich der schnelle und unbürokratische Einsatz von Liquiditätshilfen gefragt. Hier sind wir im Land durch bereits vorhandene Programme der L-Bank und der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg gut gerüstet. Ein paar Zahlen: Liquiditätskredite wurden 2019 von ca. 231 Unternehmen im Volumen von 45 Millionen € in Anspruch genommen. 2009, im Nachgang zur Wirtschafts- und Finanzkrise, waren es ungefähr 690 Unternehmen, die 150 Millionen € in Anspruch genommen haben – nur um einmal eine Größenordnung in diesem Bereich zu benennen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Von wem?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Von Herrn Abg. Sänze.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich würde gern meinen Vortrag weiterführen und die Frage aus diesem Grund nicht zulassen.

Ich kann nach den ersten Gesprächen Folgendes berichten: Auch bei einem sprunghaften Anstieg der Antragszahlen werden die Förderinstitute sicherstellen, dass coronabedingte Anträge bevorzugt, unbürokratisch und vor allem schnell bearbeitet werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Bei der L-Bank steht dafür jetzt eine eigens eingerichtete Hotline zur Verfügung, über die sich Unternehmen direkt informieren können.

Wir werden im Einvernehmen mit dem Finanzministerium auch dafür sorgen, dass das Instrument der Bürgschaften flexibel und großzügig gehandhabt wird. Entsprechende Anträge auf Darlehen bzw. Bürgschaften werden natürlich über die jeweiligen Hausbanken gestellt; diese sollten wir in diesem Zusammenhang aber ebenfalls in die Pflicht nehmen.

In der letzten Woche – das ist dann der nächste Schritt, den wir gehen – hat das Land, hat die Landesregierung im Fall Corona eine erweiterte Verwendung der Rücklagen beschlossen. Aktuell – aber die Entwicklung ist ja von einer enormen Dynamik geprägt – reichen die Mittel aus unserer Sicht aus. Sollte das aber nicht der Fall sein, brauchen wir weitere finanzielle Mittel für wirtschaftspolitische Maßnahmen aus den Rücklagen, um rechtzeitig gegensteuern zu können, um Beschäftigung in Baden-Württemberg zu sichern.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Gestern hat Peter Altmaier zu einem Treffen eingeladen. Die Wirtschaftsminister des Bundes und der Länder gehen hier in ganz engem Schulterschluss – Seite an Seite – vor. Der Konsens, über den wir bei diesem Treffen auch diskutiert haben: prioritär schnelle Liquiditätshilfen, Fokus auf Kurzarbeit und Bürgschaften.

Ferner haben wir auch über das Dreistufenprogramm diskutiert, das wir ebenfalls befürworten. Bei einer weiteren Verschärfung der Situation wird die nächste Stufe sein, dass Kredite ausgeweitet werden, dass es zu Steuerstundungen kommt, dass Steuerzahlungen gestundet – auch ich fordere das, wenn es notwendig wird – und auch Steuervorauszahlungen gestundet werden. In einigen Bundesländern wird das schon jetzt so gehandhabt. Und – das ist ganz wichtig und in der Diskussion auch klar herausgekommen –: Das Ganze sollte zinsfrei passieren, denn eine Verzinsung von 6 % ist für die Unternehmen natürlich eine enorme Belastung.

Eine dritte Stufe im Dreistufenplan von Peter Altmaier sind Konjunkturprogramme. In diesem Zusammenhang begrüße ich es natürlich auch, dass auf EU-Ebene schnell gehandelt wurde, dass 25 Milliarden € zur Verfügung gestellt werden – für die Bekämpfung und Eindämmung von Corona, aber auch zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Meine Überzeugung ist, dass wir in diesem Zusammenhang auch steuerpolitisch etwas werden tun müssen. Das wird auf uns zukommen. Ich bedaure es sehr, dass es hinsichtlich des Solidaritätszuschlags noch zu keiner Einigung kam. Es wird ein wichtiges Signal für die Wirtschaft, aber auch für die Konsumentinnen und Konsumenten, für die Bürgerinnen und Bürger sein, wenn die Abschaffung des Solidaritätszuschlags vorgezogen wird und komplett erfolgt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Komplett!)

Das wäre auch ein wichtiges Signal, um einer drohenden Rezession entgegenzuwirken.

Auch die vom Bund jetzt angestoßenen Investitionsförderungsprogramme und Planungsvereinfachungen begrüße ich sehr. Die müssen und die werden wir im Land auch mit begleiten, umsetzen.

Geld wird in Zukunftstechnologien fließen – Stichworte sind Digitalisierung, Energiewende –, aber auch in Infrastruktur, in den Wohnungsbau, in den Städtebau. Da müssen auch wir, das Land, Akzente setzen.

Fakt ist aber auch: Es ist illusorisch, zu glauben, alle wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise könnten staatlicherseits aufgefangen werden. Aber es ist realistisch, dass wir durch effektive und gut aufeinander abgestimmte Programme einen Großteil der Härten, denen die Unternehmen und die Beschäftigten jetzt ausgesetzt sind, abfedern können.

Deshalb treffe ich mich am Freitag mit Spitzenvertretern der baden-württembergischen Wirtschaft, auch mit Vertretern aller schwerpunktmäßig betroffenen Branchen, der Gewerkschaften sowie der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. Wir brauchen diesen engen Kontakt, diesen direkten, intensiven Austausch, um zu einer gemeinsamen Lagebeurteilung zu kommen. Der DEHOGA wird dabei sein. Auch hier

werden wir natürlich steuerrechtliche Themen diskutieren. Ziel dieses Treffens ist es, dass wir konkret für Baden-Württemberg Instrumente diskutieren, die den Bedürfnissen und Notwendigkeiten unseres Landes am besten gerecht werden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser früherer Ministerpräsident Erwin Teufel hat viele seiner damaligen Reden mit folgendem Zitat begonnen: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal.“ Das war in den Neunzigerjahren, als sich die Herausforderungen eines beschleunigten Strukturwandels mit zeitweilig ebenfalls schwierigen Konjunkturentwicklungen überlagerten. Wir leben aktuell in einer Zeit, in der diese Worte einen neuen Bedeutungsgehalt bekommen.

Damals hat Baden-Württemberg die Herausforderungen im Endeffekt gut und erfolgreich bestanden. Es gibt aktuell keinen Grund, weshalb es dieses Mal nicht so sein sollte. Dafür, dass wir das mit vereinten Kräften schaffen wollen, möchte ich mich bei dem überwiegenden Teil der Diskutanten in der heutigen Aktuellen Debatte bedanken. Wir müssen gemeinsam die richtigen Entscheidungen treffen. Danke für den Rückenwind, den Sie mir heute verliehen haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Frauenpolitische Debatte aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2020

Ich freue mich, dass die Fraktionen übereingekommen sind, diese Debatte zu führen. So können wir an den seit 1975 auf der ganzen Welt gefeierten Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden erinnern. Auf der Besuchertribüne darf ich die Vertretungen der frauenpolitischen Verbände herzlich begrüßen.

Das Präsidium hat für diese Debatte eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen Zeitrahmen zu halten.

Zunächst darf ich Frau Kollegin Wehinger für die Grünen das Wort erteilen.

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Sonntag, dem 8. März, war wieder der Internationale Frauentag – leider noch immer kein Grund zum Jubeln, auch wenn es mancherorts rote Rosen und Sekt gab. Im letzten Jahr haben wir „100 Jahre Frauenwahlrecht“ gefeiert – schön! –, aber in vielen Punkten müssen wir noch sehr aufholen. Zwar können wir Frauen heute viel mehr erreichen, als es noch vor Jahrzehnten möglich war; allerdings sind Frauen sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik noch immer deutlich unterrepräsentiert. Schauen Sie sich nur hier im Landtag um. Wir Grünen sind die einzige Fraktion, die mit einem Frauenanteil von rund 47 % praktisch paritätisch besetzt ist.

(Dorothea Wehinger)

Auch beim Einkommen werden Frauen nach wie vor diskriminiert. Männer verdienen ca. 22 % mehr als Frauen, was sich bis an das Lebensende der Frauen auswirkt. Von Lohngerechtigkeit sind wir also noch weit entfernt. Hinzu kommt, dass Frauen im Vergleich mit Männern noch erheblich mehr unbezahlte Familienarbeit und Arbeit bei der Versorgung von Angehörigen leisten. Auch hier sind wir von Gleichberechtigung noch weit entfernt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ach, Schätzle!)

Aber seit dem Inkrafttreten der Istanbul-Konvention in Deutschland am 1. Februar 2018 ist es eine dauerhafte Aufgabe aller staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen –, heute und in der Zukunft all diese Verpflichtungen umzusetzen, das heißt, alles zu unternehmen, um Gewalt in jeglicher Form an Frauen zu verhüten und zu bekämpfen. Dies gilt insbesondere im häuslichen Bereich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Doch im häuslichen Bereich sieht es noch sehr dramatisch aus. Alle drei Tage stirbt in Deutschland eine Frau durch ihren Partner oder Ex-Partner. 77 % aller Opfer von Mord und Totschlag in Beziehungen sind Frauen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: 77,3!)

Jeden Tag versucht ein Mann, seine Frau oder Ex-Frau umzubringen. Bei zwei von drei Tötungen in Beziehungen

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Arsen und Spitzenhäubchen“! – Gegenruf: Klappe!)

geht es um Trennung, spricht die Frau verlässt den Mann, der Mann nimmt dies als Machtverlust wahr und tötet die Frau.

Neben solch brutaler physischer Gewalt sind Frauen in den meisten Fällen aber auch diejenigen, die verbaler Gewalt sowie Bedrohungen und Hetzkampagnen ausgesetzt sind.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ach, Schätzle! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Diskriminierende Äußerung! Herr Fiechtner, gehen Sie doch einfach! – Weitere Gegenrufe, u. a.: Das gibt es ja wohl nicht! – Er hat nichts verstanden, aber gar nichts! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Hallo! Das war doch sehr nett von ihm! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist im Grunde eine Beleidigung der Abgeordneten! – Unruhe)

– Genau.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir lassen die Redezeit dann weiterlaufen, Frau Kollegin.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Denn zur Gewalt gehört eben nicht nur die körperliche, sondern auch die verbale Gewalt. Das möchte ich auch an Sie richten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Verbale Gewalt durch die Sprache, die jetzt als neues Phänomen ebenso im Netz auftritt – nicht nur hier im Landtag –, verbale Einschüchterungen und Beschimpfungen übelster Art bis hin zu Vergewaltigungsandrohungen werden millionenfach im Netz gelikt, geteilt und gefeiert. Frauen sollen dadurch eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht werden.

Verbale Gewalt findet aber auch in der Musik, insbesondere in Hip-Hop-Texten, statt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Echt schlecht überall!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Bübchen in der letzten Reihe ist jetzt mal still.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl, Schätzle! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Verbale Gewalt ist das!)

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: In diesen Texten kommt Frauenfeindlichkeit weitaus häufiger vor als eine andere Diskriminierungsform wie z. B. Homophobie und Rassismus.

Aber was sind nun die Ursachen für diese geschlechtsspezifische Hate Speech? Dazu müssen wir unser gängiges Geschlechterverständnis einmal genauer ansehen. Sexismus und Frauenfeindlichkeit wurzeln in hierarchischen Geschlechterbildern und patriarchalen Macht- und Herrschaftsverhältnissen

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

in unserer Gesellschaft.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie lassen doch solche Leute hier herein!)

Jegliches Infragestellen dieser vermeintlich natürlichen und als rechtmäßig wahrgenommenen Ordnung wird von vielen Männern als Verlust ihrer Privilegien sowie ihrer Macht- und Einflussmöglichkeiten gesehen.

(Beifall bei den Grünen)

Wer sind nun die Betroffenen? Vor allem sind das Frauen, die in der Politik ihre Stimme erheben und ihre Meinung klar äußern. Hetzkampagnen sind zudem heftiger, wenn mehrere Diskriminierungsformen zusammenkommen. Das betrifft vor allem schwarze Frauen und „Women of Color“, Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Behinderung, lesbische und Transgender-Frauen, Dicke und Dünne. Und warum?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Einzig und allein deshalb, weil sie Frauen sind. Dagegen müssen wir uns entschlossen wehren, und zwar auf Landes- und auf Bundesebene,

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Dorothea Wehinger)

nicht zuletzt deswegen, weil Frauenfeindlichkeit ein Einfallstor für Rechtsextremismus ist und als Demokratiegefährdung ernst zu nehmen ist.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die Linken haben auch Frauen erschossen!)

Die Attentäter von Halle und Hanau haben in ihren Manifesten einen wahnhaften Frauenhass und hasserfüllte,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

frauenverachtende Ideologien offenbart. Sie sind der Gruppe der sogenannten Incels – also grob übersetzt: unfreiwillig im Zölibat lebend – zuzuordnen. Der Hass auf Frauen wird damit begründet,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist ja Männerhass, was Sie da propagieren!)

dass Feminismus und Emanzipation zu einem Niedergang westlicher Gesellschaften aufgrund sinkender Geburtenraten führten – so deren Behauptung.

Doch Antifeminismus ist leider auch in konservativen Kreisen weit verbreitet und macht den Rechtspopulismus damit anschluss- und gesellschaftsfähig.

(Beifall bei den Grünen)

Frauen werden objektiviert, in eine traditionelle Rolle als Mutter zurückgedrängt, und die Gleichstellung der Geschlechter wird als Genderdiktatur abgetan.

Immerhin gibt es in Baden-Württemberg erste Initiativen, die sich des Themas annehmen. Mit der Meldestelle „respect!“ des Demokratiezentrum Baden-Württemberg gibt es seit Ende 2017 die bundesweit einzige Meldestelle gegen Hass im Netz, die strafrechtlich relevante Hetze anzeigt. Auch die Internetwache der Polizei Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist Ideologie!)

ermöglicht Onlinemeldungen von Hasskommentaren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Eine neue Form der Stasi!)

Mir ist es ein großes Anliegen, dass betroffene Frauen schnell und unbürokratisch Hilfe erfahren.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung. Noch einmal stopp! – Herr Abg. Dr. Fiechtner, zum einen ziehe ich Ihnen diese Zwischenrufe demnächst von Ihrer Redezeit ab,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Und die Diäten dann auch kürzen!)

und zum Zweiten haben Sie jetzt hier wieder irgendjemanden als Stasi beschimpft, wenn ich das richtig verstanden habe.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein, nein! Da haben Sie wieder falsch zugehört!)

Dann halten Sie sich jetzt einfach einmal zurück, und sorgen Sie hier nicht für Missverständnisse und für Unruhe. Es ist absolut störend, wie Sie sich verhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Daher fordere ich eine noch höhere Sensibilisierung von Polizei und Justiz für die geschlechtsspezifischen Aspekte von Hate Speech und digitaler Gewalt.

Auf Bundesebene liegt derzeit ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität vor, der eine Reform des NetzDG darstellt. Während der Gesetzentwurf zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung ist, kommentiert der Deutsche Juristinnenbund den Entwurf als unzureichend, und zwar u. a. deshalb, weil Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus im Entwurf nicht explizit als Motiv für Hasskriminalität aufgeführt werden sollen

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

und Stalking auch weiterhin nicht in den Anwendungsbereich des NetzDG aufgenommen werden soll.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was soll denn da noch alles hinein?)

Wir benötigen also dringend eine Ausweitung und Konkretisierung des Straftatbestands,

(Abg. Anton Baron AfD: Wer hat ihr denn diese Hetzrede geschrieben?)

um Frauen effektiver vor Hate Speech zu schützen.

Deshalb fordere ich dazu auf, den Schutz und die Rechte der Frauen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen und nicht nur am Weltfrauentag über Feminismus zu reden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Wir müssen die Frauenrechte auch in der digitalen Welt verteidigen und dürfen die Opfer nicht alleinlassen, wir dürfen nicht länger schweigende Mehrheit sein. Hass und Gewalt dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Amen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin Martin spricht für die CDU.

Abg. Claudia Martin CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann ist eine Grundvoraussetzung für das moderne, demokratische Gemeinwesen und darüber hinaus ein Verfassungsauftrag unseres Grundgesetzes. Heute scheint es selbstverständlich, dass Frauen Führungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft bekleiden. Dennoch ist eine Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in verschie-

(Claudia Martin)

denen Lebens- und Arbeitsbereichen auch im Jahr 2020 keine Selbstverständlichkeit.

Der Weltfrauentag hat uns am vergangenen Sonntag zum 107. Mal daran erinnert, dass die Politik mehr tun sollte, als nur darüber nachzudenken, wie die Selbstverwirklichungschancen der Frauen zu stabilisieren und zu verbessern sind.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das sind doch Luxusprobleme!)

Die Grundlage für ein chancengerechtes Leben wird im Elternhaus gelegt und in Kitas ausgebaut. Mädchen und Jungen, die im Verständnis gleichberechtigter Geschlechter aufwachsen, können sich unabhängiger von traditionellen Geschlechterrollen entfalten. Das beginnt bereits damit, dass Bagger nicht nur für Jungen und Puppen nicht nur für Mädchen gedacht sein sollen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stattdessen – besonders Pädagoginnen und Pädagogen für frühkindliche Erziehung sprechen sich seit Jahren dafür aus – sollten wir weiter an Bildungs- und Orientierungsplänen arbeiten, die eine frühzeitige Loslösung überholter Rollenbilder ermöglichen.

Damit der Gleichstellungsauftrag unseres Grundgesetzes auch im beruflichen Alltag ankommt, bedarf es fairer Verwirklichungschancen für alle Frauen und Männer. Insbesondere im Laufe ihres Erwerbslebens sehen sich Frauen allerdings weiterhin mit zahlreichen geschlechterspezifischen Benachteiligungen konfrontiert, denen männliche Kollegen nicht oder weit seltener ausgesetzt sind.

Das betrifft zunächst einmal das Thema Lohngerechtigkeit. 2018 bezifferte das Statistische Landesamt die Entgeltlücke, den sogenannten Gender Pay Gap, zwischen Männern und Frauen auf 21,2 % der Bruttolöhne.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist nicht bereinigt!)

Dieser Wert lässt sich insbesondere auf die höhere Teilzeitquote, widrigere Arbeitsmarktbedingungen sowie häufigere Beschäftigung in Branchen mit niedrigerem Lohnniveau zurückführen.

(Abg. Anton Baron AfD: Bereinigt!)

Große Sorge bereitet uns der bereinigte Gender Pay Gap,

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

also die Lohndifferenz bei gleicher Tätigkeit, die derzeit bundesweit bei etwa 6 % liegt. Dass Frauen trotz gleicher Qualifikation und Arbeitsleistung messbar weniger verdienen, ist mit unseren Vorstellungen von einer chancengerechten, sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Die statistisch häufigere Unterbrechung weiblicher Erwerbsbiografien hängt stark damit zusammen, dass Frauen in der

Regel einen Großteil der Pflege und der Erziehungsarbeit in der Familie leisten. Das führt zu einer Unausgeglichenheit im Einkommen von Frauen und Männern, die sich auch im Rentenalter fortsetzt. Wir sind der Überzeugung, dass Erziehung und Pflege von Angehörigen keine Wege in die Altersarmut sein dürfen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns Christdemokraten ein Kernanliegen. Ein erfülltes Familien- und ambitioniertes Berufsleben beider Elternteile darf keinen Widerspruch darstellen. Mit Homeoffice und Telearbeitslösungen ermöglicht das digitale Zeitalter seit mehreren Jahren die Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle, die sich positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirken können.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Auch wenn diese Optionen nicht in allen Branchen möglich sind, sehen wir hier großes Potenzial. Wir wollen, dass Frauen künftig stärker von den Möglichkeiten digitaler Arbeit profitieren können. Mittels webbasierter Arbeitsflächen können junge Eltern bei Bedarf auch im Laufe ihrer Babypause beruflich aktiv bleiben. Daher sollte die Unterstützung der Unternehmen zur Umsetzung von Digitalisierungsstrategien nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus sozialen Gründen bedacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Noch bevor Frauen in ihre Jobs zurückkehren, stellen sich Frauen nach dem beruflichen Wiedereinstieg. Wie können sie sich optimal vorbereiten? Worauf ist zu achten? Diese und andere Fragen beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kontaktstellen „Frau und Beruf“. Sie sind ein wichtiger Motor der beruflichen Frauenförderung in Baden-Württemberg. Nachbesserungsbedarf sehen wir insbesondere noch im ländlichen Raum, da dort noch keine flächendeckende Beratung gewährleistet werden kann.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, auch die Arbeit der vielen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zu würdigen. Sie arbeiten jeden Tag hart daran, den Grundsatz der Chancengleichheit in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu tragen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wirtschaftsgeschichte unseres Landes ist eng mit mutigen Pionierinnen wie Bertha Benz und Margarete Steiff verbunden. Dieses Erbe ist uns gleichermaßen Pflicht und Ansporn. Wir wünschen uns, dass neben der Vergangenheit auch die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg von starken Frauen geschrieben wird. Darum halte ich es für einen sehr wichtigen Wegweiser, dass SAP mit Jennifer Morgan im vergangenen Jahr als erster DAX-Konzern eine Frau als Co-CEO an die Spitze des Unternehmens berufen hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

(Claudia Martin)

Ob in Wirtschaft, Staat oder Gesellschaft: Gleichstellungspolitik lebt von starken weiblichen Vorbildern. Wir, die CDU, versuchen, mit gutem Beispiel voranzugehen.

(Zuruf von der CDU: Jetzt brauchen wir noch eine Ministerpräsidentin!)

Ich möchte, dass jedes Mädchen, dass jede Frau weiß, dass sie nicht nur Bundeskanzlerin, nicht nur EU-Kommissionspräsidentin,

(Abg. Raimund Haser CDU: Sondern auch Ministerpräsidentin!)

sondern auch Ministerpräsidentin von Baden-Württemberg werden kann.

(Heiterkeit bei der CDU – Anhaltender Beifall bei der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Kein Beifall bei den anderen Fraktionen! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Da müsst ihr ja selbst lachen!)

Leider kommt eine gleichstellungspolitische Debatte auch im Jahr 2020 nicht ohne das Thema „Gewalt gegen Frauen“ aus.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jede vierte Frau erfährt im Laufe ihres Lebens Gewalt durch ihren Ehemann, Partner oder andere Familienmitglieder. Das ist ein Missstand, den wir mit aller Kraft bekämpfen müssen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Timm Kern und Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Neben der wichtigen Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit bedarf es hierbei vor allem einer verlässlichen Infrastruktur aus Frauenhäusern und ambulanten Beratungsstellen.

Doch auch außerhalb der eigenen vier Wände sind Frauen verschiedenen Bedrohungen ausgesetzt. Aber auch hier gibt es Fortschritte: Neben der Intensivierung des Kampfes gegen sexuelle Gewalt und Frauenhandel möchte ich das Engagement von Minister Guido Wolf würdigen. Er setzte sich dafür ein, das sogenannte Upskirting, also das Fotografieren unter den Rock, unter Strafe zu stellen. Allein der Fakt, dass wir gegen das Fotografieren unter einen Damenrock überhaupt politisch vorgehen müssen, zeigt uns, wie viel gesellschaftliche Arbeit noch vor uns liegt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Auch mir ist es wichtig, dass wir uns im Kontext der furchtbaren Anschläge von Halle und Hanau künftig stärker mit dem Thema Incels beschäftigen. Hierbei handelt es sich um eine Internet-Subkultur von Männern, die der Ideologie einer hegemonialen Männlichkeit anhängen. Sie propagieren ihre Überlegenheit gegenüber Frauen, ein selbst erdachtes Recht auf Sex sowie Gewalt gegen Frauen. Dieses Phänomen ist in Deutschland recht neu, hat bei beiden Angriffen aber offenbar eine große Rolle gespielt und bedarf daher einer entsprechenden Untersuchung. Diese Subkultur steht im Widerspruch zu unserem Grundgesetz und ist Gift für eine von gegenseitigem Respekt getragene Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Super!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jede Fraktion hat ihre eigenen frauenpolitischen Sichtweisen und Prioritäten. Schwerpunkt christdemokratischer Gleichstellungspolitik ist und bleibt der Abbau struktureller Nachteile für Frauen, insbesondere im Laufe ihres Erwerbslebens. Die Förderung von beruflichem Wiedereinstiegsmanagement, Female Leadership und die Prävention gegen geschlechterspezifische Altersarmut spielen für uns eine wichtigere Rolle als Genderstern und positive Diskriminierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir glauben fest daran, dass man die Situation von Frauen verbessern kann, ohne männliche Kollegen strukturell zu benachteiligen. Positive Diskriminierung führt den Gedanken von Chancengleichheit ad absurdum.

(Abg. Raimund Haser CDU: Sehr gut!)

Für uns bedeutet Gleichstellung, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Ziele im Leben zu verwirklichen. Lassen Sie uns hierfür gemeinsam an den richtigen Stellschrauben drehen, denn – ich schließe mit einem abgewandelten Zitat unseres Fraktionsvorsitzenden –:

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ah! Es ist immer gut, den Fraktionsvorsitzenden zu zitieren!)

Frauen sind der Joker im Standortpoker!

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Frau Kollegin Wölffe für die SPD-Fraktion.

Abg. Sabine Wölffe SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzten Sonntag fand weltweit der Internationale Frauentag statt. Dieser wurde erstmalig im Jahr 1922 einheitlich in verschiedenen Ländern begangen und wird im kommenden Jahr zum 100. Mal gefeiert. Es wird also eine große Feier geben.

Aber dazu wird es nicht kommen. Denn in den letzten Tagen haben weltweit Frauen erklärt: Der 100 Jahre alte Kampf ist beendet; wir haben alles erreicht. Es wurde erreicht – ich lese vor –: Lohngleichheit für gleiche und gleichwertige Arbeit und gerechte Verteilung der Familienarbeit zwischen Mann und Frau, damit auch gleiche Rentenansprüche wie Männer, gleiche Karrierechancen, Parität in den Führungsetagen der Wirtschaft, familiengerechte Arbeitszeiten für Väter und Mütter, politische Beteiligung in allen Bereichen analog zum Frauenanteil in der Gesellschaft. – Ein Grund zum Feiern, wir haben es geschafft!

Halt, stopp! Das war nur ein Traum. Die Realität ist leider noch immer eine andere. Noch immer erleben Frauen weltweit Benachteiligung, Diskriminierung und Sexismus – jeden

(Sabine Wölfle)

Tag, überall, auch bei uns. Auch wenn sich in den letzten 100 Jahren viel verändert hat, so ist eine geschlechtergerechte Gesellschaft noch immer eine Utopie. Da, wo es Verbesserungen zu verzeichnen gibt, sind diese weniger aus Einsicht und Freiwilligkeit entstanden als vielmehr deshalb, weil Frauen – auch unsere Mütter und Großmütter – beharrlich dafür gekämpft haben und es oftmals nicht ohne Druck durch gesetzliche Vorgaben möglich wurde.

Die Probleme sind längst erkannt. In netten Sonntagsreden – vor allem beim Internationalen Frauentag – werden diese auch sehr konkret benannt. Wenn es aber um die Beseitigung dieser Probleme geht, herrscht Schweigen. Wer hier dauerhaft auf Freiwilligkeit setzt, wird sehen, dass sich nichts ändern wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Wo aber liegen die Probleme? Frauen leisten in der Mehrheit neben Vollzeit- oder Teilzeitjob auch die Familienarbeit. Im Schnitt arbeiten Frauen damit Tag für Tag 90 Minuten länger als Männer. Das ist nur ein Durchschnittswert; in Wahrheit ist diese Zahl wohl noch deutlich höher. Frauen sind dadurch im Verdienst, in der Rente und auch in der persönlichen Karriereplanung benachteiligt. Frauen droht noch immer deutlich häufiger Armut als Männern, und Frauen verdienen bei gleicher Ausbildung und Qualifikation auch noch immer weniger als Männer.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Alles Märchen! Märchenstunde!)

Ich weiß, wovon ich spreche. Mitte der Neunzigerjahre war ich alleinerziehend und habe als leitende Angestellte gearbeitet. Ich trug Verantwortung für zwei große Abteilungen mit 15 Vollzeitmitarbeitern plus Auszubildendem. Per Zufall bekam ich mit, dass ein männlicher Kollege, welcher eine Abteilung mit einer Vollzeit- und einer Teilzeitkraft hatte, 500 DM mehr verdiente. Ich bin daraufhin zu meinem Geschäftsführer gegangen und habe ihn gebeten, mir das bitte mal zu erklären, und ich bekam dann folgende Erklärung zu hören: Der Mann sei ja noch immer der Hauptverdiener in der Familie, und deswegen müsse er mehr verdienen.

(Zurufe)

Ich hielt das damals für eine interessante Feststellung; denn dieser Kollege hatte gar keine Familie,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Vielleicht hat er besser geschafft als Sie!)

und er wohnte noch bei Müttern zu Hause.

(Abg. Carola Wolle AfD: Das war in den Neunzigerjahren!)

– Auch heute kenne ich genügend Beispiele, die zeigen, dass es noch immer so ist. Denn diese Einstellung ist noch immer weit verbreitet; der Mann wird noch immer als Hauptverdiener gesehen.

Deswegen war es richtig, dass die SPD in der Bundesregierung 2018 das Entgelttransparenzgesetz durchgesetzt hat. Leider wird davon zu wenig Gebrauch gemacht. Nur wenige

Frauen haben einen solchen Gehaltsvergleich angefordert. Die erste Evaluation zu dieser Problematik hat ergeben, dass die Frauen Angst vor Benachteiligung haben, die eintreten könnte, wenn sie danach fragen. Das ist schon mal ein ganz klares Zeichen dafür, dass dieses Gesetz nicht umsetzbar ist – weil Frauen noch immer Benachteiligungen zu fürchten haben.

Die Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen stimmen nach wie vor nicht. Fast jede dritte Frau arbeitet in Teilzeit – und das nicht immer, weil sie das will, sondern oftmals, weil sie neben der Familienarbeit einfach keinen Vollzeitjob ausüben kann. 40 % der alleinerziehenden Frauen beziehen Hartz IV – und das oftmals trotz guter Ausbildung. Sogar die OECD bemängelt die Einkommenssituation in Deutschland durch die Benachteiligung von Frauen.

Was muss sich ändern? Ich nenne ein Beispiel. Es darf nicht sein, dass berufstätige Frauen den größten Teil ihres Einkommens für die Kinderbetreuung ausgeben müssen. Wir, die SPD Baden-Württemberg, fordern daher die Gebührenfreiheit für die Kinderbetreuung

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

und flächendeckend verlässliche Ganztagsangebote.

(Beifall bei der SPD)

Warum sollte in Stuttgart eine Mutter von zwei Kleinkindern arbeiten gehen, wenn sie dafür allein bis zu 1 000 € an Gebühren für die Kinderbetreuung ausgeben muss – neben hohen Mietkosten und wahrscheinlich auch hohen Kosten für den ÖPNV?

Wir haben aktuell die bestausgebildete Frauengeneration überhaupt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Auch hier gern mal ein Beispiel von vielen: Etwa zwei Drittel der Studierenden in der Humanmedizin sind Frauen. Der Anteil steigt seit Jahren. Aber auf der Karriereleiter spiegelt sich das nicht wider. Mit jeder Stufe wird die Luft dünner. Allein bei den Oberarztstellen ist nur jede dritte Stelle von einer Frau besetzt, bei den leitenden Positionen nur jede zehnte.

Ich habe dazu in der letzten Legislaturperiode einen Antrag gestellt und habe aus der ganzen Bundesrepublik Beispiele von Frauen bekommen. Mein Antrag wurde sogar auf einem Kongress der Charité als etwas vorgestellt, bei dem man politisch dringend etwas machen muss.

Fragt man mal nach, warum die Frauen denn da nicht weiterkommen, heißt es: Sie scheitern an den Auswahlkriterien. Das ist ja kein Wunder: Diese Kriterien sind nämlich nur auf Männer ausgerichtet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sagen Sie es mal konkret! Sagen Sie mal, was denn männlich ist! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Diese Liste kann man in alle Richtungen weiterführen, bis hin zu weiblichen Nobelpreisträgerinnen. Immer und immer wieder sind es die Rahmenbedingungen.

(Sabine Wölfle)

Schauen wir uns mal in unserem Bundesland um. Hier ist es bei den Karrierechancen und bei dem beruflichen Aufstieg auch schwierig. Da gibt es deutlich Luft nach oben. Hier könnte man als guter Arbeitgeber der freien Wirtschaft gegenüber klare Zeichen setzen und ein Beispiel geben. Denn diese Arbeitgeber – auch in der Wirtschaft – werden sich nicht bewegen, wenn das Land hier nicht beispielgebend vorangeht.

Auch hier geht es im gewohnten Schnecken tempo munter voran. Das zum Ende der letzten Legislaturperiode, im Jahr 2016, verabschiedete Chancengleichheitsgesetz liegt im Dornröschenschlaf, weil die Evaluation erst kurz vor der nächsten Landtagswahl kommen soll und damit die Lösung des Problems der nächsten Landesregierung vor die Tür gekippt wird. Und warum? Weil sich die Häuser nicht einig werden, weil man die Chancengleichheitsbeauftragten noch immer nicht ihre Arbeit machen lässt.

Regelmäßig treffe ich mich mit den Beauftragten. Es ist geradezu hanebüchen, was ich da zu hören bekomme. Das Gesetz war bereits 2016 das Produkt endloser Kompromisse. Aber aus diesem zahnlosen Tiger muss endlich eine durchsetzungsbereite Raubkatze werden. Wer sich nicht an das Gesetz hält, muss sanktioniert werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sozialistische Zwangspolitik, wie immer! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dummer Mann!)

Ein weiteres Problem möchte ich zum Schluss noch ansprechen: Gewalt gegen Frauen. Seit Jahren gibt es nur Betroffenheitsreden, aber wenn es um echte Verbesserungen geht, ist angeblich nie genug Geld da. Alles andere ist grundsätzlich wichtiger.

Ja, die Mittel wurden im letzten Doppelhaushalt aufgestockt. Aber es reicht vorn und hinten nicht. Die Beratungsstellen sind völlig unterfinanziert, die Aufgaben und die Aufwände sind in den letzten fünf Jahren massiv gestiegen, und wir brauchen dringend mehr Frauenhausplätze. Obwohl das Land eine umfangreiche Bedarfsanalyse in Auftrag gegeben hat, werden daraus nicht die finanziell notwendigen Konsequenzen gezogen. Ich bin dankbar, dass Bundesministerin Giffey aktiv wird und der Bund sich an der Finanzierung beteiligen wird. Das aber entbindet Land und Kommunen nicht von der eigenen Verantwortung.

Zu diesem Bereich gehört auch die sexuelle Ausbeutung von Frauen durch Zwangsprostitution. Die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes ist nicht optimal. Aber mir und meiner Partei geht es auch um etwas ganz anderes. Die Tatsache, dass über 90 % der Frauen nicht freiwillig in der Prostitution arbeiten, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Wir überlassen diese Frauen skrupellosen Verbrechern, die deren Körper ausbeuten, verkaufen und am Ende auf den Müll werfen. Die SPD Baden-Württemberg ist vorangegangen und hat hierzu einen Beschluss gefasst, der ein wichtiger Anfang ist und hoffentlich bald viele Nachahmer in den Bundesländern und auch im Bund findet. Frauen und ihre Körper kann man nicht kaufen. Der Käufer, also der Freier, muss dafür bestraft werden. Wir sehen: Die Baustellen sind zahlreich, die Veränderungen aber erfolgen zu langsam.

Wenn wir uns mal in der Politik umschaun, sehen wir: Dort ist es auch nicht viel besser. Wir Frauen sind nicht analog unserem Bevölkerungsanteil politisch vertreten.

(Abg. Anton Baron AfD: Auf der Baustelle doch auch nicht! – Gegenruf des Abg. Daniel Born SPD: Was ist denn das für ein Kommentar? – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ist doch so! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die wollen das vielleicht gar nicht!)

Auch hier brauchen wir deutlich mehr Frauen, die auch wirklich die Chance bekommen, etwas machen zu können.

(Abg. Carola Wolle AfD: Gehen Sie mit gutem Beispiel voran!)

– Das sagen Sie in Ihrer Partei gerade zu Recht.

Ich träume also weiter in der Hoffnung, dass sich immer mehr Männer anschließen und Frauen gleichgestellt und gleichwertig leben können und vor Ausbeutung und Diskriminierung geschützt werden, und zwar für immer.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sozialistische Zwangsmaßnahmen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wolle, bitte, für die AfD.

(Abg. Anton Baron AfD: Unser Präsidium könnte auch männlicher sein! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wer nichts kann, braucht Quote! – Gegenruf des Abg. Georg Nelius SPD: Halten Sie mal die Klappe jetzt!)

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! 1911 gingen in Deutschland, Österreich, Dänemark und auch in der Schweiz Frauen erstmals für die Durchsetzung ihrer Rechte auf die Straße. Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Frauen in der Tat gravierend benachteiligt und in ihren Rechten deutlich eingeschränkt.

Daher war die Einführung des Frauenwahlrechts eine der Hauptforderungen der protestierenden Frauen. Das Frauenwahlrecht ist für uns heute eine Selbstverständlichkeit. Auch wenn diese Forderung in Deutschland bereits 1919 erfüllt wurde, so war es doch noch ein langer Weg hin zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. So durften Frauen erst ab 1958 ohne Einwilligung ihres Ehemanns ein eigenes Bankkonto eröffnen,

(Abg. Anton Baron AfD: Das waren noch Zeiten! – Abg. Bernd Gögel AfD: Das war ein großer Fehler! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wie blöd muss man eigentlich sein? – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

und ab 1977 durften sie endlich auch ohne Erlaubnis ihres Ehemanns arbeiten. Von diesen Zuständen sind wir – Das ist so gewesen.

(Carola Wolle)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir meinen Ihren Kollegen! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Verstehen Sie keinen Spaß?)

Von diesen Zuständen sind wir heute glücklicherweise weit entfernt. Junge Frauen und Mädchen können sich heute gar nicht mehr vorstellen, welchen Einschränkungen ihre Urgroßmütter noch ausgesetzt waren. Als Symbol der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau wird daher seit dem 8. März 1921 der Internationale Frauentag gefeiert. Er ist auch in einigen Ländern ein Feiertag.

Doch inzwischen wurden die Themen von der ursprünglichen Forderung nach gleichen Rechten zunehmend ideologisiert. Aus der berechtigten Forderung nach Gleichberechtigung wurde schleichend die Forderung nach Gleichstellung. Doch was ähnlich klingt, ist in der Praxis noch lange nicht dasselbe. Denn auch in die Debatte um Frauenrechte hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten das Gift des Gender-Mainstreamings eingeschlichen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Schon Simone de Beauvoir vertrat die Meinung – Zitat –:

Weil Frauen ... unterdrückt wurden, müssen Frauen ihre weibliche Identität verleugnen, um in den Genuss der gleichen Privilegien wie die Männer zu kommen.

Getreu diesem Motto werden die Unterschiede zwischen Mann und Frau inzwischen gesellschaftspolitisch wegdefiniert, und falls sie dennoch erkennbar sind, kommt die Gleichstellung zum Zug.

Eine Frau, die lieber ihre Kinder erzieht, statt berufstätig zu sein, wird heute als Heimchen am Herd diskriminiert. Mädchen werden mittels Girls' Day klassische Männerberufe und Jungs mittels Boys' Day klassische Frauenberufe geradezu schmackhaft gemacht.

Damit die Vorstände von DAX-notierten Unternehmen gleichgestellt besetzt sind, sollen Quoten eingeführt werden – im Parlament ja sowieso. Interessant dabei ist, dass die Nominierung von Frau Eisenmann ganz ohne Quote möglich war. Qualität setzt sich eben durch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Dieses Beispiel zeigt vor allem eines: An die Stelle der Befreiung der Frau von Zwängen sind heute neue Zwänge getreten. Der Befreiung der Frau auf dem Weg der Gleichberechtigung folgt die Einschränkung der Freiheit der Frau durch die Gleichstellung. So haben sich die Urmütter der Frauenbewegung das sicherlich nicht vorgestellt.

Eigentlich müssten wir Frauen heute wieder auf die Straße gehen, um gegen die erneute Einschränkung unserer Freiheit zu kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Folgen dieser fatalen Entwicklung sind inzwischen allorten unübersehbar. Das gesellschaftliche Leitbild der in Vollzeit berufstätigen Frau setzt Mütter unter Druck, ihre Kinder

frühestmöglich ganztägig in eine Krippe oder in eine Kindertagesstätte abzugeben, und zwar auch schon in den wichtigen ersten drei Lebensjahren, obwohl wissenschaftlich nachgewiesen ist,

(Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Eben nicht!)

dass das familiäre Umfeld für Kinder in den ersten drei Lebensjahren enorm wichtig ist,

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Dazu gehören aber auch Männer! Erziehungsverantwortung! – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

um die Bindungsfähigkeit zu entwickeln. Vor dem Recht der Frau auf gleiche Teilhabe am Berufsleben muss das Recht der Kinder auf familiäre Fürsorge, Erziehung und auf seelische Unversehrtheit offenbar zurückstehen. Die Folgen sind u. a. an dem ständig steigenden Heer von Sozialpsychologen in den Schulen klar erkennbar.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft zerbricht an dem Postulat der Gleichstellung.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: So sieht es aus!)

Sind wir Frauen denn eigentlich wirklich glücklicher geworden? Wohl kaum. Die steigende Zahl von Herzinfarkten bei Frauen spricht hierzu eine deutliche Sprache.

Männer und Frauen sind von Geburt an unterschiedlich, also nicht gleich. Dies betrifft sowohl unsere Körper als auch unsere Psyche.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

Unser Geschlecht ist im Gegensatz zu dem, was die wirren Gendertheorien besagen, kein soziales Konstrukt, sondern biologisch festgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Daher ist es nicht verwunderlich, dass Männer und Frauen oftmals unterschiedliche Neigungen und Interessen haben

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist auch gut so!)

und dass sich dies auch in der Berufswahl widerspiegelt. Die Existenz klassischer Männer- und Frauenberufe ist daher kein Beleg für die Diskriminierung der Frauen.

Werden Frauen bei der Erlangung von Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung auch heute noch diskriminiert? In kaufmännischen Berufen und in der Verwaltung sind Frauen deutlich auf dem Vormarsch. Da Frauen technische Berufszweige eher weniger anstreben, sind sie dort tatsächlich unterrepräsentiert.

Gibt es eine gläserne Decke tatsächlich nur für Frauen? Tatsache ist, dass Mütter, aber inzwischen auch Väter, die nach der Erziehung ihrer Kinder wieder in den Beruf einsteigen, ihre Kollegen auf der Karriereleiter wohl kaum werden einholen können.

(Carola Wolle)

Doch was ist eigentlich wichtiger für unsere Gesellschaft: geschlechtlich paritätisch besetzte Führungsgremien oder die verantwortungsvolle Erziehung der Kinder?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so sieht es aus!)

Hier haben Radikalfeministinnen und Genderideologen die Maßstäbe deutlich verschoben. Jede Frau soll selbst entscheiden können, ob sie Kinder erziehen oder ob sie Karriere machen möchte.

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Also Entweder-oder nach Ihrer Auffassung?)

Entscheidet sie sich für die Karriere, so dient sie der Gesellschaft in Wirtschaft und Verwaltung. Entscheidet sie sich für Kinder, so dient sie der Gesellschaft durch Erhalt der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft selbst.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Born SPD: Hauptsache, sie dient in Ihrer Welt! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ist dienen etwas Schlechtes? – Gegenruf des Abg. Daniel Born SPD: Also, das ist eine schlechte Welt, die da zum Ausdruck kommt!)

– Können Sie bitte mal mit Ihren Zwischenrufen aufhören? Ich habe das gleiche Recht wie Sie auch.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es wäre toll für das Klima im Saal, wenn Sie sich hier mal dienlich verhalten würden. Das wäre richtig super.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich diene dem Parlamentarismus! Nachhilfestunde, Frau Präsident!)

Abg. Carola Wolle AfD: Dass sie in der Wirtschaft dafür bezahlt wird, die Erziehung von Kindern aber schon fast ein Armutrisiko darstellt, ist ein Armutzeugnis für diese Gesellschaft und muss dringend korrigiert werden. Dafür sollten wir Frauen auf die Straße gehen.

Wenn Sie uns jetzt wieder ein rückwärtsgewandtes Familienbild vorwerfen,

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Das bestätigen Sie doch gerade!)

so schauen Sie doch ganz einfach mal in die Shell-Jugendstudie vom letzten Jahr. 54 % aller Zwölf- bis 25-Jährigen favorisieren demnach das männliche Versorgermodell. Davon bevorzugen 10 % das Modell des männlichen Alleinversorgers und weitere 44 % das Modell eines männlichen Hauptversorgers. Das passt Ihnen nicht. Das sind aber klare Fakten.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Vollends ad absurdum wird diese Situation durch die Forderung nach Quoten geführt. Steht bei der Existenz einer Quote für eine Position neben einer Vielzahl von Männern nur eine Frau zur Verfügung, so wird schon ganz zwangsmäßig diese Frau genommen,

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Bei gleicher Qualifikation!)

obwohl ihre Mitbewerber unter Umständen besser qualifiziert wären.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Falsch! Ganz einfach falsch! – Abg. Sabine Wölflé SPD: Nein! Das ist nicht wahr, was Sie da sagen! – Weitere Zurufe – Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Umgekehrt kann sich jede gut qualifizierte Frau dem Vorwurf ausgesetzt sehen, nur aufgrund ihres Geschlechts genommen worden zu sein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr richtig!)

Damit komme ich zum Schluss.

(Zuruf: Endlich!)

Die Forderungen der frühen Frauenbewegung sind heute noch fast vollumfänglich erfüllt. Frauen sind in unserem Land Männern gegenüber eben längst gleichberechtigt. Die Frauenbewegung wurde inzwischen ideologisch-feministisch unterwandert, um unter dem Deckmantel der Gleichstellung das soziale Ideal des neuen Menschen zu schaffen – nicht des freien, sondern des „richtigen“ Menschen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Die Frauen sollten dies erkennen und zurückweisen. Sie sollten sich die Freiheit, die sie sich erkämpft haben, nicht wieder wegnehmen lassen. Ebenso sollte die Gesellschaft endlich den Beitrag der Mütter, aber auch der Väter, den sie zur Erziehung der Kinder leisten, gebührend würdigen

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

und endlich zu einer Familienpolitik zurückkehren, die Familien nicht finanziell benachteiligt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Nun zu Ihnen, Frau Wehinger. Selbstverständlich sollten Gewalt und Hass in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

(Abg. Georg Nelius SPD: Aber?)

Und zum Thema „Gender Pay Gap“: Es ist ein ganz typischer Frauenberuf, sich in sozialen Bereichen wie z. B. in der Pflege zu engagieren.

(Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Ah! Typisch Frau! Nichts kapiert! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nichts kapiert!)

Dann muss man vielleicht auch mal so konsequent sein und sagen: Wenn man gleiche Bezahlung haben möchte, dann ist es schon lange überfällig, dass diese sozialen Berufe besser bezahlt werden.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nichts kapiert!)

(Carola Wolle)

Aber dann müssen Sie auch die Konsequenz eingehen, dass z. B. Krankenkassenbeiträge steigen.

(Abg. Dorothea Wehinger und Abg. Sandra Boser
GRÜNE: Nichts kapiert!)

Das können dann Sie, sehr geehrte CDU, sehr geehrte SPD, im Bund umsetzen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE:
Nichts kapiert!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Haußmann, bitte, für die FDP/DVP.

(Abg. Anton Baron AfD: Schon mal ein Schritt in die
Gleichstellung!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerinnen haben auf die Entstehung des Internationalen Frauentags auf Vorschlag der Politikerin Clara Zetkin hingewiesen. Die Vereinten Nationen haben den Weltfrauentag dann auch immer als Tag für den Weltfrieden begangen und begehen ihn bis heute für den Weltfrieden. Schon aus diesem Grund hat dieser Tag nichts an Aktualität verloren. Ein Blick auf die vielen Krisen auf unserem Erdball zeigt, wie wichtig der Internationale Frauentag auch im Jahr 2020 ist.

Letztes Jahr blickten wir auf die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland vor 100 Jahren zurück. Viele Politikerinnen haben sich damals und auch in der Folge für die Gleichberechtigung eingesetzt. Ich erinnere an Marie-Elisabeth Lüders, die sich vehement für die Frauenrechte eingesetzt hat, u. a. auch für die Zulassung von Frauen zum juristischen Staatsexamen.

Ich will das zum Anlass nehmen, mich hier auch namens der FDP/DVP-Landtagsfraktion – ich glaube, ich spreche da für alle hier im Parlament – ausdrücklich bei allen zu bedanken, die sich für die Frauenrechte in Deutschland und auf der ganzen Welt, zum Teil auch unter Gefahren, einsetzen. Heute ist der Tag, um auch dafür Dank zu sagen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Seither wurde sicher viel für die Gleichberechtigung erreicht. Wir erinnern uns an den Bilanzbericht 2015 zum Chancengleichheitsgesetz. Hier konnten wir zumindest eine gute Entwicklung konstatieren. Zu dieser Zeit betrug der Frauenanteil in der Landesverwaltung 58,3 %. Der Anteil der weiblichen Angestellten und der Beamtinnen im gehobenen Dienst lag mit 48 bis 73 % auch in einem guten Durchschnitt. Aber die Frauenanteile bei den obersten Landesbehörden und im höheren Dienst waren nach wie vor nicht auf dem Niveau, das das Chancengleichheitsgesetz vorgibt.

Ich darf heute schon eine Ankündigung machen. Ich bin Ausrichter des nächsten Frühstücks für die weiblichen Abgeordneten und freue mich, dass wir die kommunalen Chancengleichheitsbeauftragten im Juni zum Gespräch bei uns haben. Ich glaube, auch aus kommunaler Sicht gibt es da etliche Themen, die wir dann auch diskutieren sollten.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der
Grünen, der CDU und der SPD)

Es steht außer Frage: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Ich verweise nur einmal auf die doch etwas zaghafte Umsetzung der Istanbul-Konvention, beispielsweise was den Ausbau der Frauenhäuser – ein ganz wichtiges Thema auch in Baden-Württemberg – betrifft. Ich nenne auch die Thematik der pflegenden Angehörigen – ausdrücklich auch der pflegenden Mütter – von Menschen mit Behinderungen, von behinderten Kindern, ein Thema, das wir auch in der Enquetekommission „Pflege“ intensiv aufgegriffen hatten. Gender Pay Gap und Gender Care Gap wurden hier auch diskutiert –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das gibt
es doch gar nicht, Herr Kollege!)

nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in vielen anderen Ländern ein wichtiges Thema.

Aber noch viel zu häufig stoßen Frauen beim Aufstieg in Spitzenpositionen an eine gläserne Decke. Ein Grund neben starren Rahmenbedingungen sind sicherlich auch ein immer noch traditionelles Bild und Verständnis der Arbeitswelt mit vielen Abendterminen und einer Präsenzkultur. Da bietet sicherlich auch die Digitalisierung eine neue Chance und eine neue Perspektive, was die Flexibilität der Arbeit und die Teilhabe am Beruf anbelangt. Deswegen ist es auch für uns wichtig, dass wir uns für den Ausbau des schnellen Internets, für gute Breitbandanschlüsse bis zu den privaten Haushalten aussprechen, weil wir dadurch die Möglichkeit haben, bessere Ergebnisse und eine bessere Förderung zu erreichen.

Wer diesen Weg geht, wird belohnt; denn wir können keinesfalls auf das Potenzial der Frauen verzichten.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der
Grünen, der CDU und der SPD)

Dabei ist der Fachkräftemangel ja nur ein Aspekt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gibt es
doch gar nicht, Herr Kollege!)

Er ist erwiesen. Die FDP/DVP hat in der letzten Legislaturperiode eine Große Anfrage zu dem Thema Diversity gemacht. Wir wissen, dass gerade gemischte Teams in Unternehmen, in Organisationen unter dem Stichwort „Vielfalt“ deutlich bessere Ergebnisse hervorbringen, dass wir dadurch viele Vorteile haben. Wer sich eine erfolgreiche Personalstrategie und Personalentwicklung zum Ziel setzt, muss auch das Thema Vielfalt berücksichtigen. Dazu gehören Frauen, das Geschlecht, sexuelle Identität, Religion, Behinderung und Herkunft. Wir wissen von Unternehmen in Baden-Württemberg, die international aufgestellt sind, wie wichtig ihnen das Thema Diversity ist.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie sind
doch ein Liberaler! Das passt doch gar nicht!)

Bereits unter Schwarz-Gelb – lieber Herr Dr. Fiechtner, da waren Sie leider noch nicht im Landtag – –

(Heiterkeit und Zurufe, u. a. Abg. Udo Stein AfD: Da
war er noch bei der FDP!)

(Jochen Haußmann)

Wenn Sie da schon im Landtag gewesen wären, würden Sie jetzt weniger Zwischenrufe machen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das glaube ich nicht!)

Denn die erfolgreichen Kontaktstellen „Frau und Beruf“ wurden ja schon vor vielen Jahren eingeführt. Viele Projekte und Maßnahmen – Frauen in MINT-Berufen, Girls' Day, Frauenwirtschaftstage, Frauenförderungen, Führungsfunktionen, Teilzeitausbildung – sind wichtige Aktionen,

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

um auch hier die Förderung voranzutreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentags eine Studie in Auftrag gegeben: Wie sieht es denn mit weiblichen Vorbildern in Schulbüchern für den Bereich Wirtschaft aus? Die Erkenntnis war, dass in diesen Schulbüchern Unternehmerinnen und Managerinnen so gut wie nicht vorkommen, sondern stattdessen die traditionellen Rollenbilder. Wir sehen also, dass es sehr viele Facetten gibt. Insofern besteht auch im Bereich der Bildungspolitik

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

unter dem Stichwort Wirtschaftsschulbücher die Notwendigkeit, auch die neuen Entwicklungen abzubilden, weil diese traditionellen Rollenbilder uns dabei nicht helfen.

Über die FDP-Landtagsfraktionen führen wir inzwischen einen sehr intensiven Austausch zu frauenpolitischen Themen, der eine ganze Bandbreite frauenpolitischer Probleme umfasst. Wir haben daraus ein Programm unserer liberalen Stiftungen zur Förderung der politischen Teilhabe entwickelt, aber auch zur Förderung von Führungsverantwortung in diesem Bereich.

Die damalige Bundesbehindertenbeauftragte Verena Bentele hat 2017 in einem Interview mit der „VdK-Zeitung“ bewertet, wie sie international die Situation bezüglich des damaligen Internationalen Frauentags sieht. Sie sagte – ich zitiere –:

Meine Note: eine „Zwei minus“. In Deutschland kann ich als Frau selbstbestimmt leben. Das ist in vielen Regionen der Erde nicht so.

Aber mit Sorge – die teile ich auch – sieht sie die Gewalterfahrungen von Frauen und Mädchen, die aus ihrer Sicht auch bei Frauen und Mädchen mit Behinderungen an der Tagesordnung sind. Wir haben auch hier an dieser Stelle schon einige Beispiele gehört, wie viele Mädchen und Frauen Opfer von körperlicher oder seelischer Gewalt, auch häuslicher Gewalt wurden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Männer auch!)

Darüber hinaus sind Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution, Genitalverstümmelungen Themen, die uns täglich vor Augen führen, wie wichtig der Weltfrauentag ist.

Insofern herzlichen Dank für diese Debatte.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

(Zurufe, u. a.: Mehrfach! – Richtig! – Gut zuhören! – Gegenruf: Genau!)

Fassen Sie sich bitte kurz.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Am 8. März wurde in osteuropäischen Ländern und Teilen Mitteldeutschlands der Internationale Frauentag begangen. Ein Grund zur Freude, könnte man meinen, denn ich bin selbst ein ausgesprochener Freund der Frauen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oje!)

Ich finde sogar, in jeder Beziehung und Ehe sollte eine vorhanden sein.

Es geht den Blockfraktionen dieses Hauses jedoch mitnichten um die Ehrung der Frauen, sondern um plumpe feministische Propaganda, die einer zunehmenden Infantilisierung und Banalisierung unserer Gesellschaft entspringt.

Lassen Sie uns gemeinsam einige Fakten betrachten, wie es tatsächlich um das Wohl der Frau und ihre angebliche Benachteiligung bestellt ist.

In den westlichen Ländern, in denen von vielen Fraktionen des Hauses vermeintlich frauenfeindliche Benachteiligung gewittert wird, gibt es wesentlich mehr weibliche als männliche Abiturienten, Studienabgänger mit Bachelor und Master und auch mehr weibliche Doktoranden. Die westliche Welt hat es geschafft, Frauen phänomenale Bildungschancen mit auf den Weg zu geben, und die allermeisten nutzen diese Chancen auch.

Männer sind statistisch in anderen Bereichen stärker vertreten, beispielsweise bei Arbeitsunfällen, Suiziden, Schulausschlüssen, Disziplinarurteilen

(Vereinzelt Heiterkeit)

oder Gefängnisaufenthalt. Das ist kaum verwunderlich, denn Schulen und Universitäten wurden in den letzten Jahrzehnten immer mehr an weibliche Denkstrukturen angeglichen. Buben werden in unseren Schulen strukturell benachteiligt und für ureigenstes natürliches Verhalten – wie sich zu raufen oder zu prügeln – von meist weiblichen Sozialarbeitern – „eideidei“ – niedergemacht.

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

Meine Redezeit reicht nicht, dies ausführlich zu erläutern. Sehen Sie sich hierzu die Vorträge von Vera Birkenbihl auf YouTube an.

Viele linke Politiker beklagen, dass Frauen bei vermeintlich gleicher Arbeit immer noch weniger verdienen als Männer. Diese Unterstellung ist genauso böse wie falsch. Tatsächlich verdienen Frauen durch Mutterschutz, Elternzeit und ihre wertvolle und wichtige Arbeit als Mütter und Hausfrauen nur insofern weniger, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte kommen Sie jetzt zum Schluss, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... als dass die wenigsten Frauen in Anstellungsverhältnissen in Vollzeit arbeiten; sie arbeiten eher halbtags und stundenweise. Der Stundenlohn hingegen ist stets identisch.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen. Wir haben ja vorhin schon viel von Ihnen gehört.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich in meiner Arztpraxis würde beispielsweise einem männlichen Fachangestellten – sogar Ihnen – niemals mehr bezahlen als einer weiblichen Sprechstundenhilfe, nur weil es sich um –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ja, Frau Präsident.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir haben heute schon so viel von Ihnen gehört. Sie haben jetzt die Redezeit auch überzogen. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich würde Sie, Frau Kurtz, bitten,

(Zuruf von der SPD: Jetzt reicht's!)

endlich Maß zu halten und Ihrer Funktion als Präsidentin endlich in neutraler Weise nachzukommen.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Redezeitende gilt auch für Sie!)

Es ist unerträglich, wie Sie hier –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir stellen jetzt das Mikrofon ab.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] wird das Mikrofon abgeschaltet. – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Zuletzt möchte ich Ihnen sagen: Nicht die #MeToo-Bewegung bekämpft wirkliche Unterdrückung von Frauen! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Abtreten! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Auch keine Hetzjagden gegen Männer, die dem gepflegten Herrenwitz nahe stehen!)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben mich jetzt falsch angesprochen, und Ihre Redezeit ist um. Bitte verlassen Sie jetzt das Redepult.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Dies alles steht in keinem Verhältnis zu den Leiden, die junge Mädchen und Frauen zu erleiden haben!)

– Sie hören jetzt bitte auf.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Es ist unerträglich, wie Sie die parlamentarische Führung innehalten! – Gegenruf von der SPD: Sie sind unerträglich!)

Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie wollten sich auch noch zu Wort melden.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich! – Unruhe)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Vielleicht müsste ich jetzt nicht reden, wenn Herr Dr. Fiechtner hätte ausreden dürfen. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Wölfler, Sie sagen, Ihr Kollege hätte damals 500 DM mehr bekommen. Warum unterstellen Sie Ihrem Chef automatisch, dass er dies aus böser Absicht getan hat? Könnte es nicht sein, dass Ihr Kollege einfach besser war als Sie?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie hat doch begründet, warum! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Carola Wolle AfD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie müssen doch dem Arbeitgeber die Freiheit geben, zu entscheiden, wie er seine Mitarbeiter entlohnt.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Wenn er einen Arbeitnehmer für besser hält, muss er dies doch dürfen. Es ist doch irgendwie männerfeindlich, wenn man dem Arbeitgeber von vornherein unterstellt, er würde das nur aus Frauenfeindlichkeit tun.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Was ist denn das für ein Männerbild – so frage ich –, Frau Wölfler?

(Abg. Daniel Born SPD: Sie haben nichts verstanden! – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Frau Wehinger, „die Frauen werden auf die Rolle der Mütter zurückgedrängt“. Diese Aussage erstaunt mich besonders, weil Sie auch Mutter sind. Frauen werden doch nicht „zurückgedrängt“. Das ist emporgelassen. Als Mann sage ich: Ich beneide die Rolle der Mutter. Es ist eine Ungleichheit der Natur, dass Kinder zu 100 % von Frauen geboren werden. Wenn es um eine Geburt geht, können wir Männer nicht mitreden. Ich war bei den Geburten meiner Kinder dabei und muss sagen: Ich stand immer ganz klein daneben.

(Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Haben Sie sie hinterher auch aufgezo-gen?)

Frauenfeindlichkeit sei ein Wesen rechter Politik, sagen Sie, Frau Wehinger. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Männerfeindlichkeit ist ein Wesen linker Politik. Das geht bis in die Medizin hinein. Nehmen Sie das Beispiel der Ritalin-Therapie bei ADHS, für hypermobile Kinder. Über 90 % der Kinder, die Ritalin erhalten, sind Jungen. Die Jungen haben mehr Bewegungsdrang, sie wollen auf Bäume steigen. In einer Umwelt, die gegenüber Männern und Jungen feindlich eingestellt ist, werden sie bestraft. Die Ideologie des Feminismus reicht also bis in die Medizin hinein. Es ist eine Sauerei, was mit der Ritalin-Therapie mit den Jungen gemacht wird! Das muss man einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte! Solche Begriffe sind auch nicht in Ordnung.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Verstehen Sie kein Deutsch? – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Da sind Sie aber sehr streng mit mir. – Vor ein paar Tagen war ich in Magdeburg, einer Stadt – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen, Herr Abg. Dr. Gedeon. Bitte beachten Sie das Display.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich wollte nur noch auf die Rolle der Frauen im ottonischen Kaisertum hinweisen. Mathilde, Adelheid – die Frau Ottos des Großen – und andere ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): ... waren große Frauen, die die deutsche Geschichte mit geprägt haben – aber das ohne Quote. Sie haben keine Quote gebraucht und haben Großes geleistet, meine Damen und Herren. Daran sollten wir uns orientieren.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Regierung darf ich Frau Staatssekretärin Mielich ans Redepult bitten.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Jetzt kommt die Staatssekretärin! Jetzt kommt wieder Ruhe in das Haus!)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Danke. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank auch vonseiten der Regierung für diese Debatte. Ich finde, sie hat gezeigt, wie wichtig es ist, sie hier in aller Deutlichkeit zu führen.

Ich beginne mit Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes:

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Das ist Versprechen, das ist Vision, und das ist der Auftrag, den wir in unserer demokratischen Gesellschaft haben. Wir müssen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern eintreten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Alle, die wir hier leben, wissen – meine Vorrednerinnen haben einige Beispiele genannt –, der Fortschritt ist eine Schnecke. Diese Vision, die damals, vor über 70 Jahren, im Grundgesetz verankert worden ist, hat dazu geführt, dass langsam, aber sicher bestehende strukturelle Benachteiligungen aufgelöst worden sind. Das letzte Beispiel, das uns alle sehr beschäftigt hat,

ist die Einführung der Strafbarkeit der häuslichen Gewalt in der Ehe. Im Jahr 1998 – man muss sich das einmal vorstellen: es ist gerade einmal 22 Jahre her – ist Gewalt in der Ehe unter Strafe gestellt worden. Ich möchte nur ganz kurz daran erinnern, wie unglaublich kontrovers die Diskussion im Deutschen Bundestag gewesen ist, bevor dies überhaupt unter Strafe gestellt wurde; aber das war wirklich überfällig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen immer wieder deutlich sagen, dass die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren auch die Grundlage dafür gewesen ist, dass wir mittlerweile Frauenrechte deutlich besser erkämpft haben. Aber ich sage einmal ganz kritisch auch an die Adresse der CDU und an die Adresse der lieben Kollegin Frau Martin: Es ist wunderbar, dass wir eine Bundeskanzlerin haben, es ist auch wunderbar, dass wir eine EU-Ratspräsidentin haben. Möglicherweise freuen Sie sich auch sehr, sollte es gelingen, im nächsten Jahr eine baden-württembergische Ministerpräsidentin zu wählen.

(Beifall bei der CDU)

Aber man könnte auch sagen: Wir haben in dieser Legislaturperiode die Chance vertan, die Reform des Landtagswahlrechts auf die Bühne zu heben und diese tatsächlich zu verabschieden, damit mehr Frauen als bisher im baden-württembergischen Landtag vertreten sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe)

Das wäre die eigentliche Herausforderung gewesen – also nicht immer nach oben zu schauen, was da alles so möglich ist, sondern zu fragen: Was haben wir hier im Parlament für praktische Rechte und Möglichkeiten, um dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt in diesem Parlament sitzen und beide den gleichen Anteil von Stimmen haben?

(Beifall bei den Grünen)

Es ist immer die Frage von Macht und Einfluss. Ich finde, da brauchen wir uns überhaupt nicht wegzuducken. Es ist immer die Frage von Macht und Einfluss, und natürlich bedeutet eine andere Verteilung der Geschlechter in einem Parlament, dass es auch eine andere Verteilung von Macht gibt. Aber genau diesen Schritt müssen wir tun, und den müssen wir in Baden-Württemberg ganz dringend tun. Der ist längst überfällig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Staatssekretärin, Frau Abg. Wolle hat eine Zwischenfrage. Darf sie sie stellen?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Nein, danke.

(Zurufe von der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich bitte um Ruhe im Raum. Der Geräuschpegel ist sehr hoch geworden.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ich habe eben deutlich angesprochen, dass Vergewaltigung in der Ehe und häusliche Gewalt seit 22 Jahren strafrechtlich verfolgt werden. Wir ha-

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

ben jetzt seit fast drei Jahren die Ratifizierung der Istanbul-Konvention in Deutschland. Das ist für uns, für Deutschland, Verpflichtung – und zwar für alle politischen Ebenen –, aktiv zu werden.

Ja, Frau Wölflle, Sie haben die Initiative der Familienministerin Giffey angesprochen, die uns in der Tat unterstützt. Das muss ich schon sagen. Es ist eine gute Unterstützung, dass sich der Bund auch an der investiven Förderung der Frauenhäuser beteiligt. Wir brauchen diese Unterstützung.

Aber ich möchte auch einmal sagen: Wir haben erstmalig in diesem Doppelhaushalt insgesamt 12 Millionen € zusätzlich – frisches Geld – zur Verfügung gestellt, um den Ausbau von Frauenhausplätzen ordentlich nach vorn zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das ist, finde ich, erst einmal ein großer Erfolg.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Staatssekretärin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Balzer zu?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Nein.

(Zurufe, u. a. von der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Vorsagen gilt nicht!)

– Ich kann immer noch selbst beurteilen, ob ich eine Zwischenfrage gestatte oder nicht.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich habe das leider wieder nicht verstanden. Aber ich bitte, das Wort jetzt vorn am Pult zu lassen.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Wie bitte?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie haben das Wort, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Wunderbar. – Jetzt haben Sie mich ein bisschen aus dem Konzept gebracht. Aber das macht nichts.

(Abg. Anton Baron AfD: Das macht nichts! Genau!)

Ich wollte nur einmal darauf hinweisen: Wir haben diese 12 Millionen € frisches Geld zur Verfügung gestellt, und wir haben damit auch die Erarbeitung einer Konzeption verbunden. Es ist ganz entscheidend, dass wir nicht nur mehr Frauenhausplätze schaffen, sondern auch die Frauenberatungsstellen deutlich besser ausstatten, dass wir mit dem Konzept der Second-Stage-Projekte auch dafür sorgen, dass sich Frauen, die aus dem Frauenhaus herauskommen, noch in einem geschützten Rahmen bewegen können und da auch Unterstützung finden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Diese Projekte bringen wir jetzt nach vorn. Es ist uns ein ganz großes Anliegen, dass wir hier einen ganz wesentlichen Schritt vorwärtskommen.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit Ihnen, gemeinsam mit der SPD, den Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen umgesetzt und auf den Weg gebracht. Er

enthält 35 Maßnahmen, die weiterhin nach vorn gebracht und auch finanziert werden. Deshalb ist dieser Bereich bei uns in sehr guten Händen.

Frau Wölflle, Sie haben das Chancengleichheitsgesetz angesprochen. Auch das ist ein Projekt der letzten, grün-roten Landesregierung. Es ist in der vorletzten Sitzung der vorherigen Legislaturperiode zustande gekommen. Ich möchte schon einmal sagen: Es gab eine SPD-Frauenministerin, es gab einen SPD-Finanzminister, und dass das Chancengleichheitsgesetz so ausgefallen ist, wie es ausgefallen ist, lag ganz entscheidend an diesen beiden.

(Beifall bei den Grünen und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch – Abg. Sabine Wölflle SPD meldet sich.)

Wir haben damals vereinbart: Es gibt nach drei Jahren eine Evaluation. Wir machen diese Evaluation. Wir bringen sie jetzt ein. Bereits im Vorfeld der Evaluation haben wir mit sämtlichen betroffenen Gruppierungen, z. B. auch mit den kommunalen Chancengleichheitsbeauftragten, gesprochen. Wir haben einen ganzen Pool von Verbesserungsvorschlägen, die bereits eingereicht worden sind und die wir einarbeiten. Aber wir müssen das natürlich auch in einen wissenschaftlichen Kontext stellen – das ist uns ganz wichtig –, damit wir dann auch eine entsprechende Basis haben, um die Verbesserungen aufgrund der Konsequenzen, die aus der Evaluation gezogen werden können, nach vorn zu bringen.

(Unruhe bei der CDU-Fraktion)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung. Ich möchte die Herren von der CDU bitten, ein bisschen aufmerksamer und ruhiger zu sein. Da tagen im Moment sehr viele „Arbeitsgruppen“.

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen)

Herr Abg. Dr. Scheffold, bitte!

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es ist hier zu unruhig. Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. – Danke schön.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Das Chancengleichheitsgesetz wird evaluiert, das Chancengleichheitsgesetz wird auch noch in dieser Legislaturperiode evaluiert. Wir können dann in der nächsten Legislaturperiode die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. So ist jetzt der Zeitplan.

Ich möchte aber noch einmal auf ein Thema eingehen, das zum Teil auch in den Reden, die wir hier heute hören mussten, sehr deutlich geworden ist. Das ist das Thema „Gleichstellung kontra Gleichberechtigung“. Es ist eine sehr künstliche Gegenüberstellung, wenn man sagt: „Wir haben die Gleichberechtigung, wir wollen aber keine Gleichstellung.“ Wo ist denn die Gleichstellung und wo die Gleichberechtigung, wo fängt das eine an und hört das andere auf?

Das, was hier in den Reden zum Teil auch sehr deutlich geworden ist, ist, dass den Frauen abgesprochen werden soll, dass sie die gleichen Anteile am gesellschaftlichen, am politischen und am wirtschaftlichen Leben als Selbstverständlich-

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

keit haben und das Recht darauf auch einklagen können. Es soll gesellschaftlich eine Rolle rückwärts gemacht werden, indem Frauen angeblich vor die Wahl gestellt werden. De facto ist es aber so, dass sie wieder in ihre biologische Funktion zurückgedrängt werden sollen,

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Fragen Sie Frau Wölle!)

indem glorifiziert wird, wie toll es ist, dass sie Kinder kriegen, und wie großartig es ist, wenn sie Kinder erziehen. Kinder müssen von Frauen und Männern gleichermaßen erzogen werden – von Müttern und von Vätern.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Es ist eben nicht richtig, zu sagen, dass Frauen diejenigen sind, die für diese Bereiche zuständig sind, die für die ganzen Sorgebereiche zuständig sind und auch noch die Pflegeberufe abbilden sollen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ein Gehalt reicht doch schon nicht mehr!)

Nein, auch das sind Bereiche, für die Frauen und Männer gleichermaßen verantwortlich sein müssen. Denn das sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die müssen von allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Gesellschaft erledigt werden.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ganz besonders hässlich – so muss ich einmal sagen – wird es dann, wenn aufseiten der AfD,

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

ganz besonders von dem Kollegen Palka, in einer Kleinen Anfrage gesagt wird, er hätte Sorge, dass die Islamisierung unseres Landes durch Geburten verstärkt wird, und dann Fragen gestellt werden, die in die Richtung gehen: Wie viele deutsche Frauen gebären Kinder? Wie viele Frauen mit islamischem Hintergrund gebären Kinder?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das abzufragen und dazu Daten erhalten zu wollen, das – so finde ich – ist ein Zeichen dafür, wie rassistische Tendenzen auch hier im Parlament Einzug halten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Was ist daran rassistisch? Das ist eine Unverschämtheit! Was hat das mit Rassismus zu tun? Unglaublich, Frau Präsidentin! – Gegenruf der Abg. Sabine Wölflé SPD: Schämen Sie sich dafür, oder was? – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dem stellen wir uns ganz deutlich entgegen. – Leider ist es doch nicht so ruhig geworden, wie Sie gehofft haben, Herr von Eyb.

Als demokratische Kräfte in diesem Haus sind wir dazu aufgerufen, diese Tendenzen deutlich zurückzuweisen

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und da deutlich die Rote Karte auszuspielen. Wir brauchen eine Politik, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, die sich gegen Rassismus zur Wehr setzt und die vor allem auch diese antifeministischen Tendenzen ganz deutlich zurückdrängt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wir haben dazu in der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz im letzten Jahr beschlossen, eine Arbeitsgruppe auf den Weg zu bringen, die genau das zum Ziel hat. Denn es macht Sinn, da eine Strategie zu entwickeln, damit nicht jeder Landtag und auch nicht jede Landesregierung das für sich allein macht. Vielmehr sollten wir uns da gemeinsam in den Austausch begeben und Strategien entwickeln, wie wir diese rechten Tendenzen im Netz deutlich bekämpfen können.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie ist es mit Anschlägen auf Abgeordnete?)

Ich möchte als Letztes noch auf das Thema „Digitale Gewalt“ eingehen. „Digitale Gewalt“ ist ein Thema, das zunehmend Raum greift und das auch deswegen zunehmend Raum greift, weil es eine ganz geringe Hemmschwelle hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist einfach, sich an den Computer zu setzen, frauenfeindliche Mails zu posten

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und damit Personen, ganz besonders Frauen, persönlich anzugreifen. Sich dieser Hasssprache – Hate Speech –

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

entgegenzustellen ist ein ganz zentrales Ziel der Politik der Landesregierung,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das propagieren Sie doch hier!)

um diese antifeministischen Tendenzen deutlich zu bekämpfen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich komme zum Schluss. Ich finde, dass es wichtig ist, dass wir noch mal den Bogen schlagen zu den Fragen „Was ist unser Auftrag?“, „Was ist unser Auftrag in dieser Gesellschaft?“, „Was ist unser Auftrag in der Politik und im Landtag von Baden-Württemberg?“ Wir setzen auf eine vielfältige Gesellschaft, wir setzen auf eine bunte Gesellschaft,

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist Ihre Meinung!)

wir setzen auf eine Gesellschaft der Toleranz

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Eine kaputte Gesellschaft! Das ist Ihr Ziel!)

und der Menschenrechte. Frauenrechte sind Menschenrechte, und Frauenrechte sind unteilbar.

(Abg. Anton Baron AfD: Wen meinen Sie mit „wir“?)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch Hetze, was Sie betreiben, absolut! Das war wirklich Hass und Hetze! Unglaublich!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Frau Abg. Wolle, Sie haben keine Redezeit mehr. Das geht nur, wenn Sie noch Redezeit haben.

(Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe – Zurufe, u. a.: Schade!)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Debatte ist damit beendet.

Wir treten in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:31 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:31 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 4** unserer Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema ist von der Fraktion der AfD gemeldet:

Extremismus in Baden-Württemberg

Hierzu darf ich Frau Abg. Dr. Baum das Wort erteilen.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Frau Präsidentin! Herr Minister Strobl, auf einer sogenannten Strategiekonferenz der Linkspartei wurde u. a. geäußert:

Wir müssen diesen parlamentsfixierten Abgeordnetenbetrieb schwächen. Und das machen wir damit, dass wir feststellen, was die Aufgaben einer Linken sind: Staatsknete im Parlament abgreifen, Informationen aus dem Staatsapparat abgreifen, der Bewegung zuspieren, den außerparlamentarischen Bewegungen das zuspieren ... Es gibt in jeder Stadt eine vernünftig operierende Antifa, da könnt ihr mal die ganze Kohle hinpacken.

Von der Leitung hieß es daraufhin:

Vielen Dank, ihr seid sehr solidarisch.

Herr Strobl, inwiefern sind derartige Äußerungen in die Bewertung der Linkspartei durch das Landesamt für Verfassungsschutz mit welchem Ergebnis eingeflossen oder werden zukünftig berücksichtigt?

Im Rahmen eines Neujahrsempfangs Ihrer Partei, Herr Strobl, haben Sie geäußert, dass Ihr größtes politisches Missverständnis gewesen sei, zu glauben, dass Nazis in Deutschland keine Rolle mehr spielten, heute säßen diese jedoch im Landtag direkt neben Ihnen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Ja!)

Da Sie ja nun kein gewählter Landtagsabgeordneter sind und nur einen Platz auf der Regierungsbank haben, frage ich Sie, wen Sie damit eigentlich meinten. Ich sehe immer nur Herrn Kretschmann neben Ihnen sitzen

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

und frage Sie deshalb, ob ich recht in der Annahme gehe, dass Sie ihn aufgrund seiner Vergangenheit als Anhänger von Mao als Nazi identifizieren. Wenn nicht, bitte ich Sie, uns mitzuteilen, auf wen sich Ihre Aussage sonst bezogen hat, und auch, mit welchen konkreten Erkenntnissen Sie dies begründen.

(Zurufe der Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE und Gerhard Kleinböck SPD)

Noch eine Frage zum Flüchtlingsrat: Ich habe gestern eine Antwort Ihres Ministeriums zu den linksextremen Umtrieben des Flüchtlingsrats erhalten. Darin legen Sie dar, dass es für Sie, Herr Strobl, kein Problem darstelle, wenn Organisationen wie der Flüchtlingsrat mit vom Verfassungsschutz beobachteten und gewalttätigen Gruppierungen Demonstrationen durchführten, auf denen Sie, Herr Minister, auch noch persönlich beleidigt werden.

Nicht nur das: Ihr Ministerium überweist dem Flüchtlingsrat auch noch jedes Jahr gutes Steuergeld.

Ich gehe wohl recht in der Annahme, dass Sie es anders beurteilen würden, wenn eine Partei etwa mit der gewaltfreien Identitären Bewegung demonstrieren würde. Wie erklären Sie uns diese unterschiedliche Bewertung?

Wie sind Sie damit umgegangen, dass auf einer Demonstration unter Beteiligung des Flüchtlingsrats unsere Polizisten wahrnehmbar auf einem Transparent als „Mörder“ und „Rassisten“ bezeichnet wurden? Was haben Sie diesbezüglich unternommen? Was unternehmen Sie gegen den Flüchtlingsrat, wenn Polizisten, die für unsere Sicherheit täglich ihren Kopf hinhalten, als „Rassisten“ und „Mörder“ bezeichnet werden?

Vielen Dank.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da klatscht noch nicht mal die eigene Fraktion! – Gegenruf von der AfD: Wieso sollte man da klatschen? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, das frage ich mich auch! Da gibt es nichts zu klatschen! Da haben Sie recht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Fragen, warum ich mich veranlasst gesehen habe, meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, dass in diesem Parlament wieder Nazis vertreten sind, und die Tatsache, dass ich mir vor einigen Jahren und Jahrzehnten nicht hätte vor-

(Minister Thomas Strobl)

stellen können, dass dies in deutschen Parlamenten der Fall ist, haben damit zu tun, dass in der Fraktion der AfD – nicht bei allen; schon gar nicht gilt dies für alle Wählerinnen und Wähler der AfD – der Rassismus, der Antisemitismus und leider auch Nazis ihren Platz haben. Das bedaure ich sehr.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf von der SPD)

Darüber hinaus, Frau Abg. Dr. Baum, haben Sie die Sicherheitslage in unserem Land angesprochen. Unser oberstes Ziel in Baden-Württemberg ist es, Anschläge zu verhindern. Das ist uns jede Anstrengung wert. Dass wir in Baden-Württemberg in den letzten Jahren von einem schweren Anschlag verschont geblieben sind, das verdanken wir auch der exzellenten Arbeit unserer Sicherheitsbehörden, bei denen ich mich an dieser Stelle erneut bedanken möchte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Eine besonders aktuelle Herausforderung ist im Übrigen, Frau Abg. Dr. Baum, der Rechtsextremismus, der weiterhin geprägt ist durch Agitation gegen „Überfremdung“ und „Islamisierung“. Die jüngsten Anschläge von Halle und von Hanau sowie der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Lübcke belegen auf blutige Art und Weise die anhaltend hohe Gefahr durch rechtsterroristische Ereignisse. Auf diese Gefahr habe ich seit vielen Jahren immer und immer wieder hingewiesen.

Gleichzeitig findet eine Entgrenzung des Rechtsextremismus statt. Mischszenen mit Öffnung zum Rechtsextremismus entstehen, neurechte und islamfeindliche Bewegungen bekommen immer mehr Auftrieb. Das Internet wird zunehmend für rassistische und antisemitische Hetze, für Hasskommentare und Gewaltaufrufe missbraucht. An die Stelle traditioneller rechtsextremistischer Organisationsformen tritt zunehmend ein virtueller Rechtsextremismus, der die Verfassungsschutzbehörden vor enorme Herausforderungen stellt.

Auch jeder Form des Antisemitismus, Frau Abg. Dr. Baum, begegnen wir seitens der Landesregierung mit aller Konsequenz. Für die Polizei hat der Schutz jüdischen Lebens höchste Bedeutung, sowohl hinsichtlich der Sicherheitslage als auch des Sicherheitsgefühls der hier lebenden Menschen jüdischen Glaubens.

Der Schutz jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist mir ein persönliches Anliegen, und ich weiß: Bei unseren Polizistinnen und Polizisten und unseren Sicherheitsbehörden genießt diese Aufgabe – zu Recht – eine besondere Priorität. Wir halten auch einen engen Kontakt zu jüdischen Organisationen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich selbst habe nach dem Anschlag in Halle veranlasst, dass der Ministerrat sofort, unverzüglich in einem Kabinettsbeschluss außerhalb des normalen Haushaltsplans – das machen wir nur in ganz besonderen Situationen; aber das war eine solche besondere Situation – 1 Million € als Sofortmaßnahme für Sicherheitsmaßnahmen genehmigt. Dieses Geld ist im Übrigen zwischen den Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und in Württemberg entsprechend verteilt worden; es ist dort angekommen.

Das zeigt – das Parlament hat es ja jedenfalls mit großer Mehrheit dann auch so genehmigt –, dass wir in einer solchen Lage auch außerplanmäßig und schnell handlungsfähig sind. Das war wirklich etwas, wo schnelle Hilfe gute Hilfe war. Dafür bin ich sehr dankbar. Es ist auch in den israelitischen Gemeinden sehr positiv aufgenommen worden, dass wir das so tun konnten.

Mit dem Sonderprogramm Rechtsextremismus wurden 25 zusätzliche Stellen beim Landesamt für Verfassungsschutz und 30 Stellen bei der Polizei geschaffen, jährlich 5 Millionen € und einmalig weitere 1,3 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Die Konsequenz daraus, dass – ich sagte es eingangs schon – unsere Sicherheitsbehörden konkrete Anschläge verhindern, zeigte sich erst in diesen Tagen wieder: Am 14. Februar wurden wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung 13 Wohnobjekte im ganzen Bundesgebiet durchsucht und zwölf Personen festgenommen. Das aktuelle Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, welches federführend durch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg bearbeitet wird, zeigt: Wir haben das relevante Personenspektrum fest im Blick und gehen konsequent dagegen vor.

Weiterhin gibt es natürlich Gefahren durch islamistisch motivierten Terror in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg. Das bleibt unverändert eine Daueraufgabe für unsere Sicherheitsbehörden. Trotz leicht sinkender Fallzahlen in diesem Bereich liegt die Anzahl der islamistischen Gefährder in Baden-Württemberg derzeit weiter im hohen zweistelligen Bereich.

Ganz entscheidend, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Bekämpfung des Terrorismus – unabhängig von der politischen Motivation – sind wirksame Instrumente für unsere Sicherheitsbehörden. Diese reichen von der Früherkennung extremistischer Gewalttäter über die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen einer intensiven Gefährderüberwachung bis hin zu Deradikalisierungsmaßnahmen. Selbstverständlich schöpfen wir auch aufenthaltsbeendende Maßnahmen in diesem Bereich vollumfänglich in Baden-Württemberg aus. Der „Sonderstab gefährliche Ausländer“, den ich im Januar 2018 im Innenministerium eingerichtet habe, leistet diesbezüglich eine exzellente Arbeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Froh und dankbar bin ich auch, dass wir in Baden-Württemberg beim Thema Waffen vorangekommen sind. Es war und ist meine klare Ansage: Keine Waffen in die Hände von Verfassungsfeinden!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Gegenüber Reichsbürgern und Selbstverwaltern haben wir das in Baden-Württemberg wie kein anderes Land in Deutschland konsequent gemacht und solchen Leuten inzwischen über 300 Schusswaffen

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

abgenommen.

Auf Initiative des Landes Baden-Württemberg wurde in die aktuelle Waffenrechtsnovelle eine Regelung aufgenommen,

(Minister Thomas Strobl)

wonach Mitglieder verfassungsfeindlicher Vereinigungen automatisch als unzuverlässig gelten. Darüber hinaus wird die Regelanfrage bei der zuständigen Verfassungsschutzbehörde gesetzlich verankert. Zukünftig können wir damit noch wirksamer als bisher verhindern, dass Extremisten Zugang zu legal erhältlichen Waffen erhalten. Das ist ein wichtiges Anliegen von mir gewesen. Damit setzen wir in der behördlichen Praxis seit einigen Jahren in Baden-Württemberg um, was die richtige Maxime ist. Wir haben jetzt auch im Bundesrecht auf meine Initiative hin verankern können, dass Extremisten keinen Zugang zu „Legalwaffen“ haben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Zudem, verehrte Kolleginnen und Kollegen, widmen wir uns auch der schwierigen Aufgabe, Extremisten aus der Szene herauszuholen. Deswegen gewinnt die Arbeit des Konnex immer mehr an Bedeutung. Die Ausstiegsberatung bildet hier neben der Sensibilisierung von Multiplikatoren und der Vernetzung ein Herzstück unserer Arbeit. Wir haben neben der Ausstiegsberatung Islamismus auch mit der Ausstiegsberatung Rechtsextremismus begonnen. Wir wollen das auch auf den linksextremistischen Bereich – gegebenenfalls auch auf weitere Phänomene – erweitern.

Sie sehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind auf vielen Feldern bereits mit Hochdruck dabei, ein klares Signal gegen Extremismus – woher auch immer – zu senden.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen klar sagen: Gegen Extremisten, egal, welcher Couleur, gehen wir seitens der Landesregierung mit aller Konsequenz vor. Wir haben die Sicherheitslage fortlaufend im Blick und passen unsere Maßnahmen den aktuellen Entwicklungen entsprechend an, egal, ob es sich um linksextremistischen, rechtsextremistischen oder islamistischen Terror und die damit verbundenen Gefahren handelt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, es gibt weitere Fragen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD begibt sich zu einem Saalmikrofon.)

– Moment, Frau Abg. Dr. Baum, Sie sind noch nicht dran. Warten Sie bitte einen Moment. Es gibt mehrere Wortmeldungen.

Zuerst kommt Herr Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Seit meiner Wortmeldung sind einige meiner Fragen vom Innenminister schon beantwortet worden.

Herr Innenminister, ich möchte Sie aber – auch zur Erhellung der Fragestellerin – bitten, uns noch einmal darzulegen, was die grün-schwarze Koalition seit 2016 unter Ihrer Federführung getan hat, um das Landesamt für Verfassungsschutz als Frühwarnsystem der Demokratie gegen Extremismus jeglicher Art und aus jeglicher Richtung strukturell besser aufzustellen.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das hat er schon getan! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat er doch gerade!)

– Ich sage ja, er hat einen Teil schon gesagt, aber noch nicht alles.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das hat er schon gesagt! Einen Teil nochmals umfassender! – Abg. Andreas Stoch SPD: Er soll es noch einmal erklären! Die Wiederholung, dass es sich besser setzt! Altes pädagogisches Prinzip! – Abg. Anton Baron AfD: Diese Scheinfragen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Minister Strobl hat das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Abg. Blenke, wir haben das Landesamt für Verfassungsschutz seit 2016 beständig gestärkt, im Übrigen auch dank der Unterstützung der Koalitionsfraktionen, die uns die entsprechenden personellen und sächlichen Mittel nicht im vollen gewünschten Umfang, aber doch sehr ordentlich zur Verfügung gestellt haben.

Herausheben möchte ich – das gehört in diesem Zusammenhang zwingend dazu –, dass ich sehr froh und dankbar bin, dass wir unsere Sicherheitsbehörden insgesamt, namentlich aber das Landesamt für Verfassungsschutz, mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 signifikant stärken können. Dank dieses Doppelhaushalts werden dem Landesamt für Verfassungsschutz 25 neue Stellen zugehen können. Ungefähr die gleiche Anzahl – etwas mehr –, 30 Stellen, werden wir zusätzlich bei der Landespolizei in der Fläche installieren können. Das sind also 25 zusätzliche Stellen beim Landesamt für Verfassungsschutz und 30 Stellen in der allgemeinen Polizeiorganisation, insbesondere zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Dieser doch signifikante Stellenzuwachs beim Landesamt für Verfassungsschutz hat uns in die Lage versetzt, im LfV eine zusätzliche Abteilung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu installieren. Es ist dringend notwendig, dass wir uns in einer eigenen Abteilung auf Phänomene des Rechtsextremismus konzentrieren.

Das hat mit neuen Erscheinungen zu tun, die es vor einigen Jahren – jedenfalls in dieser Dimension – in Baden-Württemberg noch nicht gegeben hat, beispielsweise die Reichsbürger und Selbstverwalter. Das hat mit zusätzlichen neuen Beobachtungsobjekten des Landesamts für Verfassungsschutz zu tun, beispielsweise mit der Beobachtung von Teilen der AfD – Stichwort Flügel, Stichwort JA, Junge Alternative.

Durch diese zusätzlichen Aufgaben ist das Landesamt für Verfassungsschutz natürlich auch personell zusätzlich gefordert. Deswegen bin ich dem Landtag von Baden-Württemberg dankbar, Herr Abg. Blenke, dass es diesen Stellenaufwuchs im Doppelhaushalt 2020/2021 – jedenfalls durch Beschluss der Koalitionsfraktionen – gegeben hat und wir unsere Sicherheitsbehörden, insbesondere die Landespolizei und das Landesamt für Verfassungsschutz, für diese wichtigen Sicherheitsaufgaben zusätzlich signifikant stärken können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön!)

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrter Herr Minister, von meiner Seite habe ich eine Frage, die im landläufigen Sinn auch das Thema Extremismusprävention betrifft, nämlich Extremismusprävention in der Landesverwaltung, namentlich in Ihrem Haus.

Sie hatten in dieser Woche auf der Regierungspressekonferenz die Causa Ringo M. aufgerufen bzw. wurden dazu befragt. Kurz einführend: Ringo M. war derjenige Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz, der zugleich Mitglied von Uniter war. Uniter wird aktuell – zumindest kann man das dem Pressebericht entnehmen – vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Prüffall deklariert.

Nach langem Hin und Her wurde die Person Ringo M. aus dem Verfassungsschutz heraus innerhalb der Landesverwaltung versetzt. Jetzt haben Sie auf der Regierungspressekonferenz gesagt, dass Sie selbst erfahren haben, dass Ringo M. mittlerweile bei der Landespolizei arbeitet, und haben dann gesagt, dass Sie veranlasst haben, dass er dort jetzt aber in einem administrativen Bereich arbeitet.

Jetzt habe ich drei Fragen an Sie. Die erste lautet: Wann, wo und durch wen haben Sie erfahren, dass er jetzt bei der Landespolizei arbeitet? Zweitens: Wenn Sie ihn in den administrativen Bereich haben versetzen lassen, hat er ja vorher in einem nicht administrativen Bereich in der Landespolizei gearbeitet. Da würde ich gern von Ihnen wissen: Welcher Bereich war das? Und last, but not least die dritte Frage: Wo arbeitet Ringo M. jetzt im Bereich der Landespolizei?

Vielen Dank.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin! Die Fragen des Abg. Weirauch beinhalten Tatsachen, die so nicht zutreffend sind. Beispielsweise habe ich niemals gesagt, dass diese Person im administrativen Bereich tätig ist. Wenn Sie schon zitieren, müssen Sie das schon präzise zitieren.

Außerdem ist zumindest die dritte Frage eine Frage, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die Persönlichkeitsrechte der betreffenden Person tangiert. Ich bin gern bereit, Herr Abgeordneter, den Kolleginnen und Kollegen des Innenausschusses gegebenenfalls in einer entsprechend geschützten Sitzung über diese Fragen Auskunft zu geben, so, wie ich das in der Vergangenheit immer getan habe.

Eines weise ich jedoch mit Entschiedenheit zurück: dass es bei mir in dieser Frage irgendwann ein langes Hin und Her gegeben hat. Wenn es aus meiner Sicht Entscheidungen in diesem Bereich zu fällen gegeben hat, wurden diese vielmehr absolut schnell und sehr konsequent getroffen. Darauf können Sie sich auch absolut verlassen.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Kann ich eine Zusatzfrage stellen?)

Präsidentin Muhterem Aras: Eine Zusatzfrage, ja.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das würde ich gern tun. – Sie haben ja gerade angeführt, dass ich Sie nicht korrekt zitiert

hätte. Ich würde Sie bitten, dass Sie ausführen, wie ich Sie denn hätte korrekt zitieren müssen bezüglich der Landespresskonferenz.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Korrekt halt!)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abgeordneter, meine Bitte wäre einfach schon: Wenn Sie mich zitieren, zitieren Sie mich richtig. Sie werden ja wissen, woher Sie das Zitat haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Ich weiß schon noch gut, was ich gesagt habe.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Wiederholen Sie es doch einfach!)

Wenn Sie der Meinung sind, mich zitieren zu müssen, dann habe ich nur die herzliche Bitte, dass Sie es korrekt tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Es wäre für Sie jetzt nicht schwer, dass Sie dem Hohen Haus sagen könnten – Sie werfen mir vor, ich hätte Sie falsch zitiert, da können Sie doch jetzt einfach sagen: „Nein, Sie haben mich falsch zitiert, das habe ich gesagt“!)

– Und Sie, Herr Abgeordneter, hätten sich die Mühe machen können, wenn Sie mich schon zitieren,

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Habe ich doch zitiert!)

mich dann korrekt zu zitieren.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Kindergarten! Das ist doch Kindergarten!)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich glaube, wir kommen jetzt bei dieser Frage nicht mehr weiter.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wer so reagiert, hat ein schlechtes Gewissen! – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das spricht Bände!)

Herr Abg. Dr. Weirauch – –

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein, das spricht keine Bände, sondern das spricht einfach dafür, dass Sie sich offensichtlich nicht ausreichend auf die Fragestellung vorbereitet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist Ihre These!)

– Nein, das ist keine These, sondern das ist halt so.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie erklären sich gegenüber der Landespresskonferenz, aber hier nicht! Das ist kein Respekt vor dem Parlament!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren!

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Doch, das ist schon Respekt vor dem Parlament. Ich fordere allerdings schon ein, Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, dass man, wenn man mich hier zitiert, dies in einer korrekten Art und Weise macht.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Dann stellen Sie es doch richtig! Wer hindert Sie? – Gegenruf von der AfD: Das ist nicht seine Aufgabe!)

Ich habe in der Landespressekonferenz gesagt, dass diese Person jetzt nicht mehr in einem sicherheitsrelevanten Bereich arbeitet. Das ist ein Unterschied zu dem, was Sie hier in die Welt gesetzt haben.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: „Nicht mehr“! Vorher hat er in einem sicherheitsrelevanten Bereich gearbeitet! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Innenausschuss, Herr Kollege!)

Bleiben wir mal dabei, dass Ihr Zitat jedenfalls nicht korrekt gewesen ist. Das halten wir hier einfach mal fest.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Klären Sie doch alles auf! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Er hat doch angeboten, das im Innenausschuss zu tun!)

– Das habe ich ja gerade.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich habe weitere – – Moment! Herr Kollege Blenke, Sie sind auch nicht dran. Vielen Dank.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Entschuldigung!)

Ich habe weitere Wortmeldungen, und zwar zunächst von Frau Abg. Dr. Baum.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Herr Minister Strobl, Sie alle wissen ja, dass wir uns vehement gegen Extremismus in jeder Form einsetzen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ein Gerücht! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Selbstverständlich! – Gegenruf der Abg. Sabine Wölfl SPD: Da müssten Sie ja gegen sich selbst sein!)

– Ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt. Das ist selbstverständlich für uns. – Deshalb freut es uns auch, dass Sie sich so stark im Kampf gegen den Rechtsextremismus einsetzen.

Aber Sie werden es mir nachsehen, dass wir natürlich auch ganz stark daran interessiert sind, dass Sie den Linksextremismus bekämpfen. Erst zuletzt war zu hören, dass wieder zwei Autos abgebrannt wurden, und zwar das Auto vom zweiten Vorsitzenden unserer Partei und das Auto eines Europaabgeordneten. Das betrifft zwar nicht Baden-Württemberg, aber es gibt ja mittlerweile statistische Auflistungen, die zeigen, dass AfD-Abgeordnete und sogar einfache AfD-Parteimitglieder ganz stark von linksextremistischen Anschlägen betroffen sind.

Deshalb frage ich Sie: Wann sehen Sie sich veranlasst, finanzielle Mittel auch zur Bekämpfung des Linksextremismus be-

reitzustellen? Was muss eigentlich noch geschehen? Ich denke, die körperlichen Angriffe und auch die Angriffe auf Sachen bzw. Gegenstände haben sich dermaßen ausgeweitet, dass es für jedes AfD-Mitglied und ganz besonders für die Abgeordneten gefährlich ist, einfach nur an einer Veranstaltung teilzunehmen. Oder wann gedenken Sie, eine eigene Abteilung zu Linksextremismus einzurichten? Ich denke, von der Ausweitung her ist die Gewichtung des Linksextremismus bestimmt ähnlich wie die des Rechtsextremismus.

Zu meiner zweiten Frage. Ich habe Sie ja darum gebeten, konkret zu sagen, wen aus der AfD-Fraktion – namentlich bitte – Sie als Nazi bezeichnen und wie Sie das auch begründen, mit welchen Aussagen oder mit welchen Handlungen.

Danke schön.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Abg. Dr. Baum, ich kann Ihnen wirklich versichern, dass wir selbstverständlich seitens unserer Sicherheitsbehörden, insbesondere seitens des Landesamts für Verfassungsschutz, den linksextremistischen Bereich sehr im Blick haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und zwar schon immer!)

Wir haben in den vergangenen Jahren – darauf weise ich im Übrigen mit großer Beständigkeit hin – auch eine steigende Anzahl von Linksextremisten in diesem Land, und wir haben auch eine beachtliche Zahl gewaltorientierter Linksextremisten in diesem Land, die insbesondere gegen Polizistinnen und Polizisten immer und immer wieder Gewalt ausüben. Das ist etwas absolut Verachtenswertes,

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Rüdiger Klos AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Sehr gut!)

was selbstverständlich seitens der Sicherheitsbehörden in diesem Land auch konsequent verfolgt wird.

Die Zahlen für 2019 – da bitte ich um Verständnis – werde ich im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik dann veröffentlichen. Aber die Zahlen aus den Jahren zuvor geben schon zu Besorgnis Anlass, sowohl was die Entwicklung des potenzierten Potenzials als auch was die Entwicklung des gewaltorientierten Potenzials auf der linksextremistischen Seite angeht. Deswegen haben wir auf diese Entwicklungen ein außerordentlich scharfes Auge, gerade auch hier in Baden-Württemberg.

Ein Zweites kann ich Ihnen wirklich in aller Klarheit sagen: Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, egal, ob das nun Gewalt gegen Abgeordnete oder gegen andere Personen ist, jegliche Art der Gewalt, egal, ob sie rechts- oder linksextremistisch oder sonst wie motiviert ist, geht selbstverständlich überhaupt nicht. All diejenigen, die von solcher Gewalt betroffen sind, können sich darauf verlassen, dass die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg alles tun werden, um solche Gewalttaten aufzuklären und die Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage – das geht aber nur, wenn es eine kurze Frage und eine kurze Antwort ist –

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja! Wird ganz kurz!)

kommt von Herrn Abg. Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrter Herr Minister, ich habe eine Frage. Der Bundesinnenminister hat ja die Webseite „linksunten.de.indymedia.org“ verboten. Sie wissen, dort sammelt sich die Antifa und tauscht sich anonym aus. Das sind die Personen, die unsere Polizei angreifen und die auch gern auf Demonstrationen mit den Roten und Grünen zusammenstehen, wenn es gegen die AfD geht.

Ich möchte fragen: Warum ist die Seite noch online? Eigentlich wurde die Seite verboten. Warum ist diese Seite noch immer auf dem Server zu finden, warum ist sie noch immer auffindbar?

Nur kurz zum Inhalt von diesen Seiten: Dort wird zu Mord aufgerufen. Dort werden auch AfD-Politiker bedroht, und dort wird alles Mögliche publiziert, was wirklich menschenverachtend ist.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Danke schön, Frau Präsidentin. – Das seinerzeitige Verfahren ist mir natürlich wohlbekannt. Es wurden auch hier in Baden-Württemberg entsprechende Durchsuchungsmaßnahmen durchgeführt. Ich habe davon gehört, dass eine ähnliche Seite wieder im Internet zu finden ist, bin aber selbst jetzt nicht vollständig darüber informiert, ob das exakt dieselbe Seite ist und ob sie auch tatsächlich im Rechtssinne exakt von der Verbotsverfügung erfasst ist.

Aber seien Sie auch in diesem Punkt versichert, dass natürlich derartige Aktivitäten im Internet unseren Sicherheitsbehörden nicht verborgen bleiben, und dort, wo es eine Handlungsnotwendigkeit gibt, wird selbstverständlich auch konsequent das geahndet, was zu ahnden ist.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe zwar weitere Wortmeldungen, aber diese kann ich nicht mehr zulassen, weil die 30 Minuten für dieses Thema inzwischen voll ausgeschöpft sind. – Ich danke Ihnen.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Martin Grath GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der Fraktion GRÜNE:

Aktuelle Lage Coronavirus / SARS-CoV-2

Hierzu erteile ich Frau Abg. Krebs das Wort.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister! Vor einiger Zeit, am 5. Februar, hat die Fraktion GRÜNE hier eine Aktuelle Debatte zum Coronavirus ge-

startet. Wir wurden zu dieser Zeit noch belächelt, was an dieser Debatte aktuell sei. Mittlerweile hat uns die Aktualität eingeholt. Damals, am 5. Februar, waren noch keine Infizierten in Baden-Württemberg bekannt. Mittlerweile sind es über 300. Letzte Woche hat der Minister dazu in einer Regierungsinformation gesprochen. Da waren es 30. Das potenziert sich also sehr stark.

Vor zwei Tagen, am Montag, hat der Chef der Weltgesundheitsorganisation verkündet, dass aufgrund des weltweiten Anstiegs mittlerweile von einer Pandemie ausgegangen werden kann, hat aber gleichzeitig – das ist die gute Nachricht – gesagt: Das wird wohl weltweit die erste Pandemie sein, bei der wir die Möglichkeit haben, sie in den Griff zu bekommen.

In diesem Kontext, sehr geehrter Herr Minister, möchte ich Sie fragen, was der aktuelle Stand ist, wie Sie in Ihrem Haus die wichtige Aufgabe wahrnehmen, uns und unsere Bevölkerung vor dieser Infektion zu schützen.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Lucha das Wort.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Abg. Krebs, herzlichen Dank für die Frage. In der Tat, es ist eine außerordentlich dynamische Lage. Wir haben in Deutschland eine Fallzahl, Stand 10. März – wir bekommen heute Nachmittag wieder die nächsten Daten –, von 1 296 Infizierten. In Baden-Württemberg haben wir, Stand gestern Abend 17:52 Uhr, 277 Fälle mit positivem Testergebnis.

Das Robert Koch-Institut schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland derzeit insgesamt als „mäßig“ ein. Diese Gefährdung ist aber von Region zu Region unterschiedlich. Es gibt auch besonders betroffene Gebiete. Das ist der Landkreis Heinsberg in Nordrhein-Westfalen. Das Robert Koch-Institut beobachtet Risikogebiete und aktualisiert seine Einschätzung laufend.

Aktuell gelten als internationale Risikogebiete in China die Provinz Hubei inklusive der Stadt Wuhan, in Südkorea die Provinz Gyeongsangbuk-do – Nord-Gyeongsang –, in Frankreich ganz neu die Region Grand Est; diese enthält das Elsass, Lothringen und Champagne-Ardenne mit der Grenze zu Südbaden.

Wir können nach wie vor – –

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

– Vielleicht nachher. Ich kann aber sagen: Wir waren auch aktiv beteiligt, frühzeitig darauf hinzuwirken.

Bei der weit überwiegenden Zahl der Fälle können wir die Infektionsketten nach wie vor nachvollziehen. Bei 90 % der Covid-19-Fälle in Baden-Württemberg handelt es sich um Reiserrückkehrer aus Risikogebieten und deren Kontaktpersonen.

Ein wichtiges Thema – ich habe es angesprochen; Frau Kollegin Rolland, Sie sind eine Abgeordnete aus Südbaden – ist das Geschehen im benachbarten Elsass.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

(Minister Manfred Lucha)

Die französischen Behörden haben die Nachverfolgung der Kontaktermittlung aufgegeben – das war für uns sehr schwierig –, ausgehend von einem Treffen einer freikirchlichen Gemeinschaft. Wir haben daraufhin in Absprache mit dem Regierungspräsidium dazu aufgefordert, die Situation in dem Gebiet so zu behandeln, als wäre es ein Risikogebiet. Und jetzt ist es ein Risikogebiet.

Wir fordern also alle auf, die aus dem Gebiet kommen, eine 14-tägige häusliche Quarantäne zu halten und dann, wenn Symptome auftreten, telefonisch einen Arzt zu kontaktieren. Weil die Region dynamisch ist, hat das konkrete Auswirkungen z. B. auf die Arbeitsplätze – das weiß ich vom Europapark Rust und anderen –, wenn 14 Tage lang keine Kontakte mehr stattfinden können. Das ist natürlich eine große Herausforderung.

Sie wissen, dass Bundesminister Spahn am 8. März empfohlen hat, in den nächsten Wochen und Monaten Veranstaltungen mit mehr als 1 000 Teilnehmenden abzusagen. Wir haben uns dieser Empfehlung angeschlossen und haben jetzt in einem nächsten Schritt – im Vorgriff auf eine Verordnung, die eines etwas längeren organisatorischen Prozesses bedarf – einen Erlass herausgegeben, sodass die Kommunen jetzt klare Handlungsvorgaben haben.

Wir haben auch unisono die Rückmeldung erhalten, wie wichtig für sie diese konkreten Handlungsvorgaben sind. Ferner ging uns die Rückmeldung zu, dass die Kommunen selbst sich auch um Veranstaltungen mit weniger als 1 000 Teilnehmenden ganz intensiv kümmern. Denn nach wie vor – das sehen wir auch heute – Wir haben auch gesagt: Rückt bei Veranstaltungen die Stühle ein bisschen weiter auseinander. Und wir geben potenziellen Besucherinnen und Besuchern einer Veranstaltung den Hinweis, sich zu überlegen, ob sie Kontakt hatten, ob sie in einem Risikogebiet waren, ob sie vielleicht auch unspezifische Erkältungssymptome aufweisen. Wenn ja, sollten sie sich mit dem Besuch von Veranstaltungen zurückhalten.

Sie alle kennen die notwendige Aufforderung, die Hygieneetikette einzuhalten. Wir wissen auch um die guten Hinweise des Robert Koch-Instituts. Das können Sie übrigens auch alles auf unseren Webseiten – Frage/Antwort, Verhaltensregeln – nachlesen. Wir informieren rund um die Uhr, auch über unsere Hotline.

Tatsächlich können wir nicht sagen, ob ein Infizierter – theoretisch – zwei oder vier weitere Personen infiziert. Zwei wäre natürlich deutlich günstiger als vier. Es handelt sich um eine Tröpfcheninfektion. Es fällt runter. Wir können durch selbstverantwortliches Verhalten sehr viel steuern.

Ich bedanke mich auch ganz herzlich beim Verkehrsminister und seinem Haus. Das Ministerium wird jetzt entsprechende Piktogramme an den öffentlichen Verkehrsmitteln anbringen lassen. Es wird über Durchsagen auch noch einmal darauf hingewiesen,

(Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

dass man, wenn man beispielsweise in einem Bus sitzt, darauf achten sollte, einen gewissen Abstand zu anderen zu halten. Man muss auch nicht so eng gedrängt nebeneinander sitzen. Das sind die ganz praktischen Hinweise.

Wir hatten in der letzten Woche – das kann ich Ihnen vielleicht noch kurz berichten – ein Treffen der Gesundheitsministerinnen und -minister mit Bundesminister Spahn und haben versucht, die wichtigen Punkte, die uns betreffen, abuarbeiten. Wir hatten gestern Abend eine sehr ausführliche Telefonkonferenz. Dabei ging es auch noch einmal darum, wie wir mit Großveranstaltungen umgehen. Bis gestern gab es überwiegend Empfehlungen. Mittlerweile haben die Länder, die gestern noch auf Empfehlungen gesetzt haben, nachgezogen und gehen auch auf einen Erlass. Das soll zeigen: Wir agieren und senden Botschaften aus einem Guss.

Eines ist klar – Sie haben es in der heutigen Debatte auch sehr verantwortlich angesprochen –: Wir müssen die sogenannte Strategy of Containment so lange wie irgend möglich in ihrer Qualität erhalten, damit nicht eine größere Anzahl von Infektionen das Gesundheitswesen, das helfende System, zu einem bestimmten Zeitpunkt erheblich trifft.

Wir sind gerade mit Minister Spahn im Begriff, Schutzmaterialien zentral zu beschaffen. Wir selbst sind auch tätig. Nachher werde ich zwischen den Debatten wieder persönliche Telefonate mit den wichtigen Unternehmen im Land führen. Es gibt auch ganz klare Zusagen, Herr Kollege Schoch, für die Bundesregierung auch von Bundesfinanzminister Scholz, der in der letzten Woche ad hoc zunächst einmal 245 Millionen € zur Verfügung gestellt hat. Wenn wir jetzt in Deutschland die Produzenten von Schutzmaterial bitten, tätig zu werden, brauchen diese natürlich, wenn sie die Produktion hochfahren, Sicherheit, sowohl was die Länge der Produktion angeht als auch hinsichtlich der Kostenerstattung. All das, übrigens auch die steuerrechtlichen Fragen, wird zurzeit geklärt. Wenn es Sie interessiert, kann Ihnen Staatssekretärin Splett den Sachstand erläutern. Ihr liegen die aktuellen Beschlüsse vor. Somit sind wir in der Lage, dies gemeinsam hochzufahren und unsere Kontakte zu bündeln.

Wichtig ist ein gemeinsames Management der Intensivmedizin, auch wenn wir bei 90 % der Fälle moderate Verläufe zu verzeichnen haben. Vor allem junge Menschen werden es, Stand heute, gut wegstecken. Aber – das sehen Sie an den Bildern aus Italien, die teilweise wirklich dramatisch sind – vulnerable Gruppen, vorerkrankte, schwächere Menschen haben wirklich größte Probleme. Es gibt zu wenig Beatmungsplätze, zu wenig Personal für Beatmungsplätze.

Heute Morgen haben unsere Stäbe mit der BWKG gesprochen. Wir werden eine Steuerung betreiben, um uns in die Lage zu versetzen, Intensivkapazitäten zu bündeln und uns gegenseitig auszuhelfen. Damit wissen wir auch, wie die einzelnen Klinikstandorte, wenn es nötig ist – wenn es nötig ist –, auf diese Ressourcen zurückgreifen können. Beim Kollegen Strobl hat dasselbe im Hinblick auf eine Abklärung mit der Rettungskette stattgefunden, sodass, wenn beatmet transportiert werden muss, dies nahtlos geschehen kann. Auch dies wird in unsere Überlegungen einbezogen.

Wir haben einen kleinen Erfolg zu verzeichnen gehabt, indem die Apotheken in unserem Land nun wieder die Erlaubnis haben, Desinfektionsmittel auf Alkoholbasis herzustellen. Jetzt müssen wir sehr darauf achten, dass das Grundmaterial kommt und auch geeignet ist. Es wurde signalisiert, dass sich die Situation bessern wird. Sie sehen also: Wir arbeiten im Prinzip an allen Stellen. Nach wie vor geht es darum, die Versorgung aufrechtzuerhalten.

(Minister Manfred Lucha)

Zu den vulnerablen Gruppen zählen wir auch das Personal im Gesundheitswesen. Es geht darum, dieses zu schützen. Es entsteht immer wieder die Situation, dass Klinikpersonal infiziert ist, dass dieses aber, wenn es großflächig benötigt wird, nicht in Quarantäne und in den Rückzug gehen kann. Sie kennen die Überlegung der Charité, dass Infizierte, die keine Symptome haben, weiterhin – in Schutzkleidung – zur Arbeit gehen, weil wir diese Menschen nicht ersetzen können. Auch an diesen Plänen arbeiten wir. Ich habe es in der letzten Woche schon gesagt: Wir aktualisieren permanent unsere Pandemieplanung und werden die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen ausweiten.

Es gibt den Beschluss, dass wir die Geldmittel für die Materialien, die wir brauchen, verwenden können, aber auch, dass wir uns verwaltungsintern personell unterstützen.

Das alles sind die Punkte, die wir derzeit rundum – im eigenen Stab, im Lenkungskreis, im interministeriellen Verwaltungsstab – bearbeiten. Wir versuchen wirklich, alles Hand in Hand weiter umzusetzen. Wir haben am nächsten Montag wieder die Arbeitsgemeinschaft Corona, wo alle vertreten sind, u. a. auch die Krankenkassen. Ein Ergebnis unserer Arbeitsgruppe sind die mobilen Testzentren. Das alles sind Ergebnisse dieser Form der Bewältigung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Minister, Sie haben jetzt gerade noch einmal darauf hingewiesen, dass wir im Einklang mit dem RKI und mit Bundesgesundheitsminister Spahn noch die Containment-Strategie verfolgen, was zum heutigen Zeitpunkt sicher auch die richtige Strategie ist. Ihr Kollege Strobl hat gestern auch gesagt – es wäre auch gut so, wenn es so ist –, dass wir uns immer vor der Lage befinden.

Insofern stelle ich jetzt die Frage, inwieweit Sie der Meinung sind, dass diese Rückverfolgungs- und Eindämmungsstrategie noch trägt, und ob Sie sich zumindest schon gedanklich auch auf die nächste Phase – „Protection“ nennt sie sich, glaube ich – vorbereiten und wie dies kommuniziert werden soll.

Gestern gab es ja auch einen Konflikt mit Alexis von Komorowski, dem Hauptgeschäftsführer des Landkreistags. Aus meiner Sicht ist er in Sachen Gesundheitsfragen kein unbeschriebenes Blatt und durchaus kompetent. Insofern: Ist es nicht berechtigt, jetzt auch die Frage zu stellen, wann die nächste Stufe kommt?

Und ergänzend: Halten Sie es aus gesundheitspolitischer, gesundheitsfachlicher Sicht für angemessen, dass der Ministerpräsident eine solche Fragestellung derart niederbügelt?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Werter Herr Ausschussvorsitzender, lieber Kollege Hinderer, noch einmal: Auch in der Strategie des Robert Koch-Instituts, des Bundesgesundheitsministers und all unserer Lagen: Die vier Phasen sind nicht statisch. Containment ist die Grundvoraussetzung, selbst wenn wir dann bei Protection stärker – Und wir bereiten Protection vor. Die Maßnahmen habe ich Ihnen gerade genannt.

Die Grundvoraussetzung ist Containment, und deshalb sind wir nach wie vor in der Lage, dass wir wirklich kein freikurrierendes Virus haben. Bei den italienischen Kollegen hat es kein Containment gegeben. Ich beantworte jetzt nicht die Frage: „Warum gab es kein Containment?“, aber es gab kein Containment.

Auch in Südtirol gab es kein Containment. Meine Damen und Herren, ich bin gestern in einer deutschen Fernsehsendung von einem Moderator, der ein gebürtiger Südtiroler ist, kritisiert worden, warum wir die Sensibilität darauf gelenkt haben, Südtirol als Risikogebiet einzuordnen. Wenn alle Urlaubsheimkehrer aus dem Umkreis von Wolkenstein und Seis kommen und die bloß zwei Fälle kennen, die angeblich damit nichts zu tun haben, dann haben die kein Containment und konnten keine konkreten Hinweise geben, um die Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass ein Aufenthalt dort ein gewisses Infektionsrisiko birgt.

Bei uns ist es im Unterschied dazu so, dass wir bis auf ganz wenige Ausnahmen noch immer nachverfolgen können, noch immer Hinweise geben können. Es ist tatsächlich so: Alle Menschen, die entweder infiziert sind oder Sorge haben, infiziert zu sein, agieren außergewöhnlich kooperativ, verantwortungsbewusst, arbeiten mit und geben uns die Hinweise.

Deshalb geht es nicht darum: Containment endet, und Protection beginnt. Vielmehr ist es so: Containment muss bleiben, auch wenn Protection beginnt. Und das tun wir gerade. Die starken Maßnahmen unter dem Stichwort Protection sind ja die Hinweise, größere Veranstaltungen, größere Formen von Infektionsbegegnungen zu reduzieren. Das sind schon erste klare Protection-Hinweise. Darum, Herr Hinderer, sind wir da richtig unterwegs.

Zu dem, was der Geschäftsführer des Landkreistags gesagt hat: Wenn in einer Lage, in der wir viele Gremien haben, in der wir darauf angewiesen sind, die Bevölkerung mit einer Botschaft, mit einer Stimme zu informieren, und in der wir Woche für Woche mehrfach in großen und kleinen Runden zusammensitzen, solche Gedanken von dieser Stelle in dieser Form nicht artikuliert werden, diese dann aber über die Medien in einer vergleichsweise prononcierten Schärfe kommuniziert werden, dann entspricht das quasi dem alten Rollenspiel, das wir hier sonst bei den Haushaltsberatungen beobachten können – BTHG, Krankenhausfinanzierung. Da schiebt man Schubkarren voller Geld hinüber,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

und dafür hauen sie uns noch eins ans Schienbein. Das ist geübtes Rollenspiel im Normalprozess,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

aber nicht in der Bewältigung dieser Lage, wenn wir als Verantwortungsgemeinschaft sprechen müssen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es!)

Ich sehe auch die Kollegen der kommunalen Seite in diesem Punkt nicht als Organ der kommunalen Selbstverwaltung, sondern als Bestandteil der unteren sonderbehördlichen Arbeit. Da müssen wir abgestimmt agieren. Da verstehe ich auch den Ministerpräsidenten. Ich habe es auch in kleinerer Runde ge-

(Minister Manfred Lucha)

sagt: Es kann so nicht sein. So können wir nicht miteinander arbeiten. Wir müssen in den Botschaften für die Umsetzung – vor allem für die Bevölkerung und alle, die im Gesundheitswesen und in der Hilfekette tätig sind – eindeutig sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich habe heute mit einem Landrat geredet. Der hat gesagt, die Kommunen fragen: „Was gilt denn jetzt? Wir folgen dem, was das Gesundheitsministerium sagt, und unser eigenes Vertretungsgremium kritisiert das.“

Wir haben das also jetzt geklärt. Wir haben das ausgeräumt. Wir haben gestern Morgen um 11 Uhr gemeinsam eine wichtige Einschätzung zur Lage gehabt. Daran ist jetzt also ein Haken, und wir werden alles dafür tun, dass es solche Diskrepanzen nicht mehr gibt.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Weinmann hat das Wort.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr Minister, das Schließen von staatlichen Einrichtungen wird nicht mehr nur diskutiert, sondern in vielen Bereichen auch angeordnet. Gibt es in Bezug auf die Hochschulen dieses Landes konkrete Überlegungen, und, wenn ja, inwieweit sind auch Überlegungen angediehen, wie man beispielsweise mit dem Credit-Point-System verfährt? Gibt es da schon konkrete Überlegungen?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Die Wissenschaftsministerinnen und -minister haben jetzt in ihren Gremien beschlossen, den Hochschulbetrieb, das neue Semester, nach Ostern beginnen zu lassen. Wie die Kolleginnen und Kollegen auf der Wissenschaftsseite das mit den Credit Points handhaben, das kann ich Ihnen natürlich nicht sagen. Aber sie haben sich jetzt entschlossen, das neue Semester erst nach Ostern beginnen zu lassen.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine weitere Frage, und zwar von Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Minister, Sie haben in Ihrer Antwort auf meine letzte Frage darauf hingewiesen – diese Einschätzung teile ich –, dass eine einheitliche, geschlossene Kommunikation wichtig ist. Können Sie etwas dazu sagen, wie die einzelnen Häuser der Landesregierung, die Ministerien, mit nachgeordneten Behörden, mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren? Es gibt ja das Lagezentrum im Innenministerium. Ist das ein Filter, durch den alles geht, oder kommunizieren die einzelnen Häuser jedes für sich und zum Teil auch unterschiedlich? Welche Rückmeldungen haben Sie da z. B. von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern? Gibt es da welche, oder ist das alles so schlüssig, wie Sie es darstellen?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Herr Hinderer, Sie wissen, dass das Leben kein reines Labor ist, wo quasi keine Teilchen entschwirren.

(Heiterkeit des Abg. Andreas Kenner SPD)

Aber in der Tat ist der interministerielle Verwaltungsstab das Gremium, in dem wir klare Regularien absprechen, wer kommuniziert. Die oberste Landesgesundheitsbehörde ist das Ministerium für Soziales und Integration. Wir sind das zuständi-

ge Fachministerium. Wir haben die klare Fachaufsicht über die Gesundheitsämter. Wir steuern die fachliche Koordination.

Der interministerielle Verwaltungsstab unter der Leitung des Innenministeriums beobachtet die Lage mit einem Blick von oben. Mit dem dort zuständigen Abteilungsleiter haben wir einen der erfahrensten Männer in der Bewältigung von großen Lagen.

Wir stimmen uns ab. So stimmen wir uns z. B. ab, wenn die Kultusministerin Empfehlungen für die Schulen gibt. Sie haben heute die Forderung des Philologenverbands gelesen. Wir stimmen uns ab, weil wir beide diese Forderung für nicht richtig und für nicht angemessen halten. Ganz im Gegenteil, es wäre ein falsches Signal. Auf die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs wird bis zum Schluss verstärkt unser Fokus gerichtet. Temporäre Schließungen ja, aber nur dort, wo wir die Fälle kennen, aber nicht systematisch. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen: Bei 1,3 plus x Millionen Kindern in Schulen und in Kindertageseinrichtungen würden, wenn die Kinder nicht mehr in eine Schule gehen können, genau die Eltern zu Hause bleiben, die wir benötigen, um unsere kritische und pflegerische Infrastruktur am Laufen zu halten. Darum werden wir alles dafür tun, dort so genau hinzuschauen, dass der Schulbetrieb weiterläuft. Darum bemühen wir uns, und ich glaube, das gelingt uns.

Baden-Württemberg hat elf Millionen Einwohner, 1 100 Kommunen und 44 Stadt- und Landkreise. Wenn man einmal von ein paar Nebengeräuschen absieht, dann sind wir ein lernendes System, und wir reden offen. Meine Handynummer ist mittlerweile recht bekannt. Sie melden sich, auch wenn es kleine Störungen gibt.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, genau. – Herr Hinderer, ich bin der Meinung, dass wir versuchen, sehr nah beieinander zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt gibt es noch eine Frage von Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Nachdem die Zeit für die Behandlung des Themas der SPD-Fraktion in dieser Regierungsbefragung nicht mehr ausreicht, stelle ich jetzt noch einmal eine Frage zu diesem Thema.

Herr Minister, können Sie noch sagen, ob es spezielle Planungen gibt, was die Alten- und Pflegeeinrichtungen, Alten- und Pflegeheime, anbelangt? Das ist auch schon der Übergang zur nächsten Phase, zur Protection. In dieser muss es darum gehen, insbesondere vulnerable Gruppen – alte und erkrankte Menschen – zu schützen. Wir können ein Pflegeheim definitiv nicht wie eine Kindertagesstätte – was schwierig genug ist – oder eine Schule schließen. Wir können auch nicht sagen, dass die Pflegeheime irgendwann später anfangen, wie jetzt die Hochschulen, sondern sie müssen ihren Betrieb sicherstellen. Haben Sie hierzu eine konkrete Planung, zu der Sie etwas sagen können?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Herzlichen Dank für diese Nachfrage, die ist wirklich sehr

(Minister Manfred Lucha)

wichtig. – In Bad Rappenau, in einem Ihrer unmittelbaren Nachbarwahlkreise, mussten wir eine Altenhilfeeinrichtung

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Ja!)

unter eine betreute Quarantäne stellen.

Daraufhin haben wir letzte Woche bei den Gesundheitsministerkonferenzen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung den Auftrag erteilt, ein Curriculum zu erarbeiten, in dem es darum geht, wie wir jetzt mit unseren Altenhilfeeinrichtungen auch wieder gemeinsam, geschlossen umgehen, wie wir mit Infektionsfällen umgehen, wie wir mit der Sachlage umgehen, dass eventuell auch infiziertes Personal eingesetzt werden kann, das noch keine Symptome hat. Auf Zuruf liegt dieses Curriculum seit gestern Abend vor, und wir werfen es jetzt aus.

Herr Hinderer, ich hoffe, dass ich Ihnen vielleicht in der nächsten Sozialausschusssitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ – wenn Sie und die anderen Kollegen einverstanden sind – die ersten Kernpunkte aus dem Curriculum zitieren werde.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Vielen Dank.

Wir hätten zwar noch zwei Themen für die Regierungsbefragung, aber aufgrund der abgelaufenen Zeit können diese nicht mehr von mir aufgerufen werden.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums Baden-Württemberg (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/5979

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/7715

Berichterstatter: Abg. Siegfried Lorek

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die erste Lesung zu diesem Gesetzentwurf hatten wir im Mai 2019. Ich habe mich dazwischen einmal gefragt, ob die AfD an diesem Gesetzentwurf überhaupt festhalten will. Jetzt ist er fast ein Jahr später in der Zweiten Beratung. Ich hatte die Hoffnung, dass Sie zwischenzeitlich festgestellt haben, dass eine Rückkehr zu G 9 in der Form, wie Sie es vorgelegt haben, von keinem unterstützt wird und dass Sie daher an dem Gesetzentwurf gar nicht mehr festhalten wollen.

Ich habe mich getäuscht. Jetzt stehen wir heute wieder hier und diskutieren über einen Gesetzentwurf, der von draußen keinerlei Unterstützung hat, weil im Land niemand eine komplette Rückkehr zu G 9 will.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Seien Sie da nicht so sicher!)

Es gibt keinerlei Forderungen danach. – Ich bin mir da sehr sicher. Nicht einmal der Philologenverband will eine Rückkehr zu G 9, sondern er will die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz klar: Wir, die Fraktion GRÜNE, halten daran fest, dass nicht die Länge der Schulzeit entscheidend ist, sondern das pädagogische Konzept einer Schule. Daher möchten wir eine Rückkehr zu G 9 nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Ich möchte gern – auch anhand von Fakten – nochmals unterstreichen, warum das nach unserer Ansicht nicht notwendig ist. Wir haben G 8 seit 2005 bei uns im Land eingeführt. Eine Vielzahl von Schulen, von Gymnasien im Land hat sich an das G 8 angepasst, hat die pädagogischen Konzepte angepasst.

Es gibt eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2018, die nochmals klar belegt, dass beispielsweise die Leistungen – hier geht es ja oft um Leistung – der Schülerinnen und Schüler in der neunten Klasse im G 8 besser sind als die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im G 9. Auch wurde nochmals dargestellt, dass die Leistungsabschlüsse im G 8 genauso gut sind wie jene im G 9.

Daher gibt es unserer Ansicht nach überhaupt keinen Grund, eine Abkehr vom G 8 zu wollen. Das würde unsere Schulen im Land auch in der konzeptionellen Aufstellung komplett überfordern. Vielmehr müssen wir schauen, wie wir die pädagogischen Konzepte im G 8 anpassen können.

Es gibt auch nicht – wie Sie es in Ihrem Gesetzentwurf jetzt vorschlagen – nur dieses eine Modell im G 9. Unsere 42 Modellschulen im Land sind sehr heterogen. Es gibt G-9-Schulen, die sich darauf konzentriert haben, bis zur achten Klasse eine Halbtagschule darzustellen. Es gibt G-9-Schulen, die einen guten Ganztags mit eingeführt haben. Es gibt bei uns in Baden-Württemberg nicht die G-9-Schule. Schon deshalb wird es schwierig sein, ein Konzept für ein G 9 einzuführen.

Zum Schluss – ich will das gar nicht in die Länge ziehen, weil unsere Ablehnung sehr klar ist – möchte ich einfach noch einmal darauf hinweisen: Wir hatten in den vergangenen 15, 20 Jahren an unseren erfolgreichen Gymnasien im Land – ich sage an dieser Stelle ganz klar: unsere Gymnasien im Land sind erfolgreich – keine Leistungseinbußen, wie man es hier oftmals herbeireden möchte.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Woran machen Sie das fest?)

Wir haben auf der anderen Seite ein erfolgreiches berufliches Schulsystem mit beruflichen Gymnasien und damit eine weitere Säule aufgebaut. Wir haben die Gemeinschaftsschulen. Beides sind Schulangebote, die Schülerinnen und Schülern das G 9 schon jetzt in der Fläche anbieten. Daher sehen wir keinen Grund für eine generelle Rückkehr zu G 9.

Wir sind immer bereit, das pädagogische Angebot an unseren Schulen weiterzuentwickeln, weiter zu verbessern. Daran arbeiten wir gern mit, und dazu gibt es auch Vorschläge; diese müssen wir hier aber nicht ausführen. An dieser Stelle einfach

(Sandra Boser)

noch einmal ganz klar: Wir lehnen den Gesetzentwurf ab und sehen auch keine Notwendigkeit, komplett zu einem G 9 zurückzukehren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Becker das Wort.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Dr. Alexander Becker CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn über Schulpolitik gesprochen wird, denkt jeder zunächst an die eigene Schulzeit und vielleicht noch an Erich Kästner und das „Fliegende Klassenzimmer“. Sie alle kennen das Phänomen.

Bei allem Respekt für Erich Kästner, bei allem Respekt vor Ihrer eigenen Schulzeit wird das der schulischen Realität im Jahr 2020 nicht mehr gerecht. Wir, die CDU, treten an, um tragfähige Lösungen für die Zukunft zu entwickeln, anstatt den Rekurs auf eine angeblich gute alte Zeit zu pflegen.

Wenn ich in Ihren Gesetzentwurf schaue, lese ich Sätze wie:

Durch die beabsichtigte Konzentration des Unterrichtes auf den Vormittagsbereich wird sich auch die Schülerbeförderung vereinfachen.

Die Logik dahinter scheint mir zu sein: einfach zurück zur Schulform der Neunzigerjahre. Dann gehen die Schüler mittags nach Hause. Daheim warten Mama oder Oma mit dem Mittagessen

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und mit Fragen zur Mathearbeit und zum Französischstest.

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Oder auch der Papa!)

Das ist die Realität der Neunzigerjahre.

Die Realität im Jahr 2020 ist aber eine andere. Wir wollen die Familien in ihrer Erziehungsarbeit unterstützen – nicht ersetzen, aber unterstützen –, z. B. durch ein gesundes Mittagessen oder attraktive Nachmittagsbetreuung.

Interessant finde ich allerdings, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf den Religionsunterricht zusammenstreichen wollen. Das finde ich nicht gut – aber interessant. Immerhin gerieren Sie sich ja sonst als die Verteidiger des christlichen Abendlands.

(Zurufe von der AfD)

Wir, die CDU, haben im letzten Landtagswahlkampf für eine Wahlfreiheit in Bezug auf G 8 und G 9 geworben: Wenn sich die Schulgemeinschaft – also Eltern, Schüler, Kollegien, Schulträger – auf diesen Weg machen wollen, dann sollten wir das unterstützen; das wäre gelebte Subsidiarität. Ich bin auch überzeugt: Bei einer Schulart mit landesweit hohem Zulauf und oft großen Einheiten könnten wir unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Mittelstufe ermöglichen.

Nach jetzigem Iststand ist G 8 an den allgemeinbildenden Gymnasien die Regel. Immerhin bieten aber 43 Gymnasien in Baden-Württemberg G 9 an. Daneben haben wir die beruflichen Gymnasien mit ihren vielfältigen fachlichen Ausrichtungen; an dieser Schulform wird mittlerweile landesweit jedes dritte Abitur erworben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Die beruflichen Gymnasien eröffnen eine attraktive Perspektive für den Erwerb der Hochschulreife in G 9.

Die CDU stand und steht für ein gegliedertes Schulsystem mit Angebotsvielfalt, mit Durchlässigkeit und mit begabungsgerechten Bildungswegen für die Schüler. Ein breiteres G-9-Angebot könnte einen qualitativen Mehrwert bieten: vertiefte schulische Bildung, vermehrte Projektarbeit, Teilnahme an Schülerwettbewerben, mehr Raum für die Persönlichkeitsentwicklung und mehr Berufsorientierung für Schüler in einer komplexer werdenden Lebenswelt.

Gleichwohl: Ginge es nur um die Abiturnoten, so zeigen wissenschaftliche Studien, dass es zwischen G-8-Schülern und G-9-Schülern keine signifikanten Unterschiede gibt. Das verdeutlicht: Für den Bildungserfolg ist vor allem die Qualität des Unterrichts von Bedeutung. Im Mittelpunkt steht der Lehrer als Persönlichkeit und als Pädagoge.

Die Stärkung der Qualität ist das Leitmotiv für die Bildungspolitik dieser Landesregierung. In unseren Gymnasien haben sich engagierte Kollegien bei der Einführung von G 8 aufgemacht, Strukturen und Ziele neu auszurichten. Deshalb funktioniert G 8 in unserem Land. Dieses Engagement, diese Leistung und die daraus erwachsenden Erfolge stellen Sie in Frage, wenn Sie mit dem Rasenmäher G 8 rückabwickeln. Das ist weder sinnvoll noch zielführend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Damit Schule funktioniert, benötigt sie Vertrauen – Vertrauen zwischen Lehrern, Schülern und Eltern. Sie benötigt auch das Vertrauen, dass das heute Gesagte morgen noch gilt und dass die Politik nicht im Jahrestakt die Strukturen ändert. Die Schulen im Land benötigen gute und verlässliche Rahmenbedingungen, um sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren zu können, nämlich guten Unterricht.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Das ist eine Lehre aus der letzten Legislaturperiode: Wir brauchen keinen Reformeifer, sondern Qualität.

Schule ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft und muss sich mit ihr verändern können. Der vorliegende Gesetzentwurf wird dem nicht gerecht; wir lehnen ihn also ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wer mich kennt, weiß, dass ich ein großer Befürworter von G 9 bin. Die

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

SPD fordert die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 – das war übrigens bereits 2011 ein zentrales Moment unseres Wahlkampfprogramms.

Diesen Gesetzentwurf muss man aber ablehnen, auch, weil er handwerklich völlig unzureichend ist. Zwei weitere Beispiele zu dem, was bereits ausgeführt worden ist:

Wer Klasse 11 überspringen will, müsste sich nach dem Willen der AfD bereits in Klasse 8 dazu entscheiden, um Extraförderung zu erhalten; zusätzliche Förderstunden sollen aber wiederum den Stoff aus Klasse 11 umfassen. Schüler sollen vorlernen – ohne das nötige Grundlagenwissen. Wie soll das eigentlich funktionieren? Für das Überspringen einer Klasse – es geht beim G 9 dann um eine Verkürzungsmöglichkeit auf G 8 – soll ein Notendurchschnitt von 3,0 ausreichen. Ich glaube kaum, dass das eine pädagogisch angemessene Voraussetzung für eine so maßgebliche Schulzeitverkürzung ist.

Ich verweise des Weiteren auf meine Ausführungen vom 16. Mai letzten Jahres.

Dass die AfD keine normale Partei ist, zeigt sich auch in diesem Gesetzentwurf. Ich habe es bereits in der ersten Lesung ausgeführt: Dieser Gesetzentwurf ist ideologisch hoch aufgeladen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach!)

Den geplanten Boden dafür bereitet eine Erhöhung der Stundenzahl im Fach Geschichte. Für das Fach soll nicht nur die Stundenzahl erhöht werden, es soll auch qualitativ eingegriffen werden. Ich zitiere:

Anzustreben ist eine gleiche Gewichtung aller Zeitepochen.

Klingt harmlos, ist es aber nicht. Googeln Sie doch einfach mal die Begriffe „Verharmlosung“ und „Nationalsozialismus“. Bei der Bundeszentrale für politische Bildung finden Sie dann z. B. eine Definition von Revisionismus vom Politikwissenschaftler Richard Stöss. Ich zitiere:

Revisionismus bedeutet im Ergebnis also Verdrängung der historischen Realität, Verharmlosung und Relativierung der Vergangenheit, Ablenkung von eigener Schuld und eigenem Versagen durch Aufrechnung von vermeintlichem oder tatsächlichem Unrecht der anderen und damit nicht zuletzt auch die Rehabilitierung rechtsextremistischer ... Bestrebungen.

Was das mit dem AfD-Gesetzentwurf zu tun hat? Ich zitiere:

Anzustreben ist eine gleiche Gewichtung aller Zeitepochen.

Das verlangt die AfD. Der Nationalsozialismus also genauso gewichtet wie die Biedermeierzeit? Die Schoah genauso gewichtet wie das Rokoko? Wer das will, will die Schwere des historischen Bruchs der NS-Zeit relativieren und verharmlosen. Auch hier gilt, dass wir einen Blick auf andere Anträge dieser rechtsextremen Partei vornehmen sollten.

Hier einige weitere Belege, wie die AfD versucht, die NS-Vergangenheit und die daraus resultierende Verantwortung beiseitezuschieben.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sind ein übler Hetzer! – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Werfen wir einen Blick auf den Antrag 04/40 – ich nenne die Ziffern, damit Sie es nachlesen können – in dem Bericht zur Beschlussempfehlung Drucksache 16/1304: Ersetzen der Bezeichnung der Haushaltsposition „Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“ im Kultusetat. Die AfD fordert, diese umzubenennen in „bedeutsame Stätten der deutschen Geschichte“.

(Lachen der Abg. Thomas Hentschel und Thomas Poreski GRÜNE)

Hier geht es um Verharmlosung und Relativierung.

Nehmen wir den Antrag Drucksache 16/3304-31. Hier geht es um die Fördertatbestände für Schülerfahrten – übrigens Titelposition 684 72. Ausgerechnet bei der Ziffer 7 soll ein Buchstabe c eingefügt werden: Förderung für „Studienfahrten zu bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“. Nicht bei 1, nicht bei 5, sondern bei 7 c. Warum? 7 a: „Studienfahrten zu Stätten nationalsozialistischen Unrechts“, 7 b: Förderung für Fahrten nach Auschwitz, und 7 c. Auch hier ein Versuch der Verharmlosung, der Nivellierung.

Oder nehmen wir den Antrag 04/38 gemäß der Drucksache 16/1304, der nichts weniger verlangte als die Streichung der Fördermittel des Landes für die KZ-Gedenkstätte im französischen Gurs, jene Stätte, wohin die badischen Juden 1940 verschleppt worden sind – zurückgezogen nur nach massiver Kritik.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Haben Sie auch was zum Thema? – Gegenruf des Abg. Daniel Born SPD: Das sind Ihre Anträge! – Abg. Anton Baron AfD: Sie sind ein übler Hetzer, sonst nichts!)

Es passt alles zur „Vogelschiss“-Aussage von Herrn Gauland.

(Zuruf von der AfD: Eine Hassrede! – Weitere Zurufe von der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Fulst-Blei hat das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Die AfD will mit kleinen Schritten das Geschichtsbewusstsein in diesem Land verändern. Es geht ihr um Verdrängen und Verharmlosen. Sie will den Weg bereiten für das Sauberwaschen rechtsextremer Ideologie. Um es klar zu sagen: Mir ist es auch egal, ob allen AfD-Funktionsträgern eine direkte Verbindung zum rechtsextremen Lager nachgewiesen werden kann. Bei vielen ist dies der Fall. Bei allen anderen gilt aber: Wer ist schlimmer, der Nazi oder der Biedermann, der ihm die Tür in die gesellschaftliche Mitte öffnen will? – So nicht. Wir sind mehr: Keinen Fußbreit rechter Ideologie.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Also, wenn hier die Begriffe „Hetze“ oder „Hass“ oder das Nichtreden zum Thema noch weitere Beispiele benötigen, dann haben wir eben eigentlich genug Unsinn gehört.

(Beifall bei der AfD)

Man kann versuchen, aus allen möglichen Texten irgendwie einzelne Bausteine herauszuklauben und sich dann so etwas zusammenzuzitieren.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das sind Ihre Anträge!
– Abg. Daniel Born SPD: Ihre Anträge!)

Ich bevorzuge sachliche Politik und möchte zum Thema sprechen. Das hätten Sie besser auch getan.

(Beifall bei der AfD)

Die Kritik des Philologenverbands an den Zuständen in den Gemeinschaftsschulen und die abwehrende Reaktion des Ministerpräsidenten haben eines deutlich gemacht: Das Gymnasium, so, wie wir es kennen, ist für diese Landesregierung anscheinend ein Auslaufmodell.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ach Quatsch!)

Für linke Parteien war das Gymnasium seit Jahrzehnten die Schule der Etablierten, das Symbol einer überlebten Bourgeoisie.

In der Tat war der grünen Landesregierung die Gemeinschaftsschule wichtiger. Dorthin gehen die Personalressourcen. Inklusion war wichtiger. Dort wurden neue Stellen geschaffen. Nun ist Grün-Rot wahrscheinlich genau deswegen 2016 abgewählt worden,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und die CDU mit den Grünen soll es nun richten, indem man jetzt wieder die Gemeinschaftsschule stärkt und sie sozusagen zum neunjährigen Gymnasium dieser Landesregierung deklariert.

Wir, die AfD, möchten explizit das Gymnasium stärken. Wir möchten die Leistungsträger unserer Gesellschaft stärken und sie fit für die Zukunft machen. Dazu gehört nicht dieses seltsame von Ihnen zitierte Familienbeispiel von vor 30 Jahren, sondern dazu gehört, Interessen in der privaten Lernzeit umsetzen zu können. Dazu gehört auch, dass wir bestimmten Fächern, die zukunftsweisend sind, mehr Ressourcen zugestehen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dazu gehört vor allem, dass wir die Eigenverantwortung, die Individualität der Schüler stärken wollen. Sie sollen weitgehend – so weit sie es eben können – selbst entscheiden, ob sie in acht oder in neun Jahren zum Abitur gehen möchten. Deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf zum neunjährigen Gymnasium mit der individuellen Lernzeitverkürzung eingebracht.

In der Tat habe ich die wesentlichen Aspekte schon in der ersten Lesung dargestellt. Wir möchten den Schülern viel private Bildungszeit zurückgeben. Das lieben Sie doch mit Ihrer

beruflichen Bildungsförderung. Sie haben ja über das Bildungszeitgesetz lang und breit referiert. Ob es sinnvoll war, ist eine ganz andere Sache.

Wir möchten aber speziell den jungen Leuten die Möglichkeit zurückgeben, mittags im Sportverein oder in der Musikschule etwas zu lernen. Dafür braucht man Zeit, Zeit, um zu üben.

Die Belastungen durch das achtjährige Gymnasium lassen diese Hobbys oft genug zum Erliegen kommen. Deswegen ist das Besondere unseres Entwurfs die individuelle Lernzeitverkürzung.

Wir sind eine Partei mit einem starken freiheitlichen Impuls. Aus diesem freiheitlichen Impuls ist diese Idee, ist dieser Gesetzentwurf entstanden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Deswegen können die anderen nichts damit anfangen!)

Wir möchten im Gegensatz zu dem ideologisierten Quatsch von soeben

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Das war eine hervorragende Rede!)

den Familien die Entscheidung über das Heranwachsen ihrer Kinder wieder zurückgeben. Wir möchten, dass mehr private Zeit für die Bildung da ist. Wir möchten die jungen Leute zur Entscheidung, eine Klasse zu überspringen, ermutigen.

Bekanntlich entwickeln sich Kinder sehr verschieden und sehr unterschiedlich. Da gibt es dynamische Entwicklungssprünge. Plötzlich werden aus braven Kindern anstrengende Jugendliche. Manche von ihnen haben dann allein das Ziel, mit der „blöden Schule“ schneller fertig zu werden. Das soll auch richtig sein.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE schüttelt den Kopf.)

– Da brauchen Sie gar nicht den Kopf zu schütteln. Vielleicht gibt es auch noch junge Leute, die anders denken, als Sie es sich vorstellen können.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sie haben ein Bild von der Jugend!)

Für andere mag es besser sein, für die Vertiefung neun Jahre Zeit zu haben. Insbesondere Buben – das haben wir heute schon einmal gehört – brauchen manchmal etwas mehr Zeit in der Entwicklung.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was heißt „manchmal“?)

Aber die Leistungserwartung ist die eines neunjährigen Gymnasiums. Nach dem neunjährigen Gymnasium kann man eine Vertiefung erreichen, die nach acht Jahren nachweislich nicht gegeben ist.

Natürlich weiß ich auch, dass die Einser-Durchschnittsabiturnoten und überhaupt die Noten immer besser geworden sind. Das ist doch aber keine Aussage über den Leistungsstand. Das wissen wir doch alle. Wo stehen denn die Jungs und Mädels aus unserem Land im internationalen Vergleich? Gucken Sie doch einmal objektiv hin.

(Dr. Rainer Balzer)

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das sollten Sie einmal machen! – Abg. Daniel Born SPD: Gucken Sie doch einmal objektiv hin!)

Sie werden nach neun Jahren eine Studierfähigkeit erhalten, die es ihnen ermöglicht, alle Fächer zu studieren, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts wichtig sind.

Dazu gehört die Stärkung der Naturwissenschaften, die Stärkung des Faches Mathematik und die Stärkung des Faches Informatik. Mathematik ist ein Grundlagenfach für die Naturwissenschaften und ist auch für die Wirtschaftswissenschaften und die volkswirtschaftlichen Studiengänge wichtig. Auch die Allgemeinbildung möchten wir stärken. Deshalb sehen wir hier Deutsch und Geschichte im Vordergrund.

Einige Personen stören sich an der Formulierung, dass wir alle Zeitepochen gleichmäßig behandeln wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Sie das nicht wollen, was wollen Sie denn dann? Sie wollen bestimmte Epochen nach ideologischen Kriterien herauswählen und merken dann hinterher, dass der Gesamtentwicklungsstrang verloren geht. Ich kann Ihnen nur sagen: Verständnis für die Entwicklungen im Dritten Reich kann man nur dann entwickeln, wenn man die Geschichte von mindestens hundert oder zweihundert Jahren vorher sorgfältig gelernt hat und kennt

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

und nicht einfach nur einzelne Brocken herausnimmt, die man im Moment für wichtig hält.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Balzer, Sie reden sich dadurch raus! Das ist Nivellierung, was Sie da betreiben!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Balzer, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Es wurde auch beklagt, dass angeblich die Kolonialzeit nicht richtig behandelt wird usw. usf. Aber jetzt muss ich aufgrund des Anfangs hier überspringen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist nicht zu fassen!)

Ich komme zum Schluss und sage: Die Schüler in unserem Land verdienen und brauchen eine optimale Förderung, wenn sie in der Welt von morgen bestehen wollen. Diese Investition kostet Geld. Deswegen sind wir dafür, dass die Schüler in unserem Land individuell das Beste erreichen. Mehr Zeit für gute Bildung.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem innovativen, nicht rückwärts gewandten Gesetzentwurf.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! – Zuruf von der SPD: Das war nur rückwärts gewandt! – Gegenruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sie wissen nicht, was rückwärts gewandt ist! – Abg. Anton Baron AfD: Vielleicht hat Herr Fiechtner noch Zeit für eine Gesprächsstunde für einen von der SPD!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zurück zur Realität. Es überrascht leider nicht, aber auch die G-8/G-9-Frage ist ein weiterer grün-schwarzer Blockadefall, wie wir ihn mittlerweile leider in vielen wichtigen Bildungsfragen feststellen müssen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Auch diese gegenseitige Blockade führt dazu, dass im Bildungswesen unseres Landes in erster Linie Stagnation herrscht und nicht kraftvolles, richtungweisendes Entscheiden, um bei den baden-württembergischen Leistungsmessungen im Bildungsbereich endlich das Feld der Mittelmäßigkeit zu verlassen.

Die CDU setzt sich für eine allgemeine Wahlfreiheit ein, die Grünen wollen aber keine Konkurrenz für die Gemeinschaftsschuloberstufen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Für die beruflichen Schulen! Für die beruflichen Gymnasien!)

Die Folge der gegenseitigen Blockade ist ein Kompromiss mit der denkbar schlechtesten aller Alternativen: eine Verlängerung des sogenannten Schulversuchs G 9 an einem Gymnasium pro Landkreis. Auch in dieser Frage gilt: Eine Kultusministerin, die das ehrgeizige Ziel hat, Ministerpräsidentin zu werden, darf sich aus unserer Sicht mit solch faulen Kompromissen in ihrem Ressort eigentlich nicht zufriedengeben.

Ihr Argument, dass Schulstrukturdiskussionen jetzt fehl am Platz seien und erst einmal Ruhe einkehren müsse,

(Abg. Raimund Haser CDU: Das war auch mal Ihr Argument!)

überzeugt uns überhaupt nicht. Denn die momentane Situation in der Frage G 8/G 9 ist durch alles andere als durch Ruhe geprägt. Die ungeklärte Gerechtigkeitsfrage schafft vielmehr Unzufriedenheit und Unruhe an den Schulen vor Ort.

Auch der Kultusministerin muss das bewusst gewesen sein; denn in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs deutete sie noch ihre Sympathie gegenüber einer Wahlfreiheit an. Sie wolle die Entwicklung in Bayern offen betrachten. Mittlerweile haben die Grünen die Kultusministerin aber wieder eingefangen.

Wir Freien Demokraten haben eine Anregung der Initiative „G9 jetzt!“ aufgegriffen und die Erhebung des Bedarfs an G-8- und G-9-Plätzen gefordert. Aber zu solch einer Erhebung fehlt der Kultusministerin der Mut und das Durchsetzungsvermögen in Richtung Grün.

Bereits im Jahr 2013 hatte die FDP/DVP-Fraktion als Ausweg aus dem grün-roten G-8/G-9-Schlamassel eine Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 zu gleichen Bedingungen vorgeschlagen. Diesen Vorschlag erneuern wir heute. Demnach sollen alle Gymnasien eine auskömmliche Personalausstattung auf Basis einer einheitlichen Stundentafel erhalten. Gleichzeitig bekommen sie die Möglichkeit, die Wochenstunden der Stundentafel auf acht oder auf neun Jahre zu verteilen. Den mit zwölf zusätzlichen Lehrerwochenstunden pro Klassenzug privilegierten G-9-Schulversuch wollen wir auslaufen lassen.

(Dr. Timm Kern)

Neben einem Schnellläuferweg zum Abitur in acht Jahren können die Gymnasien somit auch einen neunjährigen Bildungsgang anbieten. Dieser kommt vor allem denjenigen Schülerinnen und Schülern zugute, die sich intensiv ihren Talenten und ihren Interessen in Musik und Sport, den Kirchen oder dem Ehrenamt widmen wollen.

Darüber hinaus sollen die Gymnasien die Möglichkeit erhalten, offene und gebundene Ganztagschulen zu werden. Eine einseitige Rückkehr zu G 9 ohne eine G-8-Alternative lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Nachdem sich die Schulen in zum Teil schwierigen Prozessen auf G 8 eingestellt haben, würde das nur eine weitere Schulstrukturumwälzung bedeuten. Vielmehr wollen wir eine andere bewährte neunjährige Wahlalternative erhalten und stärken, nämlich die beruflichen Gymnasien. Die beruflichen Gymnasien gilt es so auszubauen, dass jeder Bewerber mit den entsprechenden Voraussetzungen einen Platz erhält, wenn möglich in der gewünschten Fachrichtung und in dem gewünschten Profil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Vorschläge zu G 8 und G 9 sind ein vorwärtsgewandter, ein mutiger Weg, mit dem diese offene Baustelle langfristig befriedet werden kann. Die FDP/DVP fordert die Landesregierung deshalb auf, ihre unsägliche Blockadepolitik im Bildungsbereich zu beenden. Wir Freien Demokraten erneuern unser Angebot, über einen Kraftakt für erstklassige Bildung in Baden-Württemberg zu diskutieren;

(Zuruf von der SPD: „Kraftakt“!)

einen konkreten Vorschlag hierfür haben wir bereits vorgelegt. Denn nur so schaffen wir es, wieder einen Spitzenplatz unseres Bildungssystems unter den Bundesländern zu erreichen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Schebesta.

Staatssekretär Volker Schebesta: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank für die Ablehnung – die von uns geteilt wird – des vorliegenden Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD durch die vier anderen Fraktionen in diesem Haus.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Da es um einen Gesetzentwurf der AfD-Fraktion geht, möchte ich gern zuerst auf Sie eingehen, Herr Dr. Balzer. Auch wenn es wichtig ist, dass wir interessant am Redepult sprechen: Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, davon zu sprechen – auch wenn es in Anführungszeichen gesagt worden ist –, dass es Schüler gebe, die gern früher und schneller mit der „blöden Schule“ fertig werden wollten.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Genau! – Abg. Anton Baron AfD: Das gibt es! Das gibt es auch!)

Wenigstens wir Bildungspolitiker sollten untereinander darin einig sein, dass es auch darauf ankommt, wie wir Schule insgesamt darstellen.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Das Zweite: Bildungsplandiskussionen werden zu einem guten Teil fachlich geführt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Genau! – Abg. Daniel Rottmann AfD: Außer von der SPD!)

Ich weiß jetzt nicht, ob Ihre fachliche Einschätzung zu jenen, die am Bildungsplan 2016 zum Fach Geschichte gearbeitet haben, fachlich so geteilt wird von denjenigen, die eine Ahnung davon haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Deshalb muss man immer aufpassen, wenn man meint, allein politisch über fachliche Fragen eines Bildungsplans entscheiden zu können.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist das Zweite, was ich in jedem Fall gern voranstellen will.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Frau Kollegin Boser hat schon darauf hingewiesen: Das, was Sie im Titel Ihres Gesetzentwurfs ankündigen, nämlich die Einführung – also die Wiedereinführung – des neunjährigen Gymnasiums in Gänze, wurde in der Anhörung sehr weitgehend abgelehnt. Daran, was Sie vorhin am Rednerpult gesagt haben, merkt man auch, dass Sie selbst wissen, dass das nicht die Überschrift ist, mit der Sie ankommen können.

Deshalb sagen Sie jetzt, Sie möchten den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, selbst darüber zu entscheiden und ein Jahr zu verkürzen. Es ist schon darauf hingewiesen worden: Das mag funktionieren, aber nicht auf dem Weg, den Sie vorsehen mit Förderangeboten über mehrere Schuljahre, womit Sie glauben, den Unterrichtsinhalt von Klasse 11 schon irgendwie in den Klassen 9 und 10 zu vermitteln, wobei die entsprechenden Grundlagen des Fachunterrichts in den jeweiligen Fächern noch gar nicht bis Ende der Klassenstufe 10 zu Grunde gelegt wären. Auf diesem Weg schaffen Sie es jedenfalls nicht, so etwas zu ermöglichen.

An dieser Stelle wird sehr deutlich, dass die Krux, die es in dieser Frage gibt, nämlich unterschiedliche Wünsche und Vorstellungen unter einen Hut zu bekommen, auch für Sie nicht mit der einfachen Aussage „Neunjähriges Gymnasium ist unter dem Strich das Einzige“ zu beantworten ist.

Natürlich müssen wir uns um die Frage kümmern, ob Schülerinnen und Schüler im achtjährigen Gymnasium durch die verkürzte Schulzeit, durch eine dichtere Studententafel tatsächlich mehr belastet sind. Die Untersuchungen sind angesprochen worden, die darauf hinweisen, dass es in den Schulnoten und den Kompetenzen keinen Unterschied gibt. Sie haben das angezweifelt und gesagt: „Die Abiturnoten werden halt besser.“

(Staatssekretär Volker Schebesta)

Es gibt aber nicht nur den Blick auf die Abiturnote, sondern auch den Blick auf Kompetenzen. In beiden Bereichen gibt es die durch fachliche Studien hinterlegte Einschätzung, dass kein Unterschied in den Noten und in diesen Kompetenzen besteht. In Baden-Württemberg ist das sehr leicht nachzuvollziehen, weil wir den doppelten Abiturjahrgang 2012 gehabt haben, wo achtjährige und neunjährige Gymnasiasten dasselbe Abitur geschrieben haben, wo man nicht sagen kann: „In dem einen Jahr war es einfacher als in dem anderen“, sondern das war dasselbe Abitur, und in diesem Abitur gab es auch keine Unterschiede.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Noten werden immer schlechter!)

Natürlich müssen wir darauf achten, ob Schülerinnen und Schüler durch die engere Zeittaktung hinsichtlich dessen, was wir ihnen in der ganzheitlichen Bildung auch ermöglichen wollen, nämlich Angebote der Persönlichkeitsentwicklung außerhalb der Schule wahrzunehmen, eingeschränkt sind.

Auch dazu gibt es Studien. Auch wenn unser Bauchgefühl sagt: „Vereine haben es schwerer, als es früher der Fall war, junge Leute zu ihren Angeboten zu bringen“, dann liegt das nicht an der Verkürzung der Schulzeit oder einer dichtereren Stundentafel. Vielleicht sollten wir alle im Interesse dessen, was für die Persönlichkeitsentwicklung für die jungen Menschen dahintersteckt, uns dann um Dinge kümmern, die dafür eine Rolle spielen, die Vereinsarbeit weiter stärken, und nicht nur davon sprechen, dass das Einzige, was dort Auswirkungen haben kann, die Frage der Schulzeit ist. Das wäre uns ein wichtiges Anliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir haben auf der Strecke des achtjährigen Gymnasiums mehrfach reagiert bei den Fragen, die sich um Pflichtstundenzahlen bis zum Abitur drehen, die sich um Nachmittagsunterricht in der Unter- und Mittelstufe drehen, und mit dem, was durch Poolstunden an den Gymnasien an Hilfestellung gegeben worden ist.

Das wirkt sich auch in der Beliebtheit der Gymnasien in Baden-Württemberg nach wie vor aus, denn für die Frage der Bewertung des achtjährigen Gymnasiums sollte man vielleicht auch einen Blick darauf werfen, dass die Übergangszahlen vor Einführung des achtjährigen Bildungsgangs 2004 mit 36,1 % im Schuljahr 2004/2005 und von 43,3 % im Schuljahr 2019/2020 nicht unbedingt zeigen, dass das Gymnasium als eine Schule angesehen werden würde, in der es nur Druck gibt und in der die Schülerinnen und Schüler nicht auf einen guten Weg, zu welchem Bildungsziel und welchem Bildungsweg danach auch immer, geführt werden.

Wer nach Alternativen zum achtjährigen Gymnasium sucht, hat gerade in Baden-Württemberg genügend Möglichkeiten und Optionen, diese Wege zu finden.

Herr Dr. Kern, über mehr kann man sich immer unterhalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Aber eine Ausweitung des Angebots der beruflichen Gymnasien fand in den vergangenen Jahren schon statt. Wir haben in Baden-Württemberg eine Situation, um die uns alle anderen

Bundesländer beneiden, mit einem stark ausgeprägten beruflichen Bildungssystem und mit stark ausgeprägten beruflichen Gymnasien. Wenn etwa 35 % der letztjährigen Abiturientinnen und Abiturienten einen neunjährigen Weg zur allgemeinen Hochschulreife hinter sich haben, dann ist das eine Zahl, nach der man sich in anderen Bundesländern die Finger leckt. Wie gesagt, über mehr kann man sich immer unterhalten, insbesondere zwischen Regierung und Opposition. Aber die Regierung hat auch darauf hinzuweisen, was es an tragfähigem Angebot in Baden-Württemberg schon gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Die letzten Bildungsvergleiche sprechen eine andere Sprache!)

Die Schulstrukturdiskussionen, die auch mit achtjährigem und neunjährigem Gymnasium verbunden sind, sind auch angesprochen worden. Natürlich geht es in der Bildungspolitik nie ohne solche Diskussionen. Aber Sie, Herr Dr. Kern, haben gesagt, bei uns heiße es: „Jetzt erst einmal nicht.“ Es ist in den vergangenen Jahren immer verkehrt gewesen, vor allem und zuerst über Schulstruktur zu diskutieren, wenn es um die Qualität an den Schulen geht. Das haben uns Wissenschaftler schon bei den ersten PISA-Ergebnissen gesagt. Ich finde, wir haben in der Bildungspolitik viel zu lang, viel zu oft und viel zu ausschließlich über Strukturfragen diskutiert.

(Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt!)

Davon haben wir in dieser Legislaturperiode Abstand genommen und sehr viel mehr getan als das, was Sie als „entschlossen“ anmahnen. Wir sind ganz entschlossen die Qualitätsentwicklung der Schulen, das ganze Unterstützungssystem angegangen und haben für die Aus- und Fortbildung sowie für die Unterstützung der Schulen entschlossen eine völlig neue Struktur in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht.

Für die Gymnasien haben wir die neue Oberstufe. Es gibt das Projekt „Übergang Gymnasium/Hochschule“, die Stärkung der MINT-Fächer. All diese Maßnahmen dienen der Qualität an den Schulen in Baden-Württemberg. Deshalb braucht es diesen Gesetzentwurf der AfD, wie auch die anderen Fraktionen festgestellt haben, nicht.

Ich möchte nur noch eine Bemerkung an den Schluss stellen: Sie wollen in einem Fach in der Stundentafel Stunden streichen und haben sich in diesen Zeiten, in denen wir alle wissen, wie wichtig Wertebildung, Werteentwicklung für die Schülerinnen und Schüler sind, ausgerechnet das Fach Religion herausgepickt. Das spricht auch deutlich gegen diesen Gesetzentwurf und deutlich gegen Sie. Sie werden sich schon überlegt haben, ob Sie sich wegen einer Stunde ausgerechnet dieses Fach herauspicken. Dass Sie das gemacht haben, zeigt, dass Sie den Religionsunterricht insgesamt angreifen wollen. Wir stehen zum Religionsunterricht und auch zu der Wertebildung, die dahintersteckt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5979. Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen in Ziffer 1 der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7715, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5979 abzulehnen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall. Vielen Dank. Wer dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion, Drucksache 16/5979, zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses abzustimmen. Der Bildungsausschuss schlägt Ihnen vor, die Anträge der Abg. Dr. Rainer Balzer u. a. AfD – Drucksachen 16/5975 und 16/5976 – für erledigt zu erklären. – Sie stimmen dem zu. Vielen Dank.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** unserer Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes – Drucksache 16/7150

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/7702

Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Scerl für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Was will die AfD-Fraktion mit diesem Gesetzentwurf? Der Gesetzentwurf ist handwerklich derart schlecht gemacht,

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

dass dies auf Anhieb gar nicht zu erkennen ist. Man muss es umständlich aus dem Text und dem, was die AfD dazu hat verlautbaren lassen, zusammensetzen.

Die AfD behauptet jedenfalls, sie wolle die Gesellschaft vor Gefährdern schützen, und will dazu die Präventivhaft einsetzen. Wenn Fachleute von Gefährdern sprechen, meinen sie in der Regel Personen, von denen ganz erhebliche Gefahr gegen die demokratische Ordnung oder gegen Leib und Leben von bestimmten Personen ausgehen könnte. Wir meinen in der politischen Diskussion damit insbesondere terroristische Gefährder.

Die Gefährder stehen bei der AfD aber nur in der Überschrift dieses Gesetzentwurfs. In der letzten Plenardebatte sprach die Fraktion dann davon, dass es ihr um Intensiv- oder Mehrfachstraftäter gehe. Aber auch das ist aus diesem Gesetzentwurf gar nicht ersichtlich.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Der AfD geht es im Kern darum, ganz andere Personenkreise ins Visier zu nehmen.

Aus Artikel 1 des Gesetzentwurfs ergibt sich z. B., dass die AfD künftig Personen in vorbeugenden Gewahrsam nehmen will, die Transparente auf Demonstrationen zeigen und damit angeblich die öffentliche Ordnung stören. Sie verwendet also den Begriff des Störers.

Meine Damen und Herren, kennen Sie Gefährder oder potenzielle Intensivstraftäter, die ihre Absichten vorab mit Transparenten auf einer Demonstration kundtun? Das wäre in der Tat etwas völlig Neues. Darum geht es nicht, und das gibt auch dieser Gesetzentwurf nicht her. Es geht aber ganz offensichtlich um Menschen, die für die AfD Störer sind; für uns hingegen sind es – da bin ich mir sehr sicher – Demokraten, nämlich Menschen, die in diesem Land aufstehen und gegen die AfD, ihre Politik, gegen den Rechtsextremismus und für Demokratie demonstrieren.

(Lachen bei der AfD)

Die AfD meint diese Menschen, meine Damen und Herren, und dagegen müssen wir uns wehren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Antifa, nicht wahr?)

Gemeint sind unter Umständen auch die unliebsamen Lehrer, über die die AfD mit ihrer berüchtigten Plattform ja heute schon Listen führt. Vielleicht sind dies „Objekte“, die man, wenn man eines Tages in die Lage dazu käme, am liebsten vorbeugend inhaftieren würde. – Sie meinen, das, was ich sage, ist übertrieben?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist Schwachsinn! – Heiterkeit bei der AfD)

Dann schauen Sie sich einmal den öffentlichen Fahndungsauftrag nach einem kritischen Lehrer an, den der AfD-Abgeordnete Räßle gestern gestartet hat. Schauen Sie ihn einmal in Wortlaut, Duktus und Aufmachung ganz genau an, meine Damen und Herren. Da fühlt man sich wirklich an die dunklen Jahre dieses Landes erinnert. Das, was der Kollege Räßle da macht, ist ein Fall für den Staatsanwalt, aber nicht für den Landtag und auch nicht für ein Gesetzblatt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Es ist ein schlecht gemachter Gesetzentwurf, der ganz offensichtlich dadurch zustande kam, dass man einfach aus dem bayerischen Polizeiaufgabengesetz abgeschrieben und dann willkürlich Beispiele konstruiert hat, gegen wen in Baden-Württemberg Gewahrsam angeordnet werden könnte. Jedenfalls ist sicher: Gefährder sind nicht gemeint, auch keine Intensivstraftäter, aber kritische Menschen – im AfD-Sprachgebrauch, wie eben schon gesagt, Störer genannt. Das ist das Problem.

Für diese will man auch einen sogenannten Unendlichkeitsgewahrsam; man will einen vorbeugenden Gewahrsam gegen „Störer“, gegen Leute, die aus Sicht der AfD auffällig werden, den man bei Bedarf immer wieder verlängern könnte. Diesen Begriff „Unendlichkeitsgewahrsam“ kennen wir aus der bay-

(Hans-Ulrich Sckerl)

erischen Diskussion. Ihn will man jetzt in Baden-Württemberg einführen.

Guantanamo, meine Damen und Herren, ist weit weg von Baden-Württemberg, und das ist gut so. Passen wir auf, dass durch solche Gesetzentwürfe und die Behauptung, man verfolge mit ihnen hehre Ziele, unsere bewährte demokratische Ordnung nicht ins Rutschen kommt.

Dieser Gesetzentwurf zielt auf die Möglichkeit, Menschen mit urdemokratischer Gesinnung als Störer inhaftieren zu können. Wir lehnen ihn in aller Deutlichkeit ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Kollege Zimmermann.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Präsidentin, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Nun findet also die zweite Lesung Ihres Gesetzentwurfs statt. Sie haben ihn nicht verändert. Das macht es nicht besser; das muss ich Ihnen sagen. Die Mängel, die ich bei der ersten Lesung genannt habe, treten heute sogar noch deutlicher hervor. Wir haben den Gesetzentwurf im Innenausschuss am 12. Februar auch mit großer Mehrheit abgelehnt.

In meiner letzten Rede habe ich klar gesagt – mein Vorredner hat es heute auch angesprochen –: Die Idee eines Präventivgewahrsams ist nicht neu, und diesen hat auch nicht die AfD erfunden.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Nein! – Abg. Anton Baron AfD: Na ja!)

Wenn man es richtig macht, kann ein Präventivgewahrsam sehr wohl dabei helfen, die Gefahren des Terrors und des Extremismus zu minimieren.

Ich kann jetzt vieles weglassen und gleich zum Wesentlichen kommen: Dass wir es richtig machen, zeigt der aktuelle Gesetzentwurf zur Änderung der polizeilichen Vorschriften, welchen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auf den Weg bringen werden.

Herr Kollege Sckerl, ich danke Ihnen.

(Heiterkeit des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Die Erweiterungen der polizeilichen Befugnisse zur Durchführung von Personenfeststellungen und zur Durchsuchung von Personen bei öffentlichen Veranstaltungen, Herr Gögel, werden kommen. Das stärkt maßgeblich die Sicherheit im öffentlichen Raum und trägt aktiv zur Terrorabwehr bei. Dabei wahrt dieser Gesetzentwurf auch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Sie können sicher sein, dass wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, sämtliche rechtsstaatlichen – zulässigen! – Mittel zu nutzen, um Terrorgefahren noch effektiver zu bekämpfen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann hat das Wort Herr Kollege Stickelberger für die SPD.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon in der ersten Lesung angekündigt, dass wir den Gesetzentwurf ablehnen werden. Dabei bleibt es. Denn die Kritikpunkte, die wir geäußert haben, stehen nach wie vor im Raum.

Für uns ist klar: Die Regelung, die der Gesetzentwurf vorsieht, ist mit unserem Rechtsverständnis nicht vereinbar. Das ist ganz klar. Außerdem fehlt der schlüssige systematische Bezug zu unserem Polizeigesetz. Bei uns ist es anders als in Bayern; unsere Regelung unterscheidet sich da.

Ganz wesentlich: Der Präventivgewahrsam – er ist beschrieben worden – würde zu einem Unendlichkeitsgewahrsam ausgedehnt.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Sie haben kein Vertrauen in die Justiz!)

Damit würden, Herr Gögel, alle verfassungsrechtlichen Schranken gesprengt. Auch wenn im Einzelfall ein richterlicher Beschluss vorgesehen ist,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Und Rechtsbeistand!)

wäre gleichwohl das Übermaßverbot verletzt.

Die SPD-Fraktion will ein solches Gesetz nicht, auch wenn der Innenminister vielleicht ein solches Gesetz wollte

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das wird er noch sagen!)

oder Ähnliches gern hätte. Auch Herr Zimmermann hat ja gerade in diese Richtung argumentiert. Vielleicht kommt da auch noch einiges auf uns zu.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben das Polizeigesetz erst vor einem Jahr geändert. Da stellt sich dann die Frage – wie schon in der ersten Lesung –: Was ist daraus geworden, aus Maßnahmen der präventiv-polizeilichen Quellen-TKÜ, aus dem Einsatz präventiv-polizeilicher Aufenthaltsüberwachung? Für eine präventive TKÜ – darauf haben wir bereits in der ersten Lesung hingewiesen – gibt es keine oder nur ganz wenige Einzelfälle.

Für uns gilt – und das ist ganz wichtig –: Bestehende Gesetze sind anzuwenden – und dafür müssen die passenden personellen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden –, bevor man neue Gesetze erlässt.

Aber jetzt steht uns wieder – Kollege Zimmermann hat es angedeutet und darauf hingewiesen – eine Änderung des Polizeigesetzes ins Haus. Wir ändern das Polizeigesetz in kurzen Takten. Gestern ist uns der Entwurf zugegangen. Da stellt sich für uns doch die Frage – Herr Kollege Zimmermann, diese Diskussion werden wir dann führen –: Bringen die neuen Regelungen ein Mehr an Sicherheit für unsere Bevölkerung und

(Rainer Stickelberger)

Verbesserungen für die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land? Das wird der Gradmesser für die Bewertung dieser Regelungen sein.

Darüber werden wir uns unterhalten, und im Einzelfall können Sie im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Land durchaus mit aufgeschlossener Kommentierung aus der SPD-Fraktion rechnen, wenn wir die Vorschriften und Regelungen für sinnvoll erachten. Wir stellen jedoch mit Erstaunen fest, wie die Fraktion GRÜNE nach und nach einst von ihr hochgehaltene hehre Grundsätze auf dem Kommissaltar der Komplementärkoalition opfert.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Welchen denn? Nennen Sie ein Beispiel! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Sie haben Abschied genommen von vielen, vielen Ansprüchen, die Sie in der Vergangenheit vertreten haben,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nennen Sie einen!)

und wir freuen uns, dass Sie da insgesamt gesehen doch einen realistischen Kurs einnehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Also begrüßen Sie das ja!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Herr Abg. Rottmann.

(Staatssekretär Volker Schebesta steht an der Regierungsbank und unterhält sich mit Minister Franz Untersteller.)

– Ich bitte auch auf der Regierungsbank um Aufmerksamkeit.

(Staatssekretär Volker Schebesta und Minister Franz Untersteller setzen ihr Gespräch fort.)

– Herr Staatssekretär!

Bitte.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Herr Sckerl, wenn man Ihrer Rede so zuhört, muss man sich die Frage stellen, ob Sie und Ihre Redenschreiber unseren Gesetzentwurf überhaupt gelesen haben.

(Beifall bei der AfD)

Aber wahrscheinlich haben Sie ihn gelesen und diese Rede sehr bewusst gehalten. Das lässt für mich eine Menge Rückschlüsse auf die grüne Partei zu.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nicht Partei, Fraktion!)

Wir reden in unserem Gesetzentwurf von Personen – ich bitte Sie da wirklich um Aufmerksamkeit –, die – erstens – entweder eine Tat konkret angekündigt haben oder dazu auffordern oder – zweitens – Waffen, Werkzeuge oder sonstige Gegenstände mit sich führen.

Wenn ich Ihnen richtig zugehört habe, Herr Sckerl, dann sind das für die grüne Partei und für Sie die wahren Demokraten.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Ja!)

Das zeigt, dass die Gewalt auf der Straße gegen die AfD ein Teil der Identität der grünen Partei ist.

(Beifall bei der AfD)

Sie zeigen hier Ihre wahre linksradikale Gesinnung als grüne Partei.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl! – Widerspruch bei den Grünen)

Wahrscheinlich haben Sie sich vorhin so gegen dieses Gesetz gewehrt, weil Sie die Sorge haben, dass dann, wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, die Hälfte Ihrer Jugendorganisation hinter Gittern landet. Das ist der Punkt.

(Lachen bei den Grünen – Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Danke für Ihre Offenheit!)

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Grünen eine linksradikale Partei sind und in diesem demokratischen Haus eigentlich nichts zu suchen haben, dann ist das Ihre Rede, Herr Sckerl.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Widerspruch bei den Grünen)

Wenn ich sehe, wie der Herr Zimmermann über diese Aussagen strahlt, dann weiß ich, dass die Hälfte der CDU mir recht gibt. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Wer im Glashaus sitzt, ...!)

Die Sicherheitslage in Deutschland und auch in Baden-Württemberg ist fragil, und die Zahl der Gefährder, die jederzeit politisch motivierte schwerste Straftaten verüben könnten, bewegt sich stabil im dreistelligen Bereich.

Das hat auch mit den offenen Grenzen zu tun, u. a. mit der Frau Bundeskanzlerin und dem Herrn Innenminister. Aber das muss ich nicht wiederholen, weil wir das ja in den meisten AfD-Reden immer wieder aufgreifen und zu Recht immer wieder kritisieren. Einige CDUler scheinen ja auch aufzuwachen, wenn man so die Pressemitteilungen sowie Zitate aus einigen internen Diskussionen der CDU in der vergangenen Woche zur Kenntnis nimmt.

Bisher haben wir es nur dem Glück und den Fähigkeiten der Sicherheitskräfte und Geheimdienste zu verdanken, dass wir von gezielten Anschlägen, Bombenattacken und anderen Katastrophen in Baden-Württemberg verschont geblieben sind. Das liegt ganz sicher nicht an der Landesregierung und dem Innenminister.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Auf unsere Anfrage, wie viele Gefährder denn in welchem Ausmaß von der Polizei in Echtzeit und auf welche Weise

(Daniel Rottmann)

überwacht oder beschattet werden, blieben Sie, Herr Innenminister, relativ wortkarg.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Ahnung!)

Sie haben darauf geantwortet, aber sehr detailliert war das leider nicht.

Obwohl Sie von der linken Seite uns bestimmt gleich wieder Verfassungsfeindlichkeit vorwerfen möchten – das ist ja einer Ihrer liebsten Anwürfe; Herr Fulst-Blei hat vorhin gezeigt, welches Demokratieverständnis er hat, indem er wirklich alle Dinge durcheinanderschmeißt –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das sehr rechtsstaatlich ist! Ich bin ein Freund der wehrhaften Demokratie und bin sehr dankbar für die Debatte heute! Ihnen müssen die Grenzen aufgezeigt werden! – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nie wieder 33!)

– Genau. Ich freue mich, dass wir uns hier mit Ihnen auseinandersetzen können, denn wenn die SPD ihre Karriere der letzten Jahre fortführt – 2016 eine Halbierung der Zahl der Mandate,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist lange Vergangenheit!)

2021 eine Halbierung der Zahl der Mandate. Genießen Sie es, dass die SPD diesem Landtag noch angehört. Das ist eine wunderschöne Sache.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wie viel habt ihr jetzt? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Interessanterweise ist es ja so, dass die Vorlage für diesen Gesetzentwurf nicht von der AfD in Bayern stammt, sondern von der CSU.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Abgeschrieben auch noch!)

– Man kann aus Bayern durchaus noch ein paar Sachen lernen; das gilt vielleicht für alle Parteien hier im Landtag. – Dabei haben wir es im Grunde genommen noch etwas abgemildert, indem wir einen Rechtsbeistand in den Gesetzentwurf eingefügt haben, der im Gesetz der CSU so nicht vorgesehen war.

Wir bitten Sie natürlich um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf. Wir als Rechtsstaatspartei wollen dafür sorgen, dass in unserem Land weniger Gefährder frei herumlaufen. Möglicherweise sitzen einige hier, aber das möchte ich jetzt nicht entscheiden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Räßle ist doch gar nicht da! Räßle ist nicht da! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Räßle ist nicht da!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Goll, bitte, für die FDP/DVP.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten Vorschläge, den Präventivgewahrsam auszuweiten – egal, von wem sie kommen –, für gesetzgeberischen Aktionismus. Gesetzgeberischen Aktionismus lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben das ja so häufig: Es wird für ein wirkliches oder manchmal auch vermeintliches Problem flugs ein neues Gesetz gemacht, ohne dass man darüber nachdenkt, ob das Gesetz überhaupt helfen kann. Das steht auch meist gar nicht im Vordergrund; im Vordergrund steht eher ein politischer Leistungsnachweis. Es ist dann ziemlich egal, ob der Nachweis in der Praxis nützlich ist oder nicht. Deswegen wundert mich auch manches an der Aufregung.

Meine Damen und Herren, man muss sich doch nur die Erfahrungen anschauen, die die Bayern mit ihrem Gesetz machen. Sie haben es zwei Jahre lang evaluiert. Erstens könnte man schon sagen: Die vergleichsweise geringe Zahl der Fälle zeigt, es ist nicht gerade ein Vorschlag, auf den die Welt gewartet hat. Das Tollste ist, dass es von den insgesamt nur wenigen Fällen nur eine zu vernachlässigende Zahl von Fällen ist, auf die Sie mit dem Gesetz zu zielen meinen. Die erdrückende Mehrzahl der Fälle sind Dinge, über die man fast lachen könnte: notorische Zechpreller oder wiederholte Trunksucht. Die findet man da.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber das passt!)

Man nimmt die vermeintlich große Kanone und schießt – „Bumm!“ – daneben. Man trifft nichts.

Jetzt aber umgekehrt: Man sieht völlig von den respektablen Möglichkeiten ab, die wir jetzt schon haben. Wir haben – auch das hat man fleißig diskutiert – den Bereich, in dem die Strafprozessordnung gilt, in dem ich jemanden in U-Haft festhalten kann, immer weiter vorverlagert. Wenn man einmal in die §§ 129 ff. der Strafprozessordnung schaut, wie weit die Strafbarkeit bereits vorgelagert ist – Bildung einer terroristischen Vereinigung –, habe ich blendende Möglichkeiten, schon im Vorfeld die Täter festzuhalten.

Das passiert auch – darüber reden wir kaum –: Jüngst sind zwölf Mitglieder einer mutmaßlich rechtsextremen Terrorzelle verhaftet und festgehalten worden, genau auf dieser Grundlage, federführend durch das LKA Baden-Württemberg.

Wie man bei der ganzen Sachlage einen Handlungsbedarf erkennen kann, ist uns ehrlich gesagt schleierhaft. Darum werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich für die Regierung Herrn Innenminister Strobl ans Redepult bitten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Kollege hat wohl etwas Falsches gesagt, wenn man da drüben applaudiert.)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

diert! – Abg. Josef Frey GRÜNE unterhält sich mit Staatssekretärin Katrin Schütz an der Regierungsbank.)

– Ich weise noch einmal darauf hin, dass die von mir aus gesehen linke Seite der Regierungsbank heute offenbar eine besondere Attraktivität hat. Könnten Sie dort bitte die Gespräche einstellen?

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Nicht nur heute! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das kann man auch nicht leugnen, derartige Attraktivitäten! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Letzte Woche noch Weltfrauentag, jetzt schon wieder Altherrenwitze! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Haltung des Innenministeriums zum Gesetzentwurf der AfD, zum sogenannten Gefährdergewahrsam, hat Herr Staatssekretär Klenk bereits in der ersten Lesung hier im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg dargelegt. Insofern erlaube ich mir, mich heute kurzzufassen. Um es einfach noch einmal klipp und klar zu sagen: Wir lehnen diesen wenig präzisen und wenig durchdachten Gesetzentwurf der AfD ab.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Freilich: Eine Erweiterung des Präventivgewahrsams kann meines Erachtens durchaus einen Beitrag für die innere Sicherheit darstellen. Aber eine solche Erweiterung muss dann maßvoll und in sehr engen Grenzen geschehen. Es handelt sich hierbei um einen tiefgreifenden Eingriff in die grundgesetzlich verbürgte Freiheit eines jeden Einzelnen.

Was die einzelnen Gründe sind, warum der Gesetzentwurf der AfD nicht trifft, hat, wie gesagt, Herr Staatssekretär Klenk bereits in der letzten Sitzung, als hierüber im Landtag diskutiert wurde, dargelegt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich auch! Ich habe es auch dargelegt!)

Deswegen ist auch von den Koalitionsfraktionen heute erneut durch den Kollegen Zimmermann und den Kollegen Sckerl klargemacht worden, warum wir diesen Gesetzentwurf nicht brauchen.

Im Übrigen bin ich froh und dankbar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir Ihnen stattdessen demnächst einen Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Polizeigesetzes vorlegen können, der die Polizeiarbeit und die Sicherheitslage in diesem Land wirklich substanzial positiv weiterentwickelt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So sieht es aus!)

Die Einigung, die wir hierzu in der Koalition nun erzielt haben, ist ein weiterer Meilenstein für die Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE – Abg. Anton Baron AfD: Stellen Sie doch einen Änderungsantrag!)

Dieser Gesetzentwurf, verehrte Kolleginnen und Kollegen, den ich gestern in den Ministerrat eingebracht habe und den wir nunmehr durch Kabinettsbeschluss zur Anhörung freigegeben haben, bringt eine Verbesserung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, aber er bringt auch mehr Sicherheit für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Eine wichtige neue Befugnis ist der Einsatz der Bodycam auch in Wohnungen sowie in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen. Das dient neben dem Eigenschutz der Polizistinnen und Polizisten insbesondere auch dem Schutz von Frauen und Kindern, wenn Sie etwa an das Thema „Häusliche Gewalt“ denken.

Deswegen bin ich froh, dass die Bodycam in Baden-Württemberg in der Fläche inzwischen so häufig wie in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland zum Einsatz kommt und dass wir sie zudem nunmehr auch innerhalb geschlossener Räume zum Einsatz bringen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ganz wichtig!)

Denn Kriminalität findet bekanntlich nicht nur im Freien, sondern auch in geschlossenen Räumen statt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ebenso wichtig ist die Befugnis, Personenkontrollen bei Großveranstaltungen und Ansammlungen durchzuführen, die ein besonderes Gefährdungsrisiko aufweisen. Die Stärkung unserer Polizei bei solchen Veranstaltungen dient ganz wesentlich der Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum.

Wir haben uns für dieses Jahr 2020 vorgenommen, uns besonders um die Sicherheitslage im öffentlichen Raum zu kümmern. Dazu ist diese Gesetzesänderung ein wesentlicher und wichtiger Beitrag. Ich danke den Koalitionsfraktionen sehr, dass wir uns auf diese Gesetzesmodernisierung einigen konnten.

Die Anwendung dieser Befugnisse werden wir evaluieren und somit stets im Blick behalten.

Neben der Einführung dieser zentralen und wichtigen Befugnisse für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten werden mit unserem Entwurf die Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie für Polizei und Justiz sowie die Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeskriminalamtgesetz und zu automatischen Kennzeichenlesesystemen erfolgen. Das ist ebenfalls eine wichtige Anpassung des Polizeigesetzes.

Nun hat der Kollege Stickelberger angesprochen, dass wir im Gesetzesvollzug irgendwie ein bisschen hinterher seien. Ich habe gelesen, dass der Kollege Binder in der Ersten Beratung den Vorwurf an das Innenministerium erhoben hat, wir würden das Polizeigesetz zwar ständig verschärfen, die Befugnisse dann aber doch nicht anwenden.

(Minister Thomas Strobl)

Hierzu möchte ich Ihnen einfach noch einmal generell sagen: Ja, das ist richtig; wir haben die polizeilichen Eingriffsbefugnisse erweitert, um möglichst schon im Vorfeld die Verhinderung konkreter Straftaten angehen zu können. Klar war aber auch, dass dies an enge Vorgaben und an hohe Anforderungsvoraussetzungen geknüpft ist.

Ich habe etwa in Fragen der Telekommunikationsüberwachung immer gesagt, dass wir diese selbstverständlich nicht massenhaft anwenden wollen und werden. Uns geht es beileibe nicht darum, massenhaft Bürgerinnen und Bürger zu belauschen und auszuspähen. Vielmehr brauchen wir diese Instrumente zur Verhinderung schwerer und schwerster Straftaten. Ich hoffe selbst, dass die Zahl der Fälle, in denen wir das entsprechende Instrumentarium zum Einsatz bringen müssen, sehr gering bleiben wird.

So ist es in der Tat jetzt auch. Das wird natürlich nur sehr sorgfältig angewendet. Es wird nur unter engen Voraussetzungen angewendet und nur dann, wenn es etwa darum geht, Terror abzuwehren oder schwere und schwerste Straftaten zu verhindern. Daraus ergibt sich nun denkbare und logischerweise, dass es nur um eine sehr kleine Anzahl von Fällen geht.

Zur Ausrüstung der Polizei mit bestimmten Dingen und bezüglich der Kompetenz, bestimmte Dinge anzuwenden – Denken Sie etwa an die Sprengmittel unserer SEKs: Das ist natürlich eine Maßnahme, bei der ich davon ausgehe, dass sie niemals zur Anwendung kommt. Trotzdem ist es gut, dass unsere Polizistinnen und Polizisten beim SEK dieses Einsatzmittel für den Fall der Fälle haben – wobei ich hoffe, dass ein solcher Fall niemals eintreten wird.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist die Argumentation „Ihr habt Verschärfungen im Polizeigesetz vorgenommen und bringt die Dinge gar nicht zur Anwendung“ eine Argumentation, die in sich nicht logisch ist. Das versuche ich immer und immer wieder zu erklären, und ich nehme auch heute die Gelegenheit gern wahr, es erneut zu tun.

Jedenfalls, liebe Kolleginnen und Kollegen, freue ich mich sehr darauf, diesen wirklich wichtigen Gesetzentwurf zur Änderung unseres Polizeigesetzes mit Ihnen in Bälde hier im Plenum erneut diskutieren zu dürfen. Das ist ein Gesetzentwurf, auf den sich die Koalition jetzt verständigt hat, der die Arbeit für unsere Polizistinnen und Polizisten erleichtert, der eine Unterstützung für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist und der mehr Sicherheit in diesem Land bringt. Darum geht es, und das ist der Unterschied zu Ihrem Gesetzentwurf, zum Gesetzentwurf der AfD.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Stickelberger, gern, ja.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ja, Herr Minister, zur Logik: Natürlich sind wir uns einig, dass wir froh sein können, wenn es möglichst keine Anwendungsfälle für die verschärften Gesetzesbestimmungen gibt. Das ist ganz klar. Aber man

erzeugt natürlich schon die Erwartung, dass mehr Sicherheit stattfindet, wenn man solche Regelungen schafft – und ist technisch nicht in der Lage,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Eben!)

sie umzusetzen. Das ist etwas ganz anderes, und daran wird es wohl häufig fehlen.

Der zweite Punkt: Sie haben jetzt den Gesetzentwurf vorgestellt, auf den sich die Koalitionsfraktionen, nach langem Streit, wohl geeinigt haben. Offiziell ist er noch nicht in den Landtag eingebracht; Sie haben im Ministerrat jetzt ein Anhörungsexemplar beschlossen – also der ganz reguläre Weg. Ich glaube, wir sollten einmal abwarten, was die Anhörung ergibt, was die Beteiligten, die Betroffenen zu diesem Gesetzentwurf meinen, statt jetzt so zu tun, als könne man schon den großen Erfolg feiern. Ich meine, der Respekt vor den Anhörungsbeteiligten gebietet es, dass wir zunächst das Ergebnis abwarten und erst dann die Einzelheiten des Gesetzes diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen.

(Zurufe von der AfD: Doch!)

– Bitte, Herr Abg. Rottmann.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Innenminister, Sie sprachen davon, dass Sie 2020 einen besonderen Fokus auf den öffentlichen Raum richten wollen. Herzlichen Dank; da stehen wir an Ihrer Seite. Wir fragen uns allerdings: Warum ist das nicht schon viel früher gekommen? Mich erinnert das an die alte Geschichte aus Norddeutschland – „Hase und Igel“ –; in diesem Fall ist es der Gefährder, der sagt: „Ich bin schon da.“

Herr Sckerl sprach vorhin von den Demokraten, die gegen die AfD kämpfen. Die Ergebnisse hiervon sind beschädigte Wahlkreisbüros, abgepackelte Fahrzeuge und gebrochene Knochen. Das lehnen wir ab, und diesen Spuk wollen wir beenden. Auch dafür sind wir in den Parlamenten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Innenminister, möchten Sie noch mal ans Redepult? – Bitte.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Kollege Stickelberger, selbstverständlich warten wir die Anhörungsergebnisse zum Gesetzentwurf ab. Ich habe nur gesagt, dass ich mich darauf freue, mit Ihnen dann hier im Parlament über diesen Gesetzentwurf zu diskutieren, und habe natürlich auch die Gelegenheit wahrgenommen, Ihnen noch einmal in den Grundzügen die Substanz dieses Gesetzentwurfs darzustellen.

Zweitens haben Sie eingeräumt – dafür bin ich dankbar –, dass wir uns einig sind, dass wir bestimmte Maßnahmen – Sie nen-

(Minister Thomas Strobl)

nen es Verschärfungen –, die wir in unseren Polizeigesetzen geschaffen haben, nur sparsam anwenden werden – hoffentlich sehr sparsam, am besten gar nicht –, dass wir sie aber brauchen für den Fall der Fälle: um Terror abzuwehren, um schwere und schwerste Straftaten zu verhindern.

Sie haben dann zweitens kritisch hinzugefügt, das sei zwar in Ordnung, aber es sei etwas anderes, wenn man die technischen Möglichkeiten dazu gar nicht oder nicht perfekt zur Verfügung hätte oder diese nicht zur Anwendung bringen könnte. Das ist in der Tat in bestimmten Bereichen, wo wir uns fortentwickeln wollen, eine Herausforderung, insbesondere wenn Sie an neueste Technologien denken. Deswegen müssen wir die Möglichkeiten haben, bestimmte Dinge auszuprobieren und zu testen, wie es im Übrigen andere Polizeibehörden, allen voran die entsprechenden Bundesbehörden der Polizei, ebenso tun.

Wenn ich das mache, wenn ich bestimmte Dinge ausprobiere, dann brauche ich dafür aber schon beim Ausprobieren eine solide rechtliche Grundlage.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau so ist es!)

Schauen Sie mal: Wir machen auch algorithmengestützte Videoüberwachung in Mannheim – ein deutschlandweit, wahrscheinlich europaweit einmaliges Pilotprojekt. Selbstverständlich könnten Sie jeden Tag kritisch einwerfen: Das funktioniert ja noch nicht; die künstliche Intelligenz arbeitet ja noch nicht; es muss ja trotzdem noch einer vor dem Bildschirm sitzen. Aber diesen Versuch, modernste Technologie in der Polizeiarbeit zum Einsatz zu bringen, kann ich seriös nur machen, wenn es dafür eine Rechtsgrundlage gibt. Gott sei Dank hat die Koalition zu einem sehr frühen Zeitpunkt im Polizeigesetz diese Rechtsgrundlage geschaffen, damit wir auf einer soliden Basis – rechtlich einwandfrei – auch Dinge ausprobieren können, von denen wir noch nicht wissen, wann sie technisch so rund sind,

(Abg. Anton Baron AfD: Die Grünen könnten auch ein bisschen künstliche Intelligenz vertragen!)

dass wir sie tatsächlich in der polizeilichen Alltagsarbeit zum Einsatz bringen können. Aber die Rechtsgrundlage, um Dinge mal zu testen und auszuprobieren, muss nach meiner Auffassung eine einwandfreie sein.

Der dritte Punkt ist, dass Sie gesagt haben, man würde durch Verschärfungen des Polizeigesetzes auch bei den Bürgerinnen und Bürgern Erwartungen wecken. Da mögen Sie recht haben. Aber in gewisser Hinsicht erfüllen wir die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an ein sicheres Land Baden-Württemberg ja auch: Baden-Württemberg ist und bleibt eines der sichersten Länder in dieser Republik, in Europa und auf dem ganzen Globus.

Wenn Sie sich – was Sie ja tun – die Polizeiliche Kriminalstatistik der letzten Jahre anschauen, stellen Sie fest, dass Kriminalität zurückgeht und die Aufklärungsrate in starkem Maß ansteigt und auf einem sehr, sehr hohem Niveau ist. Das verdanken wir in erster Linie einer exzellenten Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten und unserer Sicherheitsbehörden. Es hat aber auch etwas damit zu tun, dass wir unsere Polizistinnen und Polizisten bestens ausrüsten und die rechtliche

Grundlage für ihre Arbeit immer wieder den modernen Entwicklungen anpassen. Alles zusammen macht dieses Land in diesem Bereich erfolgreich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7150. Der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7702, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich jetzt den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Das ist der Fall. Sehr schön.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir wollen über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7150 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Wir schließen Punkt 6 der Tagesordnung ab.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg – Drucksache 16/7603

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/7709

Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei

Es gibt hier auch wieder fünf Minuten je Fraktion an Redezeit.

Zuerst hat das Wort Herr Abg. Walter für die Grünen.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Änderung des Schulgesetzes bringen wir gleich mehrere Änderungen auf den Weg.

Erstens – das ist uns sehr wichtig – war die Einführung der regionalen Schulentwicklung schon in der Schulpolitik der letzten Legislaturperiode von Anfang an ein wesentlicher Baustein. Es hat sich jetzt auch als richtig erwiesen, die Mindestschülerzahl von 16 in der Eingangsklasse beizubehalten. Durchaus sinnvoll ist es in diesem Zusammenhang auch, zu prüfen, ob Härtefälle vorliegen, ob die zumutbare Erreichbarkeit gewährleistet werden kann. Deshalb muss zunächst keine Schule nervös werden, wenn diese Zahl nicht erreicht wird.

Das Schulgesetz, meine Damen und Herren, konkretisiert die regionale Schulentwicklung. Wir wissen natürlich, dass es insbesondere im ländlichen Raum sehr wichtig ist, dass die Schu-

(Jürgen Walter)

len erreichbar sind, dass eine Regelung getroffen wird, die ermöglicht, dass es vor Ort die entsprechenden Schulen gibt, um alle Schulabschlüsse zu gewährleisten. Es hilft andererseits auch dabei, dass möglichst wenig Unterricht ausfällt, was in diesen Zeiten ein vorrangiges Ziel der Bildungspolitik sein muss.

Ein zweiter Punkt ist die Verschiebung des Einschulungstags. Wir alle wissen: Jeder Stichtag bringt Probleme mit sich. Nicht jeder Stichtag passt haargenau auf die Wünsche von allen Eltern und Kindern. Ich bin aber froh, dass die demokratischen Parteien in diesem Landtag an einem Strang gezogen haben und beschlossen haben, den Stichtag in drei Schritten nach vorn zu verlegen.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, unterstützen wir die Suche nach individuellen Lösungen vor Ort. Wir alle wissen: Kinder entwickeln sich unterschiedlich. Wie bekannt ist, muss das Wohl der Kinder im Mittelpunkt einer guten Bildungspolitik stehen. Deshalb müssen Rückstellungen oder auch das Auslösen der Schulpflicht möglich sein. Das ist unser Ziel.

Ein dritter Punkt, den ich noch erwähnen möchte, ist das Bildungsmonitoring. Das ist nach unserer Meinung ein weiterer Aspekt der Qualitätsentwicklung der Schulen. Eine datenbasierte, wissenschaftsgeleitete Analyse ist Grundvoraussetzung für die Verbesserung der Qualität an unseren Schulen. Die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulen sollen eine bessere Unterstützung bei der Entwicklung des Unterrichts erhalten.

Dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir eine Datengrundlage, und zwar in einem Format, das unproblematisch weiterverarbeitet werden kann. Bisher – man glaubt es kaum – gab es eine sogenannte Papierstatistik. Da ist die Frage, ob man schon im 21. Jahrhundert angekommen ist. Deswegen sind wir froh, dass wir es jetzt anders machen. Bisher konnten viele Schulen keine Software verwenden, deshalb sind die Daten zunächst an das Statistische Landesamt gegangen, wo sie von Hand in das System übertragen wurden. Wir sind froh, dass wir da jetzt gemeinsam einen wesentlichen Schritt nach vorn gehen. Deshalb ist es gut, dass es ein einheitliches System für die Datenerfassung geben wird. Für uns ist klar: Die verpflichtende Einführung von ASV-BW ist überfällig.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Alexander Becker CDU)

Ich muss wirklich weit in meiner Erinnerung graben, wenn ich wissen will, wann die Diskussion darüber angefangen hat.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das zeigt, es ist wirklich Zeit, dass wir das jetzt tun.

Ein letzter Punkt, den ich noch erwähnen sollte – die Kollegin Boser hat das bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs auch schon erwähnt –: Bewährte Schulversuche sollen in die Regelform überführt werden. Dazu zählen vor allem bilinguale und internationale Angebote – was wir sehr begrüßen –, Hochbegabtenzüge, ein Werkgymnasium oder Hausunterricht bei längerer Krankheit. So passen wir unsere Schulen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler noch besser an, damit sie auf das Leben in der modernen Gesellschaft vorbereitet werden.

Leider – das möchte ich am Schluss noch erwähnen – ist ausgerechnet der Modellversuch, der uns sehr am Herzen lag und noch immer am Herzen liegt, gestrichen worden, nämlich die Grundschule ohne Noten. Den wollen wir aber – wir wollen ja in der nächsten Legislaturperiode das moderne Baden-Württemberg gestalten – noch mal aufrufen. Ich bin ja – –

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

– Kollege Stoch ist auch dafür; das ist schon mal schön.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie alle wissen: Nicht nur Kinder, sondern auch Politikerinnen und Politiker wollen differenziert betrachtet werden. Ich gebe Ihnen einmal ein aktuelles Beispiel: Wenn man den Kandidaten Merz nur nach seinen Aussagen zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus bewertet hätte, undifferenziert mit einer Note, wäre die Versetzung gefährdet gewesen. Hätte man ihm jetzt aber keine Note gegeben, sondern eine differenzierte Betrachtung angestellt, hätte er noch die Chance, sich auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts einzustellen.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt kommen Sie aber bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

(Heiterkeit)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: In diesem Sinn sollten wir auch unsere Bildungspolitik gestalten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, 30 Sekunden zu viel. – Herr Abg. Haser für die CDU, bitte.

(Zurufe, u. a. Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommt etwas Gutes!)

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Walter, was wäre unsere Koalition ohne das Knistern unserer Unterschiedlichkeit. Insofern vielen Dank für den Hinweis zum Thema.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD und der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Diesen Satz sagen die Scheidungsrichter regelmäßig!)

Über das Thema „Grundschule ohne Noten“ werden wir uns irgendwann mal wieder unterhalten, aber Gott sei Dank nicht mehr in dieser Legislaturperiode.

Wir wollten diese zweite Gelegenheit zur Aussprache noch einmal nutzen. Der Kollege Walter hat ein paar Punkte angesprochen; das möchte ich auch tun. Es ist ein sehr wichtiger und sehr umfangreicher Gesetzentwurf, der hier vorliegt. Wir haben lange darum gerungen. Ich glaube, deswegen gehört es sich auch, dass wir den Menschen noch einmal sagen, um was es geht.

Erstens: Eine wichtige Neuerung in Sachen Qualität war die Gründung des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung

(Raimund Haser)

sowie des Instituts für Bildungsanalysen Baden-Württemberg. Das ist eine wichtige Neujustierung in der Qualitätssicherung. Hierbei möchte ich auch nochmals die Bedeutung des ZSL betonen, welches eine Verbesserung der Qualität in den Schulen und eine Verbesserung der Leistungen der Schüler zum Ziel hat.

Da die SPD nach uns spricht, wird sie die Kritik erneuern, die sie im Ausschuss schon geäußert hat – auf eine Art und Weise, die ich dem Meilenstein nicht angemessen finde.

(Zuruf von der SPD: „Meilenstein“!)

Es gibt einen schönen Spruch, Herr Fulst-Blei, der heißt: Die Menschen lieben das Neue, aber sie hassen die Veränderung. Deswegen glaube ich auch, dass dieses Neue ein Stück weit Zeit braucht, um zu wachsen. Ich glaube, diese Zeit sollte die Politik der Verwaltung auch geben.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf: Sehr gut!)

Ein zweiter zentraler Punkt dieser Schulgesetzänderung ist, dass sie ein an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtetes, differenziertes Bildungssystem stärkt. Die CDU-Fraktion hält an unserem Bildungssystem fest, vor allem an der Schulartenvielfalt im Land, weil diese für Baden-Württemberg steht. Wir sind der Überzeugung, dass nur ein differenziertes Bildungssystem mit einem hohen Maß an Durchlässigkeit tatsächlich echte Bildungschancen für die Schülerinnen und Schüler im Land bietet.

Insbesondere einige Haupt- und Werkrealschulen, aber auch Gemeinschaftsschulen leiden unter dem ständigen Druck, den das Damoklesschwert der Schulschließung bei zweimaligem Nichterreichen der Eingangsschülerzahl von 16 für sie bedeutet. Wir haben lange darüber diskutiert, wie man dieses Problem löst. Es gab den Vorschlag – den ich persönlich auch bevorzugt hätte –: Wir nehmen die Durchschnittszahl zwischen den Klassen 5 und 9; wenn diese Zahl über 16 liegt, ist die Schule gesichert. Denn auch wenn nur eine kleine fünfte Klasse entstehen sollte, heißt dies nicht, dass nicht in der siebten, achten oder neunten Klasse so viele Schüler da sind, dass es die Bildung einer Klasse rechtfertigt.

Wir haben jetzt die kleinere Lösung. Das schützt leider nur die Werkrealschulen – das muss man so sagen –, weil es um den Abschluss geht. Wir hätten es uns anders vorstellen können. Aber jetzt müssen wir eben hoffen, dass wir das eine oder andere noch über den kleinen Dienstweg und über Ausnahmeregelungen verantworten können.

Dass wir den Elternwillen sehr ernst nehmen, sieht man auch an der Gesetzesänderung, mit der wir den Einschulungstichtag über drei Jahre gestuft vom 30. September auf den 30. Juni eines Jahres vorverlegen wollen. Das führt zu Diskussionen mit den Kommunen, ja; diese müssen wir angehen, und wir müssen sie auch ernst nehmen. Da brauchen wir Lösungen. Aber im Grundsatz war es eine richtige Entscheidung, nicht nur, weil eine Elterninitiative das wollte, sondern weil es schlicht und einfach auch insgesamt einer veränderten Betreuungssituation in unserem Land entgegenkommt.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Als dritten zentralen Punkt will ich noch erwähnen, dass die Neuerungen des Schulgesetzes ein Bekenntnis zu Innovation in unserem bestehenden System sind. Gerade die nun gefestigten Schulversuche zeigen die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems auf. Es gilt: Offen bleiben für Neues, aber in einem stabilen System. Das heißt, dass wir für Innovationen und Neuerungen offen sind, aber nicht jedes Mal am Grundsystem rütteln. Oder – um es mal am Bild der Architektur aufzuzeigen –: Es geht nicht darum, dass wir jedes Mal das Haus abreißen und neu bauen, es geht auch nicht darum, dass wir Denkmalschutz betreiben, sondern darum, dass wir im den Baustil erhaltenden Charakter unser Bildungssystem den aktuellen Anforderungen anpassen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Die Neuerungen zur internationalen Abiturprüfung, zum Abi-Bac, zum AbiStat, und auch die anderen Änderungen sind letztlich auch Anpassungen an ein zusammenwachsendes Europa und an die Globalisierung. Sie bereichern unser Bildungssystem, ohne dass wir das Grundgerüst einreißen.

So und nicht anders, meine Damen und Herren, so, wie es mit diesem Gesetzentwurf geschieht, entwickelt man Bildung verantwortungsvoll weiter. Deswegen möchte ich Sie bitten, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, bitte, für die SPD.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wie ich bereits im Februar zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs ausgeführt habe, gleicht dieser Gesetzentwurf einem Gemischtwarenladen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle wieder nur ein paar Punkte kurz herausgreifen.

Die angestrebte Gesetzesänderung zur regionalen Schulentwicklung ist unseres Erachtens unnötig, da bereits heute Ausnahmeregelungen möglich sind, wenn ein bestimmter Bildungsabschluss nicht in entsprechender Erreichbarkeit angeboten werden kann. – Heiße Luft, die auch durch die Diskussion im Bildungsausschuss nicht kühler geworden ist.

Hinsichtlich der gerade gefeierten Verschiebung des Einschulungstichtags ist die Landesregierung weiterhin nicht bereit, die Kommunen zu unterstützen. Sie weigert sich, die sogenannte Konnexität anzuerkennen. Kommunen erhalten also weiterhin keine zusätzliche finanzielle Unterstützung beim Ausbau von Kitaplätzen. Die SPD hält das für einen Fehler.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Auch der sogenannte Qualitätsumbau steht weiterhin nicht unter einem guten Stern. Er ist unseres Erachtens ein weiterer Beleg für die nicht vorhandenen Führungsfähigkeiten der Kultusministerin. In keiner Form geht sie auf die mahnenden Hinweise von Beschäftigten und GEW ein.

Während im Allgemeinen das Scheitern eines Riesenmillionsprojekts – eines weiteren Millionenprojekts – in der Kul-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

tusverwaltung droht, geht es im vorliegenden Gesetzentwurf u. a. und im Besonderen um die Änderung des Landesbesoldungsgesetzes. Dies führt zu einer Schlechterstellung der Vergütung bei den Seminaren. Wer aber gute Leitungskräfte will, muss diese auch gut bezahlen, gerade im Vergleich zu Schulleitungen. Wir halten diesen Einschnitt für einen großen Fehler, dessen negative Auswirkungen sich erst, wenn es dauerhaft angewandt wird, bemerkbar machen werden.

Sie haben mit großen Worten angekündigt, die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften deutlich zu verbessern. Bisher hat Ihr Prozess mehr Unruhe als alles andere verursacht. Eine Qualitätsverbesserung, die konkret in den Klassenzimmern ankommt, ist auf Dauer nicht abzusehen. Die betroffenen Lehrkräfte, Kollege Haser, würden wahrscheinlich weniger von einem Meilenstein als von einem empfundenen Nierenstein sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Ja!)

Gutes Change Management sieht an dieser Stelle sicherlich völlig anders aus.

Es macht übrigens auch keine Freude, immer wieder Rückmeldungen zu bekommen – vielleicht können Sie das auch mal intern klären –, dass auf Kritik, wenn sie denn offen artikuliert wird, mit Maulkörben reagiert wird. So führt man nicht eine Kultusverwaltung. So kann man Lehrkräfte nicht motivieren, Unterricht zu verbessern. Das schafft eher innere Kündigung. Es ist ein Fehler, wie die Kultusministerin hier handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Nein, es steht nicht gut um die Lehrerbildung in Baden-Württemberg unter einer Kultusministerin Eisenmann.

Insgesamt sage ich abschließend: Innerhalb der großen Abstimmungsliste gibt es einige Punkte, bei denen wir zustimmen können, da sie problemlos sind – ich habe es im Bildungsausschuss zu Protokoll gegeben –, insgesamt müssen wir aber das Gesetz in der vorliegenden Form ablehnen.

(Abg. Raimund Haser CDU: Schade!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Balzer, Sie haben das Wort für die AfD.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Ein Ereignis, das unsere Schullandschaft in den vergangenen Jahrzehnten in große Turbulenzen gestürzt hat, war der PISA-Schock im Jahr 2000 – 20 Jahre her. Ein kopfloser Aktionismus folgte hierauf. Das achtjährige Gymnasium wurde eingeführt, das Einschulungsalter vorverlegt. Weitere nationale und internationale Vergleichstests folgten, und es werden immer mehr, bis heute.

Die Fehler, die damals gemacht wurden, will die Landesregierung heute korrigieren. Das ist loblich. Doch stellt sie deshalb die Wirkungsweise und die Berechtigung der PISA-Tests

und Konsorten infrage? Mitnichten! Im Gegenteil: Sie verpflichtet die Schulen sogar, an diesen Tests teilzunehmen, und dies ist der eigentliche Skandal. § 114 wurde neu gefasst. Hier verpflichtet das Kultusministerium Schüler und Lehrkräfte, an Lernstandserhebungen von internationalen, nationalen oder landesweiten Vergleichsuntersuchungen teilzunehmen.

All dies ist letztendlich das Abtreten der Bildungshoheit an externe Agenturen, von denen niemand genau weiß, wessen Interessen sie eigentlich dienen. Ich habe hier schon darauf hingewiesen, dass die OECD beispielsweise immer wieder versucht, Einfluss zu nehmen – Einfluss zu nehmen auf die Bildungslandschaft im Interesse der Wirtschaft? Hier wird eine scheinbare Objektivität geschaffen, eine Scheinobjektivität. Die Intentionen der Akteure werden leider nicht hinterfragt. Auf diese Weise wird unsere Bildung manipulativ verändert. Urheber und Ursachen der Veränderungen, denen unsere Bildungslandschaft unterworfen wird, sollen nicht oder können nicht mehr hinterfragt werden.

Es gibt derzeit in der Gesellschaft leider keine Diskussion mehr darüber, was die Bildung eigentlich leisten soll oder was Bildung überhaupt ist oder will. Stattdessen werden diese Entscheidungen an externe, manchmal an nationale oder supranationale Organisationen delegiert. Wir möchten diese Entscheidungen und Entwicklungen wieder zurückholen in den Bereich der demokratischen Selbstbestimmung.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

PISA und Bologna haben mithilfe dieser Scheinobjektivität Realitäten geschaffen, denen die Bürger unterworfen werden, ohne dass sie dazu konkret befragt werden.

Diese Art von Bildungsmonitoring bedeutet zudem eine Verkürzung des Begriffs „Bildung“, weg vom humboldtschen Gesamtbildungsideal hin zum einfachen Erreichen von Kennwerten, Kennzahlen oder von bestimmten Ereignissen auf rein formalem Weg.

Die Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen Schule und Schulaufsicht ist dann der Schlüssel, den das Ministerium einsetzt, um die hier gewonnenen Scheinerkenntnisse top-down durchzusetzen. Zudem werden in diesen Evaluationen nicht nur schulbezogene Tatbestände erhoben, die dem Zweck der Schulverwaltung oder der Bildungsplanung dienen, sondern die Erhebung kann sich sogar auf außerschulische Bildungsdeterminanten beziehen – also ein Nachforschen, Nachfragen zu zweifelhaften Zwecken.

Und es geht weiter – ich darf zitieren –:

Sofern eine formale Zertifizierung nach anerkannten Standards angestrebt wird, kann eine externe Evaluation nach Wahl der Schule und mit Zustimmung des Kultusministeriums in Absprache mit dem Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg abweichend von Satz 3 auch durch einen akkreditierten Drittanbieter erfolgen.

Könnten Sie folgen? Ich hoffe doch sehr. Hier wird staatliche Souveränität offensichtlich abgegeben an eine – undurchsichtige? ich weiß es nicht – Akkreditierungsagentur. Dieses Spiel haben wir mit zweifelhaften Erfolgen schon an den Hochschulen und Universitäten erlebt, und das haben wir dann auch in den Schulen.

(Dr. Rainer Balzer)

Wir, die AfD, wollen die Frage, was Bildung eigentlich ist und was sie leisten soll, wieder zurückholen in die Debatte hier. Das Kultusministerium macht nach meiner Einschätzung – aber vielleicht können Sie diese ja wieder zerstreuen – das Gegenteil.

(Zuruf des Staatssekretärs Volker Schebesta)

Es gründet das Institut für Bildungsanalysen, um sich hier genau hinter dieser Scheinobjektivität zu verstecken, hinter einer sogenannten Wissenschaftlichkeit, die keine ist. Denn die Frage nach dem, was Bildung ist oder sein soll, kann nur von der bürgerlichen Gesellschaft beantwortet werden. Sie kann nur vom mündigen, gebildeten Bürger im Diskurs entwickelt werden.

Wir sehen hier, dass die CDU-Spitzenkandidatin lediglich die Steigbügelhalterin für grüne Gesellschaftsexperimente abgibt. So etwas werden wir natürlich nicht unterstützen, genauso wenig wie die Aushöhlung der staatlichen Souveränität bei der Beurteilung der Schulen.

(Abg. Raimund Haser CDU: Das ist doch Kokolores!)

Deshalb müssen wir diesen Gesetzentwurf, der – ein Vorredner hat es schon richtig gesagt – ein rechter Gemischtwarenladen ist – „Gemischtwarenladen“ spricht für sich –, größtenteils ablehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Kern, bitte, für die FDP/DVP.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie es sich für einen Gemischtwarenladen gehört, finden sich dort qualitativ sehr unterschiedliche Produkte. Sie lassen sich aus Sicht der FDP/DVP in drei Güteklassen einteilen:

Das sind erstens die Teile des Gesetzentwurfs, die wir unterstützen. Da wäre an erster Stelle der Avatar zu nennen, der künftig bei Kindern und Jugendlichen mit längerfristigen Erkrankungen zum Einsatz kommen kann. Die FDP/DVP-Fraktion hatte im Mai 2018 einen Antrag eingebracht, um solch einen Avatar möglich zu machen. Wir freuen uns, dass die grün-schwarze Koalition den Vorschlag nun, wenn auch über 21 Monate später, umsetzt. Dass die Lehrer die Entscheidung über den Einsatz treffen, stärkt ihre pädagogische Freiheit und Verantwortung.

Unsere Zustimmung erhalten auch der vorgezogene Einschulungstichtag und die Überführung verschiedener Schulversuche in die Regelform, u. a. das Hochbegabtgymnasium in Schwäbisch Gmünd.

Bei den Datenerhebungen kritisierte der Landesdatenschutzbeauftragte einige Aspekte. Insbesondere bleibt völlig vage, wie sichergestellt sein soll, dass eine Zuordnung der Daten zu einzelnen Schülern unmöglich bleibt. Hier halten wir eine Klarstellung durch das Kultusministerium für notwendig.

Die zweite Güteklasse sind die Teile des Gesetzentwurfs, die wir wegen einer anderen Grundhaltung ablehnen. Hierbei ist in erster Linie das Qualitätskonzept der Kultusministerin zu nennen. Wir Freien Demokraten sind natürlich für Qualitätsentwicklung, aber nicht auf diesem grün-schwarzen Weg. Die neue Zentralbehörde ZSL wird stark aufgestellt, und zwar auf Kosten der bisherigen Schulverwaltung.

(Abg. Raimund Haser CDU: Ressourcenneutral!)

Die Seminare für Didaktik und Lehrerbildung werden dem ZSL und seinen Außenstellen untergeordnet. Sie sind künftig nicht mehr für die Konzeption, sondern nur noch für die Umsetzung der Lehreraus- und -fortbildung zuständig. Dadurch werden aber die Praktiker aus der Konzeption der Lehrerbildung herausgehalten. Mit der Umstrukturierung geht die oft langjährige Expertise der Praktiker verloren, und die Konzeptionsentwicklung droht theorielastig zu werden.

(Abg. Raimund Haser CDU: Nein, sie wird nur gebündelt!)

Während viele Unternehmen Hierarchien abbauen, baut das Kultusministerium sie auf. Wir halten aber eine effiziente Schulverwaltung für unabdingbar. Deshalb erneuern wir unsere Forderung, die Umstrukturierung durch den Rechnungshof prüfen zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Drittens: faule grün-schwarze Kompromisse. Was hier als Programm zur Rettung der Haupt- und Werkrealschulen ausgegeben wird, ist eine ausgesprochen dünne Suppe. Die Umsetzung unseres Gesetzentwurfs dagegen hätte den Haupt- und Werkrealschulen eine Perspektive geboten.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Wir wollten, dass nicht die Anmeldezahlen, sondern die durchschnittliche Schülerzahl in den Klassen 5 bis 9 zugrunde gelegt wird. Da viele Schüler nicht bereits zu Beginn der Klasse 5, sondern später auf die Haupt- und Werkrealschulen wechseln, ergäbe sich so ein realistischeres Bild von der tatsächlichen Schulgröße.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im „Badischen Tagblatt“ vom 6. März dieses Jahres wird über die Kultusministerin wie folgt berichtet – Zitat –:

Eisenmann bekannte sich in ihrer Rede klar zu den „Zwergschulen“ nach dem Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ und räumte Fehler in der Vergangenheit ein, die zu einem Aussterben der Werkrealschulen geführt hätten.

Nun, zu diesen Fehlern muss die Kultusministerin zukünftig auch die Ablehnung des FDP/DVP-Gesetzentwurfs durch die grün-schwarze Regierungsmehrheit zählen.

Dass die Kooperationsklassen von Haupt-, Werkrealschulen und beruflichen Schulen im selben Atemzug abgeschafft werden, spricht Bände. Die FDP/DVP-Fraktion hatte im Gesetzentwurf zur beruflichen Realschule eine Ausweitung der Kooperation mit beruflichen Schulen gefordert. Wir halten es nach wie vor für erforderlich, das berufspraktische Profil der

(Dr. Timm Kern)

Haupt- und Werkrealschulen zu stärken und ihnen dadurch eine echte Zukunftsperspektive zu geben.

Zu den schwerwiegendsten Fehlern, die die der CDU angehörende Kultusministerin nicht ständig wiederholen sollte, gehört, dass sie den Koalitionsfrieden offenbar über Sachverständigungen oder auch eigene Überzeugungen stellt; das sollte sie nicht tun.

Im Übrigen können wir Freien Demokraten es nicht oft genug sagen: Was das baden-württembergische Bildungssystem braucht, sind nicht faule grün-schwarze Kompromisse. Denn Baden-Württemberg kann sich kein zweitklassiges Bildungssystem leisten. Wir brauchen mutige, kraftvolle Entscheidungen in die richtige Richtung, damit wir im Bildungsbereich endlich wieder Spitze werden. Da gehören wir nach unserer Auffassung auch hin.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Herrn Staatssekretär Schebesta ans Redepult bitten.

Staatssekretär Volker Schebesta: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich als Erstes auf den Begriff „Gemischtwarenladen“ eingehen.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Er hat Ihnen gefallen?)

Es ist Ihnen ja wohl recht, dass wir Änderungen am Schulgesetz, die durch politische Entscheidungen auf der Strecke einer Legislaturperiode notwendig werden, in einem Schulgesetzänderungsentwurf gemeinsam einbringen und nicht mehrmals kleine Regeländerungen am Schulgesetz – mit Erster Beratung, Ausschussberatung und Zweiter Beratung – vornehmen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf: Sehr gut!)

Deshalb müssen kleinere Änderungen manchmal warten, bis eine größere Maßnahme den Bedarf für eine Änderung des Schulgesetzes auslöst, um dann in einem entsprechenden Gesetzentwurf mit behandelt zu werden. Das ist ein völlig normaler Umgang mit dem Schulgesetz. So verfahren wir auch in Bezug auf diesen Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Herr Dr. Balzer, weil wir vorhin über den Geschichtsunterricht gesprochen haben, kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen. Sie haben die frühere Einschulung und auch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums als Konsequenz der PISA-Ergebnisse dargestellt. Das ist schwierig, weil diese Entscheidungen getroffen worden sind, bevor die erste PISA-Untersuchung vorgenommen worden ist.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Sie haben ganz andere Gründe. Deshalb ist es gut, wenn Sie sich intensiv mit dem Geschichtsunterricht beschäftigen, Herr Dr. Balzer.

(Beifall des Abg. Raimund Haser CDU)

Sie haben an mehreren Stellen grundsätzliche Punkte zum Qualitätskonzept angesprochen, die Bestandteil dieses Gesetzentwurfs sind.

Auch meine erste Bemerkung hierzu geht an Sie, Herr Dr. Balzer. Sie haben die Wissenschaftlichkeit angesprochen und von ihr so gesprochen, als solle sie überhaupt nicht Grundlage unserer politischen Entscheidungen sein. Es ist gerade umgekehrt. Damit, nur mit dem Bauchgefühl zu argumentieren und aus den Rückmeldungen nur das, was man passend findet, wahrzunehmen, ist es in der Bildungspolitik gerade nicht getan. Wir legen bei unseren politischen Entscheidungen großen Wert darauf, diese evidenzbasiert aufzustellen. Deshalb haben wir einen wissenschaftlichen Beirat, und deshalb kommen wir nicht nur mit Eindrücken aus den Gesprächen in den Schulen hierher und sagen: „Dies und jenes meinen wir, wahrgenommen zu haben“, sondern wir prüfen dies auch fachlich. Dazu braucht es den wissenschaftlichen Beitrag und die wissenschaftliche Prüfung, ob das, was wir aus der Praxis mitnehmen, fundierten Entscheidungen zugrunde gelegt werden kann.

Herr Dr. Fulst-Blei, Sie haben die Struktur der Lehrerfortbildung angesprochen. Völlig klar ist, dass es in einem Veränderungsprozess an der Schnittstelle, an der große Veränderungen vorgenommen werden, immer eine Phase gibt, in der sich diejenigen, die das praktisch anwenden, vorstellen könnten, etwas anderes zu tun, als sich mit dieser Strukturveränderung beschäftigen zu müssen; denn dies bindet natürlich Kräfte. Aber wir haben gute Gründe dafür, die Lehrerbildung umzustellen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nämlich?)

Das wissen Sie auch ganz genau. Bei einer Befragung der Lehrerinnen und Lehrer gab es entsprechende Rückmeldungen. Wir hatten viele verschiedene Ansprechpartner, die Fortbildungsangebote verantworten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die haben sich gegen, nicht für Ihre Reform ausgesprochen!)

Es ist eben besser, wenn diese Fortbildung auf etwas aufbaut, was schon der Ausbildung zugrunde gelegt worden ist. Es ist besser, wenn die unterschiedlichen Fortbildungsangebote in den Grundlagen und Grundzügen durch ein gleiches Konzept gebildet werden, sodass man nicht, wenn man eine regionale Fortbildung hat, auf einer anderen Grundlage aufbaut, als wenn man es in einer zentralen Fortbildung nachfragt.

Dafür ist der Prozess wertvoll, und deshalb ist eine Verbesserung im Bereich der Lehrerfortbildung auf Dauer durchaus absehbar und nicht, wie Sie es formuliert haben, nicht absehbar.

Sie, Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, haben den Punkt mit der Veränderung in der regionalen Schulentwicklung, der im Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes jetzt beinhaltet ist, angesprochen und haben gesagt: Es ist ja schon jetzt möglich, Ausnahmen von der Schülerzahl in der Eingangsstufe dann vorzunehmen, wenn ein entsprechender Abschluss in erreichbarer Nähe nicht möglich ist.

Nur: Was macht es mit diesen Schulen, wenn sie in einem Hinweisverfahren stecken und einen ersten Hinweis erhalten, in

(Staatssekretär Volker Schebesta)

welchem gesagt wird: „Die Schule liegt unter 16 Schülerinnen und Schülern, und ihr seid jetzt in einem Verfahren, an dessen Ende möglicherweise die Schließung der Schule steht“? Es ist doch nicht so, dass so etwas an dieser Schule dazu beitragen würde, dass im nächsten Schuljahr Schülerinnen und Schüler in vermehrter Zahl in Klasse 5 angemeldet werden. Vielmehr verliert diese Schule wegen der Unsicherheit weiterer Schülerinnen und Schüler.

Deshalb ist es richtig, dass wir diese Frage an den Anfang des Prozesses stellen und auch in Zukunft völlig absehbar in deutlich mehr Fällen eine Feststellung treffen werden, dass die entsprechenden Abschlüsse nicht in erreichbarer Nähe angeboten werden, weil die Zahl der Haupt- und Werkrealschulen in den letzten Jahren weiter deutlich nach der Zahl der Schulen, die eine Eingangsstufe haben, zurückgegangen ist.

Dies werden wir auf der Grundlage der Veränderungen – wenn sie vom Landtag so beschlossen werden – an den Beginn des Verfahrens mit einer Prüfung durch die oberste Schulaufsichtsbehörde stellen.

Was ich gar nicht verstanden habe, Herr Dr. Kern, ist, dass Sie ein Element der Kooperation im Bereich der Berufsorientierung und der Kooperation mit beruflichen Schulen herausgegriffen haben und gesagt haben: „Wir brauchen eigentlich mehr, und das Beispiel belegt, dass ihr weniger macht.“

Das ist eine der Möglichkeiten der Kooperation; wir machen aber für den Bereich der Haupt- und Werkrealschulen gerade mit alldem, was wir zur Stärkung der Haupt- und Werkrealschulen auf den Weg gebracht haben, ganz anderes – Praxistage seien als Beispiel genannt –, wo die Kooperation mit den beruflichen Schulen sehr wohl eine Rolle spielt und wo wir gerade die Tatsache nutzen wollen, dass die beruflichen Schulen Werkstätten haben, in denen die Schülerinnen und Schüler auch anders, als es an den Haupt- und Werkrealschulen der Fall ist, mit berufspraktischen Dingen in Berührung kommen können – also nicht nur in Praktikumsbetrieben, sondern eben auch an den beruflichen Schulen.

Das ist ganz wichtig für die Haupt- und Werkrealschulen. Deshalb stärken wir dieses Element auch. Denn dort, wo sie Schülerinnen und Schüler halten können, können sie sie gerade deshalb halten, weil sie eine gute Orientierung für den Übergang nach dem Haupt- oder Werkrealschulabschluss in die duale Ausbildung haben.

Mit dem Gesetzentwurf wird dem Anliegen Rechnung getragen, den Einschulungstichtag zu verschieben. Ich will das auch vonseiten der Regierung hier noch einmal ansprechen. Der Einschulungstichtag wird monatsweise über die nächsten Schuljahre verlegt. Damit ist es möglich, dass Eltern in größerer Zahl nicht auf das Verfahren der Zurückstellung angewiesen sind und wir die Schulen auch von der Durchführung von Zurückstellungsverfahren entlasten. Nach dieser Phase wird der Einschulungstichtag dann eben Ende Juni und nicht mehr Ende September liegen.

Weitere Punkte sind in der Aussprache genannt worden. Sie sind Gegenstand des Gesetzentwurfs und wurden im Ausschuss behandelt. Wir freuen uns über jede Unterstützung und hoffen, dass sie möglichst breit für alle Maßnahmen gilt. Aber

wenn sie zumindest zu einzelnen Maßnahmen auch geschlossen erfolgt, ist uns das für diese Punkte natürlich recht.

Vielen Dank für die Unterstützung der Maßnahmen im Schulgesetz.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7603. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 16/7709. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen

(Ministerin Edith Sitzmann und Ministerin Theresia Bauer unterhalten sich auf der Regierungsbank.)

– meine Damen Ministerinnen, bitte! – in Ziffer 1 der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg mit den Nummern 1 bis 17.

Mir liegt der Wunsch der AfD vor, über die Nummern einzeln abzustimmen.

(Zustimmung)

– Gut.

Wir sind bei Artikel 1 Nummer 1. Diese Nummer betrifft § 6. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2 auf. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 2 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 3. Bitte Handzeichen für Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 3 ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 4. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 4 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5 auf. Ich bitte hierzu um das Handzeichen für Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 5 mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 6. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7 auf. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 7 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Nummer 8. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 9 auf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 10 auf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 10 ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nein! Eine Gegenstimme von mir!)

– Es waren keine Gegenstimmen bei Nummer 10. Es gab nur Enthaltungen. – Entschuldigung. Okay. Bei einer Gegenstimme mehrheitlich zugestimmt.

Dann folgt Nummer 11. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 11 mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 12. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 13. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 13 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 14 auf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 15 auf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 15 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 16 auf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 16 ist mehrheitlich zugestimmt.

Dann noch Nummer 17. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 17 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

mit den Nummern 1 bis 3. Hier schlage ich gemeinsame Abstimmung vor. – Damit sind Sie einverstanden. Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 11. März 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport abzustimmen. Darin wird vorgeschlagen, den Antrag der Abg. Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP, Drucksache 16/6256, für erledigt zu erklären. Stimmen Sie dem zu? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) – Drucksache 16/7780

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 16/7810

Berichterstatter: Abg. Rüdiger Klos

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Herr Abg. Grath steht für die Fraktion GRÜNE schon parat und hat jetzt auch das Wort.

Abg. Martin Grath GRÜNE: Ich kann es kaum erwarten. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht für den menschlichen Verzehr geeignete tierische Nebenprodukte können Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt bergen.

(Zuruf von den Grünen: Hamburger!)

Das ordnungsgemäße Abholen, Sammeln, Kennzeichnen, Befördern, Lagern, Behandeln, Verarbeiten und – ganz wichtig – das Entfernen und Beseitigen tierischer Nebenprodukte tragen entscheidend dazu bei, diese Risiken unter Kontrolle zu halten.

Ohne diese Beseitigung wäre eine moderne Tierhaltung nicht denkbar. Auch eine moderne Fleischwirtschaft mit Tierhandel, Schlachthöfen, Metzgereien und dem Lebensmitteleinzelhandel wäre in der heutigen Zeit ohne eine umweltfreundliche und wirtschaftliche Beseitigung und Verarbeitung tierischer Nebenprodukte nur schwer möglich.

In der Vergangenheit haben Ausbrüche der Maul- und Klauenseuche, von BSE oder in noch früheren Zeiten der Tollwut gezeigt, welche Folgen die unsachgemäße Verarbeitung tierischer Nebenprodukte haben könnte. Heute gewinnt, unter Be-

(Martin Grath)

rücksichtigung der immer näher kommenden Afrikanischen Schweinepest, dieses Thema erneut an Bedeutung.

Dieses Gesetz, welches der Umsetzung und Durchführung des Rechts der Europäischen Union sowie des Bundesrechts im Bereich der Beseitigung und Verarbeitung tierischer Nebenprodukte dient, auf Länderebene anzupassen steht damit außer Frage, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Dass der entstandene Anpassungsbedarf genutzt wird, das Gesetz neu zu fassen, klarstellend zu überarbeiten und aus Erfahrung lernend flexibler zu gestalten, ist richtig und wichtig.

Richtig und wichtig ist insbesondere das Klarstellen der Zuständigkeit für die Entgegennahme und die Beseitigung. Dazu wurde die Beseitigungspflicht den nach Landesrecht zuständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts zugewiesen. Dazu werden, wie schon bisher, die Landkreise und kreisfreien Städte als Beseitigungspflichtige bestimmt. Eine bewährte Struktur, meine Damen und Herren, wird fortgeführt. Das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Auch dass es den Beseitigungspflichtigen weiterhin erlaubt ist, sich hierzu Dritter zu bedienen, ist richtig und hat sich bewährt. Die Zweckverbände für tierische Nebenprodukte – in Baden-Württemberg gibt es zwei: Neckar-Franken und Süd – wurden dafür gebildet und erfüllen diesen Zweck weiterhin in bewährter Manier.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was, was, was? Das stimmt doch gar nicht!)

Für sehr wichtig und richtig in der Konkretisierung ist auch die Gebührenfreiheit für die Entfernung und Beseitigung verendeter und getöteter Tiere, insbesondere, wenn die Tötung aufgrund eines Ausbruchs einer Seuche oder einer behördlichen Anordnung zur Tötung erfolgt oder wenn Wildtiere auf behördliche Anordnung beseitigt werden müssen. Mit dieser Gebührenfreiheit – sehr, sehr wichtig – soll verhindert werden, dass infektiöses Material in der Natur verbleibt und, manchmal auch aus Kostengründen, nicht ordnungsgemäß beseitigt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammengefasst: Es ist erforderlich und wichtig, dieses Ausführungsgesetz anzupassen. Ein gutes Indiz, dass dieses Gesetz sozusagen alternativlos ist, ist das Ergebnis der Anhörung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kretschmann sagt, es ist nichts alternativlos!)

Die beteiligten Verbände hatten in ihren Stellungnahmen keine Änderungswünsche. Auch im Beteiligungsportal wurden keine Kommentare abgegeben.

Daraus folgt: Die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg wird diesem Gesetzentwurf natürlich zustimmen.

Da ich jetzt noch eine Minute Zeit habe, will ich Ihnen noch ein bisschen was sagen.

(Lachen des Abg. Andreas Kenner SPD – Zuruf von der CDU: Aber zur Sache!)

Wussten Sie eigentlich, dass von einem gesunden geschlachteten Schwein nur etwa ein Drittel auf den Tellern landet?

(Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Andreas Kenner SPD)

Bei ungefähr der Hälfte eines Tieres handelt es sich um nicht für den Verzehr geeignete oder gewünschte tierische Produkte.

(Zuruf des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Der Rest sind tierische Nebenprodukte wie Darminhalt, Festmist, Borsten, Klauen, Körperflüssigkeiten.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Damit wir die Tiere endlich einmal wieder richtig verwerten,

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

damit wir die Verwertung von Schlachttieren erhöhen, rufe ich dazu auf, mehr Eisbein, mehr saure Nieren,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

mehr Kuttelsuppe und mehr gebackene Leber zu essen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Mehr Schweineohren!)

Ich wünsche Ihnen guten Appetit!

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU: Nicht zu vergessen: Schwartenmagen! – Abg. Anton Baron AfD: Lauter Vegetarier bei den Grünen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Da sprach kein Vegetarier. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat jetzt Herr Abg. Klaus Burger für die CDU-Fraktion.

Abg. Klaus Burger CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Landtagspräsidentin! Zugegeben, so kurz vor dem Abendessen würde auch ich gern über ein anderes Thema sprechen.

(Heiterkeit)

Aber hinter dem sperrigen Begriff und dem vielleicht etwas unappetitlichen Thema verbergen sich Bestimmungen zu wichtigen Bereichen, die unsere moderne Welt gern ausblenden möchte. Es geht um die Frage, was mit dem angefahrenen Reh oder was mit dem geliebten Pony der Tochter passiert,

(Zuruf von der CDU: Oh!)

wenn das Pony verendet oder ablebt.

(Zuruf des Abg. Martin Grath GRÜNE – Zuruf von der AfD)

In Baden-Württemberg haben wir zwei große Zweckverbände für tierische Nebenprodukte: den ZTN Neckar-Franken mit

(Klaus Burger)

der Tierkörperbeseitigungsanlage in Hardheim und den ZTN-Süd mit der TBA Warthausen.

Dass wir heute über dieses Thema sprechen, hat zum Glück nichts mit den aktuellen Problemlagen zu tun. Die Neufassung des Gesetzes wurde aufgrund von Änderungen von EU- und Bundesrecht notwendig. In erster Linie werden im neuen Gesetz redaktionelle Änderungen vorgenommen, die noch mehr Klarheit hinsichtlich der Bestimmungen zur Beseitigungspflicht schaffen.

Inhaltlich hat sich die alte Regelung aber offensichtlich bewährt. Im Anhörungsverfahren, wie vorher gehört, und im Beteiligungsportal des Landes wurden keine Änderungswünsche vorgetragen.

Wichtig ist sicher, dass für Private durch die Neuregelung keine zusätzlichen Kosten entstehen.

(Abg. Konrad Epple CDU: Genau!)

Die Beseitigungspflicht verbleibt bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Entscheidend war hier aber die Klarstellung, dass diese im Fall einer Tierseuche keine Gebühren erheben dürfen. Dies gilt sowohl für eine behördlich angeordnete Keulung in privaten Tierbeständen als auch für die Beseitigung von Wildtieren.

Gerade Letzteres könnte noch größere Bedeutung erlangen, wenn – was nicht ausgeschlossen ist – die Afrikanische Schweinepest doch noch den Weg nach Baden-Württemberg findet. Aber mit der Neuregelung des Gesetzes sind wir für diesen Fall einer neu auftretenden Tierseuche noch besser gewappnet. Dies bietet mehr Flexibilität für die Handhabung und mehr Klarheit bei der Zuständigkeit. Die Neuregelung steht im Einklang mit dem EU-Beihilferecht. Auch wird eine Fortführung der bisherigen Struktur ermöglicht.

Die CDU sagt also: Alles klar – Zustimmung.

Ich möchte die Gelegenheit aber für einen weiteren Gedanken und für einen Blick in unsere Gesellschaft nutzen. Wer sich vegan ernährt, kann jetzt weghören.

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Aber alle anderen, die nicht auf das Steak im Restaurant und auf die Butter auf dem Brötchen verzichten wollen, stehen hier jetzt in der Pflicht. Ich muss schon sagen, die Zahlen haben mich erschreckt. Wie bereits erwähnt: Die TBA in Warthausen ist für 60 % der Landesfläche zuständig. 2016 wurden dort Tiere mit einem Gesamtgewicht von 20 000 t angeliefert. Aber – jetzt bitte ich Sie, genau hinzuhören – im gleichen Zeitraum wurden entsorgte Schlachtabfälle mit einem Gesamtgewicht von 58 400 t – fast das Dreifache – abgeliefert.

Inzwischen leisten wir uns den Luxus, ein Drittel des geschlachteten Tieres als Abfall zu entsorgen.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Stimmt!)

Manche Teile kann man nicht essen; das stimmt. Aber ein wichtiger Grund, weshalb der Anteil des Abfalls stetig steigt, sind unsere veränderten Essgewohnheiten.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle reden über Nachhaltigkeit. Aber manchmal habe ich das Gefühl: Je mehr wir darüber reden, desto weniger handeln wir, desto weniger leben wir diese Nachhaltigkeit. Wir sollten es daher nicht hinnehmen, dass natürliche Kreisläufe, regionale Kreisläufe nicht beachtet werden; das sollte sich sofort ändern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD – Abg. Karl Rombach CDU: Sehr gut!)

Wir sollten es auch nicht hinnehmen, dass 30 % des Anfalls von geschlachteten Tieren als Abfall entsorgt werden müssen. Mit etwas Einfallsreichtum und mit einem Rezept der Großmutter kann man hier kleine Schritte in eine gute Richtung machen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Nelius, Sie sprechen für die SPD.

(Abg. Andreas Kenner SPD: Wir könnten mal Schwarzenmagen essen! – Unruhe)

Abg. Georg Nelius SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Heute reden wir über eine öffentliche Einrichtung, die effizient und ohne viel Aufhebens jenseits der öffentlichen Wahrnehmung funktioniert: die Tierkörperverwertung bzw. die Tierkörperbeseitigung. Ob Wildunfälle, getötete oder gefallene Tiere, in der Landwirtschaft oder bei der Seuchenbekämpfung, die Arbeit der Tierkörperbeseitigung ist von immens hoher seuchenhygienischer Bedeutung, und wir alle brauchen sie – auch wenn das vielfach nicht so bewusst ist.

Sollte einmal wieder die Schweinegrippe, sollte die Vogelgrippe oder erstmals die Afrikanische Schweinepest ausbrechen, hilft eine schnelle und professionelle Beseitigung der betroffenen Tierkörper enorm bei der Eindämmung solcher Krankheiten.

(Abg. Anton Baron AfD: Kein Wunder!)

Dann übernimmt im Übrigen mit diesem Ausführungsgesetz das Land ja auch die Kosten der Beseitigung.

Letztlich wird aufgrund von geänderten Vorgaben der EU und aufgrund des hierzu ergangenen Ausführungsgesetzes des Bundes eben nur eine entsprechende Anpassung des Landesrechts notwendig.

Dem Gesetzentwurf, der im Wesentlichen die Zuständigkeiten klar den Landkreisen und den kreisfreien Städten zuweist und der letztlich die bislang schon bestehenden Strukturen fortführt, stimmt die SPD gern zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Klos, Sie sprechen für die AfD.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit einem Gesetz zu einem Gesetz, nämlich, wie schon mehrfach ausgeführt, mit dem Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz. Wir haben im Ausschuss hierüber umfassend beraten. Den Vorrednern kann ich mich inhaltlich anschließen.

Lassen Sie mich noch einen Punkt herausgreifen. Im Moment gibt es zwei Verbrennungsanlagen in Baden-Württemberg. Der Minister hat im Ausschuss sein Ziel dargelegt, dies auf eine einzige Anlage zu reduzieren. Solange die Redundanz und die Kapazität sichergestellt sind – auch eine höhere Kapazität für Krisenfälle, bei einer erheblich höheren Menge von beseitigungspflichtigen Produkten –, können wir dem zustimmen.

Natürlich kann man nicht Kapazitäten vorhalten, wie sie etwa im Fall des Rinderwahnsinns in Großbritannien nötig waren, aber ein gewisser Puffer und eine entsprechende Flexibilität sollten schon vorhanden sein.

Im letzten Abschnitt des Gesetzentwurfs – Seite 13; es geht um die Anhörung der Verbände – können wir nachlesen – auch dies wurde schon vorgetragen –:

Beide Stellungnahmen erfolgten ohne Änderungswünsche.

Lob an die Beamten für die Umsetzung!

Im Ausschuss hat meine Fraktion ebenso wie alle anderen Fraktionen dem Gesetzentwurf zugestimmt; wir werden ihm nun auch im Plenum zustimmen.

Lassen Sie uns aber einen Blick in die Entstehungsgeschichte des Gesetzes werfen. Unbestritten ist, dass es klare Regelungen zur Unterbrechung einer Infektionskette und zur Eindämmung und Verhinderung von Seuchen braucht. Warum es aber hier wiederum einer Regelung durch unsere „Überregulierungsbehörde EU-Bürokratie“ bedarf, ist nicht ersichtlich. Wir sind sicher, dass im Ministerium in Baden-Württemberg genügend Experten vorhanden sind – hier trauen wir auch dem Minister die entsprechende Fachkompetenz zu –, um dies auch ohne EU-Bürokratie im Sinne der Menschen in Baden-Württemberg vernünftig zu regeln.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Eine ordnungsgemäße Tierkörperbeseitigung hatten wir auch schon, bevor sich die EU in diesen Bereich eingemischt hat.

Lassen Sie mich zum x-ten Mal sagen – damit Sie es irgendwann auch verstehen –: Die AfD steht zu Baden-Württemberg, die AfD steht zu Deutschland, und die AfD steht zu einem Europa der Vaterländer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Aber eine EU-Bürokratie, die dem Subsidiaritätsprinzip diametral entgegensteht, lehnen wir aus sachlichen und fachlichen Erwägungen ab.

(Beifall bei der AfD)

In § 1 des Gesetzentwurfs heißt es:

Dieses Gesetz dient der Umsetzung und Durchführung des Rechts der Europäischen Union sowie des Bundesrechts ...

Wir sind also nicht autonom, sondern führen aus und setzen um. Warum eigentlich? Nicht einmal das Europäische Parlament ist Gesetzgeber; es hat nämlich keine eigene Gesetzgebungskompetenz. Diesem Europäischen Parlament fehlt es an grundlegenden demokratischen Prinzipien, meine Damen und Herren. Die Abgeordnete Miriam Dalli aus Malta brauchte zu ihrer Wahl ins Europaparlament nur ein Elftel der Wählerstimmen, die ein deutscher Abgeordneter benötigt. Aber dennoch hat diese Dame nicht unerheblichen Einfluss – in der letzten Legislatur als Berichterstatterin beim Thema „Senkung der CO₂-Werte für die Zulassung von Neuwagen“. Meine Damen und Herren, 9 % der 100 % Stimmen eines deutschen Abgeordneten, und sie mischt sich hier massiv ins Autoland Baden-Württemberg ein. Dafür gibt es nur einen Ausdruck: Das ist absurd, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Ferdinand Kirchhof, drückt es in seinem Artikel unter der Überschrift „Demo-crazy?“, also „verrückte Demokratie“, so aus:

Die Europäische Kommission und ihre Generaldirektionen führen ein Eigenleben, der Rat beschließt unter Fachministern bei Ausschluss jeder Opposition und tagt hinter verschlossenen Türen, das Europäische Parlament besitzt nur schmale Kompetenzen.

Dieses Defizit ist schon in den europäischen Verträgen normativ angelegt.

Dann wird es richtig lustig; denn er schreibt weiter:

Der Bundestag wird von dieser Dokumentenflut geradezu zugemüllt. Eine intensive Befassung ... ist in der kurzen Zeit schwerlich möglich, ein öffentlicher Diskurs findet nicht statt.

Meine Damen und Herren, das Fazit aus berufenem Munde: Die Bilanz der EU-Bürokratie ist schlicht und ergreifend vernichtend. Das Vernichtendste an der Sache ist, dass Sie die Verantwortung dafür tragen, denn Sie sind seit vielen, vielen Jahrzehnten in allen Regierungen, Sie sind im Europaparlament, im Bundesrat, in allen Landtagen, in den Kommunen und überall vertreten. Das ist die Bilanz Ihres Scheiterns.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Hoher, bitte, für die FDP/DVP.

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Beim vorliegenden Gesetzentwurf handelt es sich um den Entwurf für ein Ausführungsgesetz, das heißt, es geht nicht um einen nennenswerten landespolitischen Gestaltungsspielraum, sondern um rechtsverbindliche Ausführungen, um die Umsetzung bundesrechtlicher Bestimmungen durch das Land.

(Klaus Hoher)

Im Wesentlichen ordnet das Gesetz erstens behördliche Zuständigkeiten, die bisher nicht ausdrücklich geregelt waren, und zweitens klärt es die Frage, in welchen Fällen Gebühren erhoben werden und wann nicht.

Insofern will ich mich kurzfassen: Wir alle wissen, welcher großer Aufwand betrieben werden muss, um das Einschleusen gefährlicher Tierseuchen und Erreger in unserem Land zu verhindern oder abzuwehren. Das betrifft sowohl die tierhaltenden Betriebe als auch das Veterinäramt, Veterinärbehörden oder den Zoll. Mit Blick auf die Afrikanische Schweinepest oder auf die Geflügelpest können wir dies täglich nachverfolgen.

Biosicherheitsmaßnahmen auf allen Ebenen sind dabei das A und O. Die korrekte und lückenlose Entsorgung von tierischen Nebenprodukten ist in diesem Zusammenhang ein unverzichtbarer Beitrag zur seuchenhygienischen Prävention. Das betrifft Nebenprodukte mit hohen und mittleren Risiken, also sogenanntes K1- und K2-Material. Dies gilt sowohl für Nutztiere als auch für verendete und getötete Wildtiere.

Wir begrüßen daher, dass die Grundlage für die einschlägige Verwaltungspraxis jetzt an dieses geltende Bundesrecht angepasst wird und somit eine rechtssichere Lösung gefunden wird.

Aus der Anhörung der Verbände gingen weder Kritik noch Änderungswünsche hervor. Wir werden diesem Gesetzentwurf daher zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Regierung darf ich Herrn Minister Hauk ans Redepult bitten.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es würde sich jetzt eigentlich die Gelegenheit bieten, dem Kollegen von der AfD noch eine Replik zu geben. Ihre Einlassungen, Herr Kollege Klos, waren aber so abstrus,

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Absolut!)

dass ich darauf verzichte.

Ich will mich insbesondere darauf beziehen, was die Kollegen Burger und Grath gesagt haben. Sie haben die gesamte Materie vollkommen erfasst. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Kenner SPD: Bravo! Und

das ohne Manuskript! Super! – Abg. Martin Grath GRÜNE: Das war souverän!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es noch weitere Wortmeldungen?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Habe ich noch Zeit?)

– Herr Abg. Klos, Sie haben keine Redezeit mehr.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das habe ich mir gedacht!)

Dann kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7780. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Drucksache 16/7810. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die §§ 1 bis 7 gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Ich rufe auf

§ 1 bis § 7

Wer den §§ 1 bis 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den §§ 1 bis 7 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 11. März 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG)“. – Sie stimmen dieser Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Wir haben hiermit Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir ab 18:30 Uhr hier im Haus eine Veranstaltung zum Thema „75 Jahre nach Flucht und Vertreibung – Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde“ haben. Dazu darf ich Sie nochmals herzlich einladen.

Wir finden uns hier morgen um 9:30 Uhr wieder zusammen.

Ich schließe die Sitzung. Vielen Dank.

Schluss: 17:47 Uhr